Heft 5 Mai 1991 6,80 DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Jagd auf Ausländer: SA in der Ostzone?
- Streit: Bankrott der Linken?
- Beiträge von Kahl, Ebermann, Diederichsen, Scharang, zum Winkel, Reemtsma, Piwitt, Köhler, Fülberth, Tomayer, Kronauer, Pohrt, Kurz

in konkret Mai 1991

von konkret

an konkret

Schwarzer Montag von Hermann L. Gremliza

Bankrott der Linken?Streitgespräch von Eva Groepler; Thomas Ebermann; Jan Philipp Reemtsma; Hermann L. Gremliza; Oliver Tolmein

Zum Streitgespräch in der KONKRET-Redaktion kamen zusammen: Eva Groepler, Übersetzerin (zuletzt Sartres »Schmutzige Hände«) und ehemaliges Mitglied des KB, vor Jahren ausgetreten wegen Phänomenen von Antisemitismus; Thomas Ebermann, ehem. grüner Abgeordneter des Bundestags, zuletzt Mitverfasser der »Flugschrift Radikale Linke«; Jan Philipp Reemtsma, Philologe und Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung und Hermann L. Gremliza. Die Gesprächsleitung besorgte Oliver Tolmein

Ständig auf der Straße? von Ulrich Hentschel

Die Linke und der Mord an den Kurden: Bei unklaren Freund-Feind-Verhältnissen ist die Friedensbewegung lieber müde

Wenn p dann y von Detlef zum Winkel

»Als die Überlebenden der Konzentrationslager ‘Nie wieder Krieg` deklamierten, lag es wohl kaum in ihrer Absicht, die alliierten Soldaten, die sie soeben befreit hatten, als potentielle Mörder zu bezeichnen und über die Ungerechtigkeit des Krieges an sich aufzuklären« - Anmerkungen zu Habermas und dem Stoiker Chrysipp

Deutsche Ethik von Oliver Tolmein

Wie der Philosoph Ernst Tugendhat für Frieden und für»Euthanasie« eintritt und damit auf begeisterte Zustimmung in der linken und alternativen Szene stößt

Der Tod des Totsanierers von Robert Kurz

Kurzer Nachruf auf die Machbarkeit des Kapitals

Jelzin und die usbekischen Mütter von Ernst Lohoff

Auch unter Linken hat sich die Vorstellung eingebürgert, innerhalb der Sowjetunion habe sich ein System kolonialer Ausbeutung der Peripherie durch die Zentrale etabliert, gegen das die Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Republiken sich richteten. In Wahrheit aber steht deren Wunsch nach Autonomie bloß für die Weigerung, die Elendsregionen der Union durch Umverteilung von Gütern und Devisen noch länger zu alimentieren

Stop den Mob von Wolfgang Pohrt

Die SA-Praktiken in der Zone müssen aufhören

Wir schenken den Zigeunern eine Heimat von Ursula Kreft

Man hat »Dämme« errichtet gegen »Asylantenfluten«, man hat Flüchtlinge so mies und abstoßend behandelt, wie nur möglich - aber die Abschreckung hat die deutschen Gemüter nicht befriedigt, vielmehr wächst nun die kollektive Panik wegen einiger Millionen, die angeblich im Osten auf gepackten Koffern sitzen und die »Völkerwanderung« planen. Dagegen will man mit einer »neuen Flüchtlingspolitik« gerüstet sein, und am besten probiert man erst mal am kleinen Modell, ob’s klappt. Zu Versuchsobjekten wurden Roma-Familien aus Nordrhein-Westfalen

»To show, that it has changed« von Miriam Lang

In Berlin hoffen 269 aus der Sowjetunion geflüchtete Juden, daß die Deutschen sich geändert haben und sie hier in Ruhe leben können. Der Senat möchte sie aber lieber nach Israel abschieben

Hier ist es gut von Detlef zum Winkel
Wie Asylbewerber das Asylrecht gefährden, wenn sie sich weigern, in Sachsen Freiwild zu spielen

Die Sehnsucht des Geistes nach dem Tornister von Michael Scharang
Zu Recht nennt die Phrase das antike Griechenland die Wiege der abendländischen Kultur: Marmorn liegt darin der prototypische Kopf, als tiefsinnig gerühmt, dessen Tiefsinn jedoch nicht hinabreichte unter die Wiege, wo die Sklaven vegetierten, die jenem Kopf als Nutztiere galten, nicht einmal Menschen hießen und deren Leben nichts bedeutete.

Zivilgesellschaft als Nationalreligion von Georg Fülberth
»Die Zivilgesellschaft erweist sich als das gemeinsame Boot von Liberalen, Libertären und durchgeweichten Marxisten. Kaum jemand von ihnen fragt, ob es am Ende nur im Swimming-Pool eines Flugzeugträgers kreuzt« - Anmerkungen zur Karriere eines undeutlichen Begriffs

Kontinuität II
Das Zeichen der Deutschen Bank war immer schon das Hakenkreuz. - Wer das nicht sehen konnte, der wollte nicht. Die Addition, die notwendig war, dies zu zeigen, war mathematisch zu einfach, als daß sich jetzt jemand herausreden könnte. Die Verantwortung für die künstlerische Aufführung ihres Kreuzes trägt die Bank selbst.

Piwitt's Siebensachen von Hermann Peter Piwitt

Aus der Provinz: westl. Abt. von Karl Anton & Vororth
Im Osten haben sie jetzt nicht nur Westmark, sondern auch Rassismus. Der sei dort schlimmer als sonst irgendwo in der BRD. Das ist Augenwischerei. Hier, in der westlichen Abteilung, nimmt man nur schon lange nicht mehr wahr, wie er das alltägliche Leben bestimmt

Buch des Monats: Ernst Noltes junge Garde von Otto Köhler
Uwe Backes/Eckhard Jesse/Rainer Zitelmann (Hg.): (Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus(, Propyläen-Verlag, Berlin 1991, 656 S., 48 Mark

Forever young von Diedrich Diederichsen
Zum 50. Geburtstag von Bob Dylan (am 24. Mai)

Polen, Katholiken, Juden... und wir von Friedrich Leidinger
Daß Andrzej Wajda ein christlich-sentimentaler Filmemacher und »Korczak«, sein neuester Film, ein antisemitisches Machwerk sei, haben in KONKRET 4/91 Karl Anton & Vororth und der Regisseur Claude Lanzmann behauptet. Friedrich Leidinger widerspricht und attestiert Wajdas Kritikern antipolnische Ressentiments und einen »ahistorischen Antifaschismus«

»Die Früchte der Emanzipation« von Corinne Schelbert
Nach einem Drehbuch der österreichischen Schriftstellerin Elfriede Jelinek hat Werner Schroeter den Roman»Malina« von Ingeborg Bachmann verfilmt. Herausgekommen ist dabei ein Produkt, das eher die Obsessionen der an seiner Herstellung Beteiligten reflektiert als Bachmanns Werk

Literatur und Literatur bzw. Leben von Brigitte Kronauer

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 05/91, S. 4

von konkret

»Insofern bin ich in politischer Feindschaft mit der Mehrheit der KONKRET-Redaktion, und es ist scheißegal, was da sonst noch für Gefühle sind«, sagt Thomas Ebermann im KONKRET-Streitgespräch in diesem Heft. »Insofern« heißt: was die Beiträge von Pohrt, Schneider und Gremliza in Heft 3/91 zum Golfkrieg betrifft, und insofern ist Ebermann nicht allein, sehr im Gegensatz etwa zu Enzensberger, den bei der Auswahl des Meinungsfummels, der in diesem deutschen Frühjahr Furore machen könnte, sein seit Jahrzehnten so sicherer Modeinstinkt völlig verlassen hat. (»Saddam = Hitler« war nicht nur wieder einmal falsch, es war auch daneben.)

Bei Ebermann stehen, ob es ihn beglückt oder nicht oder was da sonst noch für Gefühle sind, »insofern« alle friedensbewegten Deutschen, vom »Spiegel« über die »Zeit«, das »Neue Deutschland« und die »Sozialistische Zeitung - SOZ« bis zu Alice Schwarzers »Emma«.

In der »SOZ« etwa sieht Winfried Wolf »KONKRET im Lager der Kriegsbefürworter«, seine Redakteure in der »größtmöglichen imperialistischen Front«, es fänden sich »in wachsendem Maß proimperialistische Artikel im Blatte«. Wolf: »Mir wurden diverse Hinweise gesteckt, wie sich diese Entwicklung des Blattes ‘abgezeichnet’ habe - ich gebe zu, ich bin von dieser Entwicklung überrascht, verfüge offensichtlich nicht über die entsprechende feine Beobachtungsgabe.« Die Hinweisstecker, die bei KONKRET konspirative Unterwanderer am Werk sehen, möchte man auch gerne mal kennenlernen. Daß dem KONKRET-Leser Wolf jedoch die feine Beobachtungsgabe fehlt, können wir bestätigen. Wolf schreibt:

(In) der April-Ausgabe schreibt Hermann Gremliza: Die Herausgebenden der Radikale Linke-»Flugschrift« hätten »gut zwei Drittel« ihres »Politikerlebens« damit verbracht, im »kalten Krieg gegen das Reich des Bösen den linken Propagandaflügel stark zu machen«.

Das hat Wolf gelesen. Und das hatte Gremliza geschrieben:

Ich weiß nur, daß gut zwei Drittel der Unterzeichner ihr ganzes Politikerleben damit zugebracht haben...

Wo geschrieben steht: Zwei Herzen im Dreivierteltakt, lesen sie: Drei Herzen im Zweivierteltakt, und dann stecken sie sich gegenseitig »diverse Hinweise« auf den subversiven Einzug von Marschrhythmen in den Revolutionswalzer... Der linken Journalisten Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit sind in einem von zwei Fällen Schwierigkeiten beim Schreiben und im anderen Schwierigkeiten beim Lesen. (Der dazugehörige Zwischenruf heißt: »Das find ich total arrogant von dir!« Setzen.)

Das alles ist aber noch gar nichts gegen das Coming out der »Emma«-Herausgeberin A. Schwarzer als des Vierten Reiches Frauenführerin:

KONKRET-Autor Wolfgang Pohrt, der nur »Verachtung und Haß« für deutsche Pazifisten (und vor allem Pazifistinnen) hat und sich dabei auf sein Judesein beruft... Eilfertig sekundiert ihm KONKRET-Herausgeber und Nicht-Jude Gremliza...

Gezeichnet: Alice Globke. Wer Jude ist, bestimmt sie, und deshalb bekommt Gremliza trotz dubioser Ahnentafel (Vorfahren: Gremlica in Pawlovice/Mähren) einen Arierpaß, während Pohrt als Volljude ein großes gelbes J eingestempelt kriegt, obwohl er nicht nur mit keiner Zeile je sich »auf sein Judesein« berufen hat, sondern auch keiner ist und sich nicht einmal durch die Rezension eines jüdischen Theaterstücks verdächtig gemacht hat. Daß Frau Schwarzer ihn zum Juden ernennt, hat nur einen einzigen Grund: Sie konnte sich ein so entschiedenes Engagement eines Ariers bzw. »Nicht-Juden« zugunsten der Existenz des Staates Israel einfach nicht vorstellen. Nicht einmal einem der von ihr so genannten »Prosemiten« würde sie das zutrauen. Dazu ist nur ein Jude fähig. (Wie zur Bildung des Wortes »Prosemiten« nur deutsche AntisemitInnen.) »Relativ gesehen«, schreibt Frau Schwarzer, die deshalb während des Golfkriegs »zum ersten Mal in meinem Leben stolz war, Deutsche zu sein«, »relativ gesehen machen wir Deutschen Fortschritte.« Und zwar in eine Richtung, aus welcher wir herkommen.

KONKRET-Redakteur Oliver Tolmein hat seinen Anstellungsvertrag gekündigt, nachdem er sich in der seit langem währenden Diskussion der Redaktion über die politische und sprachliche Qualität einiger Autoren und ihrer Manuskripte nicht hatte durchsetzen können. Seinen Beitrag über den Berliner Philosophen Tugendhat (Seite 24) schrieb Tolmein bereits als freier Autor.

Konkret 05/91, S. 6

an konkret

Romantisches Blau

KONKRET 4/91: Titelbild

Kunst, die sich in den Dienst des Titels einer antifaschistischen Zeitschrift wie KONKRET stellt, hat entweder Avantgarde zu sein oder da nichts zu suchen. Daß Ernst Kahl in seiner Osterallegorie die Massen alias Hase nicht mehr wie fixiert auf das Kapital alias Schlange starren läßt, sondern die überkommenen Herrschaftsverhältnise revolutionär verkehrt, ehrt den Visionär und Künstler in Kahl.

Was aber hat er sich beim Umfeld gedacht, einer sowohl industrieentleerten wie von agrarischer Produktion entblößten, als Pittoreske aufgeführten Landschaft mit Matthias Koeppelsch hohem Himmel? Warum, frage ich Sie, trägt der Hase das romantische Blau und nicht das kämpferische Rot? Und warum schaut er, der doch einen riesigen Sieg errungen hat, entgeistert, ja blöde drein?

Und welcher, wenn nicht ein Bad Godesberger, Teufel heißt ihn die Schlange, in der doch noch Leben zu stecken scheint, so schlampig zu packen, daß von ihr jederzeit Erwehrungen zu befürchten sind, ja die Wiederherstellung des alten Herrschaftsverhältnisses zu erwarten ist? Es macht, Hermann L. Gremliza, keinen Sinn, wenn Sie das Innere KONKRETs analytisch, aufklärerisch und agitativ in Schuß und Zucht halten, aber das Titelblatt, diese Tür zum Eingemachten, so halbherzig, ja gefährlich eklektisch bemalen lassen.

Hans Eisenkolb

Bonn

KONKRET 4/91 - Titelblatt

Great

Dembski

Braunschweig

Magenschmerzen

KONKRET 4/91: Untertitel

Nachdem ich KONKRET 4/91 gelesen und mit Magenschmerzen verdaut habe, konstatiere ich, daß der Untertitel »Politik & Kultur« von KONKRET nicht konkret ist.

Passende Untertitelung wäre: »Konkret: Zeitschrift für jüdische und antisemitische Fragen / Juden und Nichtjuden über Juden und Nichtjuden«.

Jeglicher Hinweis auf Kultur wäre unzutreffend.

Rudolf Görz

Hamburg

Widerrufe

KONKRET 4/91: »Seit Dimitrow nichts Neues« - Detlef zum Winkel über die Krise des antifaschistischen Engagements

Es sind die Widerrufe früherer Positionen, die kommunistische Parteien dem Gedächtnis der Nachwelt erhalten. Und wenn diese Parteien trotz ihrer Selbstkritik in ihren Irrtümern verharren, gelingt es ihnen zuweilen sogar, später an ihren eigenen Maßstäben gemessen zu werden. Aber was macht uns eigentlich so sicher, daß die Stalinisten 1928/29 sich irrten und nicht im Jahre 1935?

Die Sozialdemokratie westlicher Prägung (die Ost-Varianten, die nichts Gutes versprechen, mal beiseite) ist heutzutage eine domestizierte Form dessen, was die sozialdemokratischen Führer nach dem 1. Weltkrieg inszenierten. Sie ruft heute weder zur Ermordung von Luxemburg und Liebknecht auf, noch ist sie in der Lage, den Italienern einen Duce oder den Polen einen Pilsudski zu bescheren (Walensa ist m.E. den Sozialdemokraten nicht anzulasten); ebenso möchte ich

bezweifeln, daß Sozialdemokraten heute nochmals wie in Ungarn (1919) oder Bulgarien (1923) leichtfertig mit reaktionären Militärregimes sich gemein machen würden. Die »Sozialistische Internationale« bietet allerorten rechte Alternativen zu solchen Regimes an: Wenn die Leute von ihrem revolutionären Unsinn ablassen und die sozialdemokratische Variante der Verwaltung von den Herren und den Militärs akzeptiert wird, dann ist alles okay; - jedenfalls bis zum nächsten Putsch.

Daß Otto Wels, weiland SPD-Chef, auf dem Parteitag 1931 kundtat: »Bolschewisten und Faschisten sind Brüder«, ist ebenso vergessen wie jene Passage aus der Debatte um das »Ermächtigungsgesetz«, in der er der Hitler-Gang konzedierte: »Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern.« Vergessen ist auch der Aufruf der ADGB-Führung zum 1. Mai 1933, in dem es hieß: »Vom Nationalsozialismus unterschied (sic!) uns keine andere Rangordnung der Werte Nation und Sozialismus, sondern lediglich eine andere Priorität...« Am 17.7.1933 wurden dann die jüdischen PV-Mitglieder hinaus»gewählt«, und ... - aber genug: die »Sozialfaschismustheorie« schien sich zu bestätigen.

Dieser Partei sich zu nähern, die eigenen Fehler und taktischen Dummheiten scharf zu kritisieren, dürfte den Kommunisten 1935 nicht eben leicht gefallen sein, obgleich die neue Direktive nicht unbedingt eine neue Strategie bedeuten mußte. Aber als dann der große Krieg zuende war und die Deutschen in eine leichte Identitätskrise gerieten, konnte kein Kommunist die Sozialdemokratie und diesen Faschismus fortan ernsthaft in den bekannten Zusammenhang stellen. Auschwitz entzog - und entzieht sich - der traditionellen marxistischen Theorie.

Hans Peter Drexler

Freiburg

Neger

KONKRET 4/91: »Das kann man nicht verlangen«, Streitgespräch über das Verhältnis der deutschen Friedensbewegung zu Israel

Den Antisemitismus der Friedensbewegung zu geißeln, ist richtig. Aber das »wie« ist interessant. Geisel sagt, daß die Bombardements im 2. Weltkrieg »auch den Wiedereintritt Deutschlands in die zivilisierte Welt ermöglichten« und in einem Vergleich gebraucht er kurze Zeit später mal so eben den rassistischen Ausdruck »Neger«. Man sage nicht, das sei beziehungslos. Deutschland wurde nicht aus der zivilisierten Welt ausgeschlossen, als 1904 die Hereros in Namibia planmäßig vernichtet wurden. Dieser Massenmord hat die »zivilisierte Welt« nicht erschüttert, ging es doch »nur« um »Neger«. Und in diese Richtung zielt auch die Diskussion, die das neue deutsche Reich an die Seite der Alliierten bringen wird. Dann endlich darf man in der BRD auch in »linken« Diskussionen wieder öffentlich »Neger« sagen, und es stört genausowenig, wie wenn Genscher Assad unterstützt, trotz der Massaker und Verfolgung der assyrischen Minderheit in Syrien. Denn - machen wir uns nichts vor - für »die« deutsche Intelligenz sind sie nicht interessant.

Andreas Heinz

Bochum

Pohrtismus

KONKRET 4/91: »Der Weg zur inneren Einheit X«, letzter Teil der Studie von Wolfgang Pohrt

Im Rostwetter des allzu sicher gewordenen Kapitalismus als Ausgang globaler (Un-) Ordnungsstrukturen enthält sich der scheinradikale Pohrtismus bestimmten Begrifflichkeiten bzw. Analyseausgängen. Von Verhältnissen, Sozialstandorten oder Klassen, vom Metropolenschein wider verwüsteter Fernprovinzen, von profitfunktionalistischer Folter und Vampirismus etc. ist hier nicht mehr die Rede. Wie auch. Mann ist doch nicht mehr stalinistisch...

Der Pohrtismus bleibt im Vielfrontgebäude letztlich ohne konkrete Utopie. Es ist ein Niedermachen ohne Ziel. Ein fürwahr leichtes Kritikerleben. Seine Waffe der Kritik ballert wild wie widersprüchlich im »schönen Deutschland« herum ohne ein Gespenst auch nur zu kratzen. So wäre es, würde er sich nicht ständig in notwendige Streitereien einmischen, die ihm, den Pohrtismus, längst nur noch zu langweilen scheinen. Welches Pferd sattelt der Pohrtismus?

Gerne beruft sich der Pohrtismus zur Selbstrechtfertigung, von allen guten Geistern verlassen - nein, das wollen auch die Pohrtianer nicht, auf kritische Denkmäler des Antifaschismus aus einer Frankfurter Schule. Nichts gegen »Denkmäler« und Berufungen; doch sollten sie beizeiten nicht nur als Zitatengeber wahrgenommen werden. Es spukt im Pohrtismus kritisch, aber es wird nicht. Das macht in der Tat ganz und gar ärgerlich. Hier könnte mensch auch unredliche Pfeile schießen, doch es gehört sich nicht zu sagen: wollen die Pohrtianer »etwas« deutend eine Flucht legitimieren...

Andreas Clausing

Münster

Konkret 05/91, S. 8

Hermann L. Gremliza

Schwarzer Montag

Gestern Honecker u. Konsorten
Heut wieder betrogen an allen Orten
Spruchband auf einer Leipziger Montagsdemonstration

Auf die Frage, ob es so etwas wie einen Nationalcharakter gibt und worin gegebenenfalls die Differenz etwa des deutschen zum italienischen oder französischen bestehe, ließe sich antworten: daß ein Italiener oder ein Franzose, der innerhalb kürzester Frist zum zweiten Mal auf einen Betrug reingefallen ist, sorgsam darauf achtet, daß es keiner erfährt, sich in stiller Kammer vielleicht vor Wut in den Hintern beißt, nicht aber hingeht und vor aller Welt mit seiner Dummheit renommiert, was der deutsche Tölpel übrigens in der berechtigten Erwartung tut, für dieses Eingeständnis von seinen Landsleuten keineswegs ausgelacht, sondern herzlich bemitleidet zu werden. Aber dies nur nebenbei und um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, der Verfasser, der im folgenden vom Desaster der Befreiung Osteuropas handeln will, bringe den Leipziger Demonstranten anderes entgegen als unverstellte Schadenfreude.

Wer sein Schicksal in die Hände einer hysterischen Kunstgewerblerin legt und den Norbert Blüm ernst nimmt, soll nachher nicht auf mildernde Umstände plädieren. »Marx ist tot, Jesus lebt« - in diesem Wort war für jeden, der auf einer polytechnischen Oberschule lesen gelernt hatte, wahrhaftig alles angekündigt, was nun Realität wird: Armut, Elend, Freiheit und Totschlag. Ende 1991 werden 4 Millionen frühere Bürger der DDR arbeitslos sein. Um schlimmeres zu verhüten, müssen bis zum Jahr 2000 mehr als eine Billion (für DDR-Bürger, die neu im Geschäft sind: tausend Milliarden) Mark in die Zone gesteckt werden - gesetzt den Fall, die Hochkonjunktur währte für immer, was, da zwar Marx tot, »Das Kapital« aber lebendiger ist als Jesus und sogar Blüm, bereits von der »Frankfurter Allgemeinen« dementiert werden muß: Die Weltkonjunktur breche ein, die Wachstumsrate sei von Februar auf April in Japan von 10 auf 2 Prozent gesunken, in Deutschland von 7 auf 1 Prozent und in den USA liege sie jetzt bei minus 5 Prozent.

1991, auf dem Gipfel der Hochkonjunktur, bezogen in den alten Bundesländern 4 Millionen Einwohner Sozialhilfe, und das waren die goldenen Zeiten im goldenen Westen des Reichs. Schon werden für die Jahre bis zur »Heilung der Wunden« (Weizsäcker) schwere »soziale Verwerfungen« befürchtet, und damit ist gewiß mehr gemeint, als daß die freiheitstrunkenen Brüder und Schwestern jede Ladenkasse plündern (Zuwachs der Kriminalitätsrate auf dem Gebiet der ehemaligen DDR: 400 Prozent) oder, volkswirtschaftlich kostenneutral, einige Neger und Polen in den Tod hetzen, wie sie es heute schon tun. (Oder es sich doch in ihren Witzen wünschen,deren jüngster so geht: Der ertrinkende Papst wird von einem deutschen Schwimmer gerettet, der sich zum Dank was wünschen soll. »Einen Rollstuhl.« »?« »Den werde ich brauchen, wenn die zuhause erfahren, daß ich einen Polacken aus dem Wasser gezogen habe.«)

Die DDR war das ökonomisch erfolgreichste Land Osteuropas, ihre Bewohner genossen den höchsten Lebensstandard unter den sozialistischen Staaten. Wenn schon die Überführung dieser vergleichsweise reichen 16 Millionen auf den Weltmarkt die Mittel des reichsten kapitalistischen Staates und Exportweltmeisters zu überfordern droht und überhaupt nur unternommen wird, weil die Regierenden sich nicht rechtzeitig aus ihrem nationalen Schmalztopf freistrampeln konnten, wenn also dies Leichteste vielleicht und gerade noch acho krachoque, wie der Leibfuchs sagt, unter äußerster Anspannung der finanziellen Ressourcen und unter schwerer Deformation des politischen Systems (bis hin zur Etablierung einer dauerhaften großen Koalition) gelingen könnte - was erwartet dann die andern, die ärmeren ehemals realsozialistischen Staaten? So unpathetisch wie möglich geantwortet: der Untergang.

Dabei ist es nicht so, als wäre dort die Dynamik der Marktwirtschaft nicht zu spüren: Im fünften Stock des ehemaligen ZK-Gebäudes der polnischen Kommunisten ist jetzt die Börse untergebracht; aber nachdem die fünf erfolgreichsten Staatsbetriebe an Spekulanten verscherbelt sind, geht keiner mehr hin. Und in der Sowjetunion haben die Behörden die Gründung von 4.000 Joint Ventures registriert; leider muß die Regierung klagen, daß die Gemeinschaftsunternehmen »die Aufgaben, die ihnen von der Regierung zugedacht waren, in keiner Weise erfüllt« haben, indem nur 2 Prozent der 4.000 Joint Ventures irgendetwas produzieren, während 98 Prozent dem Betrieb gastronomischer Einrichtungen, der Beratung und der Vermittlung von Geschäften, kurzum: der Ausplünderung einer Volkswirtschaft dienen. Die Sowjetunion, jahrzehntelang der bravste und pünktlichste Schuldner, ist nach fünf Jahren Perestrojka (d.h. Anschluß an den Weltmarkt) zahlungsunfähig.

Jede Woche einmal ist ein Gorbatschow, ein Walesa, ein Havel tief, bitter oder schwer enttäuscht, daß Jesus nicht so lebt, Wasser in Wein verwandelt und das Brot mit den Armen teilt, wie Blüm es versprochen hat. Noch reden sie sich und ihren Völkern ein, daß seine glor- bzw. devisenreiche Auferstehung irgendwann doch stattfinden werde. Rohwedder hätte es ihnen sagen können: daraus wird nichts. Den Tschechen, Slowaken, Polen, Russen etc. wird es in den nächsten Jahren

doppelt und dreifach so dreckig gehen, wie es den Deutschen in der Zone ohne Zuweisungen aus Bonn ginge. Und keines der den Weltmarkt beherrschenden Kapitale hat ein Interesse daran (d.h. verspricht sich einen Profit davon), diese Zukunftsaussichten zu ändern.

Es ließe sich nun sagen, die Damen und Herren Osteuropäer hätten es selbst so gewollt und des Menschen Wille sei sein Himmelreich, sollen sie also im Elend vegetieren oder verhungern wie die Populationen anderer erfolgreicher parlamentarisch-demokratischer Welt-Marktwirtschaften vor ihnen, der indischen etwa oder der argentinischen. Doch auch wer den Zynismus aufbrächte, einem Moskauer oder Warschauer so zu begegnen als sei er ein Leipziger oder Chemnitzer, müßte erschrecken vor den weltgeschichtlichen Konsequenzen dieser Prognose. Denn nicht bloß, daß die jüngsten Verdammten dieser Erde über Waffen verfügen werden, die dem Saddam Hussein gerade noch zu einem letzten Gefecht gefehlt hatten; nicht nur, daß ihr Niedergang die Katastrophe der noch Ärmeren beschleunigen wird, die sich bisher auf ihre Hilfe verlassen durften - die nachsozialistischen Völker werden die dem Imperialismus gegenüberstehende Masse um ein chauvinistisch-klerikal-faschistisches Potential »bereichern«, welches antiimperialistische Parteinahme noch einmal erschweren wird. (Es sei denn, der imperialistische Part würde vom Vierten Reich gespielt, in welchem Fall sich keine weitere Frage stellte.)

Erst wenn es mit Gewißheit niemandem mehr nützen kann, wird man zu erkennen beginnen, welch seltenen Glücksfall die Existenz der sozialistischen Staaten bedeutet hatte: nicht für den Sozialismus oder Kommunismus, sondern bloß für Verhältnisse auf der Welt, die trotz aller Kriege und Nöte, die sie mit sich brachten, leidlich friedlich und für den größeren Teil der Menschheit gerade noch erträglich waren, weil sie, solange die Imperialisten nicht allein herrschten, fast jedem, auch dem schärfsten Gegner des »bürokratischen Stalinismus«, noch eine Hoffnung ließen. Verglichen mit denen, die nun unabwendbar sind, werden die Verhältnisse, die endlich beseitigt wurden, bald paradiesisch erscheinen.

PS: Der dümmste aller Einwände ist der die Enthüllungen der Untaten der SED-Führern betreffende. Was, glaubt man, käme heraus, wenn auch die Aktenschränke aller Ämter, Dienste, Konzerne und Kanzleien der BRD einem ebenso interessierten wie zahlungskräftigen Publikum geöffnet würden - außer etwa, daß sich die kommunistischen Funktionäre mit ihren kapitalistischen Konkurrenten auch auf dem Gebiet moderner Kriminalität nicht messen konnten?

Konkret 05/91, S. 10

Eva Groepler; Thomas Ebermann; Jan Philipp Reemtsma; Hermann L. Gremliza; Oliver Tolmein

Bankrott der Linken?
Streitgespräch

Zum Streitgespräch in der KONKRET-Redaktion kamen zusammen: Eva Groepler, Übersetzerin (zuletzt Sartres »Schmutzige Hände«) und ehemaliges Mitglied des KB, vor Jahren ausgetreten wegen Phänomenen von Antisemitismus; Thomas Ebermann, ehem. grüner Abgeordneter des Bundestags, zuletzt Mitverfasser der »Flugschrift Radikale Linke«; Jan Philipp Reemtsma, Philologe und Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung und Hermann L. Gremliza. Die Gesprächsleitung besorgte Oliver Tolmein

Tolmein: Vor dem Golfkrieg hat Reemtsma in KONKRET geschrieben, daß es nach dem Ende des realexistierenden Sozialismus keine Linke mehr gebe. Während des Golfkrieges haben sich die Teile der Linken, die im letzten Jahr noch gegen die Wiedervereinigung aufgetreten sind, so restlos zerstritten, daß nicht einmal mehr eine gemeinsame publizistische Arbeit herstellbar war. Es scheint so, als sei Reemtsmas Hypothese dadurch verifiziert.

Reemtsma: Ich will versuchen, meine Argumentation von damals zu rekonstruieren: Ich meine, daß es nur dann einen Sinn hat, von einer Linken zu sprechen, wenn es ein in irgendeiner Weise erkennbares Potential gibt, an das Hoffnungen geknüpft werden können bezüglich einer radikalen Veränderung dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Solange in den Ländern des sogenannten real existierenden Sozialismus noch die Möglichkeit bestand, daß die dortigen Bürokratien durch eine gesellschaftliche Bewegung abgelöst würden, die die Ideale der Oktoberrevolution zu ihren eigenen macht, solange gab es - es mochte auf der imperialistischen Seite aussehen, wie es wollte - ein Potential, so konnte man hoffen, auf das sich die Linke hätte beziehen können. Das ist aber vorbei. Diese Hoffnung kann man nicht mehr hegen.

Jetzt gibt es weltweit keine nennenswerten Bewegungen, auf die sich eine Linke beziehen könnte, und damit fällt, so habe ich argumentiert, ein historischer Bezugsrahmen weg. Solange es den gab, hat man einen Konflikt, der dann entsteht, wenn eine imperialistische Macht Krieg führt gegen eine Macht der Dritten Welt, in diesen Bezugsrahmen eingeordnet und gehofft, daß im Widerstand gegen diese imperialistische Aggression eine antiimperialistische Befreiungsbewegung herauskommt. Zumindest verlieh man jeder dieser Bewegungen so einen Status.

Groepler: Warum argumentieren Sie wie ein ideeller Gesamt-DKP-ler? Weshalb tun Sie so, als seien Ihre Sorgen und Enttäuschungen die gleichen wie die von Herbert Mies? Das wird doch Ihrer eigenen Biographie nicht gerecht. Sie sagen, daß mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus auch die linke Perspektive...

Reemtsma: Nicht mit dem Zusammenbruch dieser Systeme, sondern damit, daß diese Systeme zusammengebrochen sind, ohne daß in ihnen selbst eine linke Perspektive entstand. Das ist etwas ganz anderes. Ich argumentiere eher in den Traditionen einer Linken, die die Realität und die Herrschaftsausübung in der Sowjetunion und in den von der Sowjetunion dominierten Regionen als undemokratisch kritisiert hat, die immer die Hoffnung auf eine politische Revolution in diesen Ländern hatte. Diese Hoffnung ist zusammengebrochen. Es hat keine nennenswerten Gruppierungen, wo auch immer, gegeben, die es für der Mühe wert hielten, das Projekt 1917 nochmal wieder aufzulegen. Das halte ich in der Tat für einen epochalen Einschnitt.

Groepler: Sie meinen also, solange es diesen angeblichen Bezugsrahmen gegeben habe, konnte man politische Phänomene anders beurteilen als jetzt? Beispielsweise hätte man die Friedensbewegung, auch wenn sie dieses und jenes tat, was uns nicht gefiel, irgendwie doch in einer objektiven Funktion den Guten zuordnen können, aber als der reale Sozialismus zusammengebrochen ist, wäre auch die Möglichkeit dieser objektiven guten Funktion im Schlechten entfallen? Ich meine, daß der Einmarsch in der CSSR oder in Ungarn damals genauso falsch gewesen ist, wie er es heute wäre, daß die Unterstützung von Khomeini im Namen einer Konsumfeindlichkeit gestern genauso falsch war, wie sie es heute wäre. Ich verstehe nicht recht, worauf Sie hinauswollen.

Reemtsma: Früher konnte man, wenn man die Diagnose gestellt hatte: dies ist eine imperialistische Aggression, den Widerstand gegen diese imperialistische Aggression im weltpolitischen Rahmen als einen antiimperialistischen verstehen. Kann man das heute noch tun?

Tolmein: Der Imperialismus ist ja nicht zusammengebrochen.

Groepler: Ich denke, daß diese »realsozialistische« Selbstzensur von Linken oder von Teilen der Linken gestern vielleicht eine Hauptursache der Perspektivlosigkeit linker Politik heute ist.

Gremliza: Schuld am Bankrott der Linken sind die Leute, die nicht mit der nötigen Schärfe gegen die Staaten Osteuropas und ihre Politik aufgetreten sind?

Groepler: Und die Leute, die jede Befreiungsbewegung, egal was die tat und egal welches Programm sie hatte, erst mal per se für gut gehalten haben, weil sie »objektiv« irgendwie der Entwicklung einer Emanzipationsbewegung weltweit dienten...

Ebermann: Der Wegfall der Sowjetunion trifft am wenigsten uns, der trifft Mosambique, Kuba, El Salvador. Und ich bezweifle vehement, daß Fehler, die wir gemacht haben, wirklich so wichtig sind für unsere gesellschaftlich marginale Stellung. Ich mag es nicht, wenn die Linke der Vergangenheit so blöde dargestellt wird, wie sie nicht war. Es gab schon unglaubliche Anstrengung, in Befreiungsbewegungen verschiedene Flügel kenntlich zu machen, darzustellen, auf welche Option man mehr hofft, auf welche weniger. Die Linke war solidarisch, aber nicht apologetisch gegenüber den Befreiungsbewegungen.

Tolmein: Würdest du sagen, daß in diesem Golfkrieg eine neue Situation entstanden ist für eine antiimperialistische Bewegung, oder war es eigentlich die alte Konstellation?

Ebermann: Das war in jeder Hinsicht nicht die alte Konstellation, man konnte doch in alten Kriegen und Konflikten viel leichter Partei sein gegen den Imperialismus - unter alter Konstellation verstehe ich Vietnam. Wer sagt, das ist dasselbe, der hat schlicht und einfach ein Rad ab und macht rückwirkend die Vietnamesen noch einmal mies.

Reemtsma: Alle Konflikte dieser Art, ob Golfkrieg, ob Vietnam, sind aus verschiedenen Komponenten zusammengesetzt und eine dieser Komponenten ist die imperialistische Aggression. In welcher Situation ist die Reduktion auf diese Komponente zulässig, und wo ist sie es nicht? Das scheint mir eben nicht genügend durchdacht zu sein, wenn denjenigen, die sagen, es könnte für die Aggression der USA im Irak auch gute Gründe geben, die nicht die der USA sind, vorgehalten wird, es handele sich aber um eine imperialistische Aggression. Das wird ja gar nicht geleugnet, es wird nur gesagt, es gehe nicht an, diesen Konflikt darauf zu reduzieren. Im Falle Vietnam haben wir das getan, und es gab gute Gründe, dies zu tun.

Tolmein: Warum gab es die im Golfkrieg nicht?

Reemtsma: Ich muß die Argumente, die vorgetragen worden sind, nicht wiederholen: die Rolle Israels, die innenpolitische Rolle des Regimes von Saddam Hussein, die Verfolgung der Kurden...

Ebermann: Es gab eine Kriegssituation, Deutschland war Kriegspartei...

Gremliza: Auf welcher Seite?

Ebermann: Ist dir das entgangen?

Gremliza: Ja.

Groepler: Obwohl du Kriegskrediten zugestimmt hast?

Gremliza: Es macht eine der Schwierigkeiten aus, über dieses Thema zu diskutieren, daß wir uns offenbar darüber schon nicht einig sind.

Ebermann: Daß Deutschland Kriegspartei war und auf welcher Seite?

Gremliza: Ja. Wenn Deutschland Kriegspartei war, so jedenfalls nicht auf der us-amerikanischen oder »alliierten« Seite.

Ebermann: Wir werden noch Konsens erzielen, wo der Krieg stattgefunden hat, nehm ich an.

Gremliza: Nicht umsonst durfte sich der deutsche Außenminister bei den Regierungen der Alliierten ein paar Wochen lang nicht sehen lassen. Die deutsche Friedensbewegung hat, je länger der Krieg dauerte, allmählich die ganze Nation umfaßt. Kohl hat sich beklagt, man werfe den Deutschen vor, sie zögen die Knobelbecher nicht an, Marion Dönhoff, führende Repräsentantin der Regierungspublizistik in der Bundesrepublik, schreibt: »Ein dubioser Sieg. Man muß froh sein, daß Deutsche an diesem Krieg militärisch nicht beteiligt waren. Sollen sie uns ruhig ‘Drückeberger` nennen.« In diesem Krieg hat das neue deutsche Reich nicht an der Seite der USA gestanden, sondern zum ersten Mal sich offen als Konkurrent zu profilieren versucht.

Ebermann: Wozu wurde der Frankfurter Flughafen benutzt?

Gremliza: Ja, ein paar Dinge können sie noch nicht, das ist richtig. Aber alle, die es verstehen sollten, haben es verstanden, daß die BRD nicht auf Seiten der USA und Israels steht. Auch Saddam Hussein hat es verstanden und aus seinen Drohungen gegen die imperialistischen Mächte die Deutschen stets ausgenommen.

Ebermann: Ich dachte, wir hätten alle während der Kriegswochen ferngesehen und Zeitung gelesen, da ist manifest geworden, was für eine große Anstrengung gemacht wurde, in Deutschland eine Zustimmung für den Krieg zu erzeugen. Das kann nicht strittig sein.

Groepler: In den Medien wurde gleich zu Kriegsbeginn Stimmung gegen diesen Krieg und gegen eine deutsche Kriegsbeteiligung gemacht, das ist einfach nicht abzustreiten, und ich weiß nicht, warum partout versucht wird, es so darzustellen, als ob Deutschland eine zentrale Rolle als Kriegspartei gespielt hätte. Das stimmt doch einfach nicht. Zwei in Incirlik stationierte Bundeswehr-Einheiten sind kein Zugriff auf die Weltmacht.

Ebermann: Deutschland hat ein paar erfreuliche Benachteiligungen - gehabt, wird man bald sagen müssen -, die auf der erfreulichen Tatsache basieren, daß Deutschland den zweiten Weltkrieg verloren hat. Man kann - konnte, wird man bald sagen - Waffen und Personal nicht so einfach überall hinschicken. Deshalb konnte Deutschland nicht so offensiv kriegsführende Partei sein wie imperialistische Nationen, denen diese Hemmnisse nicht angelegt sind. Zweitens hat Deutschland zur Zeit einen anderen Schwerpunkt: Konsolidierung des Reiches, und der Blick geht insgesamt ja in den Osten. Also war das unmittelbare Interesse vergleichsweise geringer. Aber dennoch haben die imperialistischen Nationen ein gemeinsames Interesse, unbotmäßige Nationalisten, deren man sich mal bedient hat, periodisch gewaltsam zur Raison zu rufen, entweder um etwas Konkretes zu bewerkstelligen oder auch um dem Rest der Welt die Lektion zu erteilen, daß, wer ungehorsam ist, gestraft wird. Soweit dachte ich, wär es noch möglich, gemeinsam zu argumentieren.

Reemtsma: Was sagt man eigentlich damit aus, was heißt das für die Analyse einer konkreten Situation? Heißt das nicht: wer Machtpositionen hat, wird daran Interesse haben, sie langfristig auch zu sichern, und wie er das im Einzelnen macht, weiß der Teufel? Das stimmt gewiß - aber was hat man damit gesagt?

Ebermann: Damit haben wir gesagt, daß die Haltung zu diesem Krieg die Haltung zu zukünftigen Konflikten vergleichbarer Natur präjudiziert. Es braucht nicht viel Phantasie, das Muster »Zivilisation versus Despotie« als zukünftiges Grundmuster solcher Kriege zu erkennen und vorauszusehen, daß ein erheblicher Teil der Linken pro Zivilisation Partei ergreifen wird. Und wenn man dann nicht gewappnet ist, darzustellen, was der eigentliche Konflikt ist, dann wird es eine Wiederholung der Parteinahme für die Kriegsalliance geben.

Reemtsma: So argumentiert ja der Artikel in der »Flugschrift Radikale Linke«, in dem sehr heterogene Argumentationen ganz unterschiedlicher Leute in einen Topf geworfen werden. Aber ich will doch fragen, was berechtigt in diesem Falle zu sagen: Dieser Konflikt ist in erster Linie der Konflikt einer imperialistischen Macht mit einem Staat der Dritten Welt, und das ist die wichtigste Aussage, die ich für ihn treffen kann, alle anderen kommen bloß marginal dazu, und also ist mit dieser Analyse zwingend verbunden, daß ich auf jeden Fall eine Antikriegsposition einnehmen muß?

Ebermann: Über die zaristische Despotie und ihre Grausamkeit konnte man viel Richtiges sagen, aber wer 1914 in Deutschland auf die zaristische Despotie verwies, unterstützte damit den deutschen Krieg. Der Zarismus und seine Grausamkeit dienten den Sozialdemokraten als Argument, den deutschen Krieg zu unterstützen.

Reemtsma: Man wird doch auch das Engagement der USA im Ersten und Zweiten Weltkrieg zurecht beschreiben können als Ausdruck von Konkurrenz um Weltmacht- und Vormachtpositionen, und gleichwohl sagen können, wir haben gute Gründe, zumindest das Engagement der USA im Zweiten Weltkrieg nicht auf diesen Aspekt zu reduzieren, sondern es ist auch, ja vor allem die Niederwerfung des deutschen Faschismus gewesen, und darüber können wir den anderen Aspekt vernachlässigen. Es gab damals eine amerikanische Friedensbewegung, eine Linke, die mit dem Argument, das sei ein Krieg um Weltmachtpositionen, gegen den Kriegseintritt der USA gewesen ist.

Tolmein: In unserem Gespräch haben sich zwei Positionen herausgestellt, die eine ist, daß Deutschland Kriegspartei war auf Seiten der Alliierten, und die andere, daß Deutschland Kriegspartei war nicht auf Seiten der Alliierten. Auf wessen Seite haben die Deutschen denn nun gestanden?

Gremliza: Auf der deutschen, die schließlich auch von allen beteiligten Deutschen als die siegreiche empfunden wurde - von der Bundesregierung, von den Sozialdemokraten, von der Friedensbewegung und von der Frauenbewegung. In »Emma« schreibt Alice Schwarzer über die deutsche Haltung im Golfkrieg: »Relativ gesehen machen wir Deutschen Fortschritte. Frauen wie Männer. Und das ist der Grund, warum ich in den letzten Wochen zum ersten Mal in meinem Leben stolz war, Deutsche zu sein.«

Ebermann: Das war bei Alice Schwarzer nicht das erste Mal.

Gremliza: Aber daß sie dieses Bekenntnis ablegt, ist das erste Mal. Zwei Seiten darauf meint Margarete Mitscherlich, die 1967 zusammen mit ihrem Mann Alexander »Die Unfähigkeit zu trauern« veröffentlicht hat: »Die Deutschen können trauern... Mich stimmt also angesichts eines grausamen Krieges die Unfähigkeit zu kämpfen, die die Deutschen auszeichnet, optimistisch, wie auch die Offenheit, Angst und andere unmännliche Gefühle zuzulassen und nicht auf Sieg zu setzen.« Ich habe die Haltung »der Deutschen« zu diesem Krieg als eine deutschnationale verstanden und meine Position dazu als eine antideutsche.

Ebermann: Richtig ist, daß die Friedensbewegung in ihrer überwältigenden Mehrheit die Kritik verdient. Die sogenannte alte Friedensbewegung hat viel Kritik verdient für ihre Deutschtümelei, für ihre verhüllte Sehnsucht, selbst über die Waffen zu verfügen, und ihren beleidigten Jammer über die Zweitrangigkeit Deutschlands in der Welt. Diese Kritik haben wir vor 10 Jahren teilweise geleistet und manchmal auch vernachlässigt.

Gremliza: Geleistet hat sie vor 10 Jahren erstmals Wolfgang Pohrt. Und dann kamen ziemlich viel später wir.

Ebermann: Nein, das stimmt nicht, aber das ist egal. Falsch wäre es gewesen, die Richtigkeit der zeitweisen zentralsten Forderungen der alten Friedensbewegung zu bestreiten, nämlich, daß die berühmten Pershings und Cruise Missiles hier

nicht stationiert werden sollen, und die Enthüllung, daß es keine Nachrüstung war, sondern eine Bedrohung. Das habt ihr damals nicht getan, aber das hat sich jetzt geändert: Die Mehrheit der KONKRET-Redaktion kritisiert die Friedensbewegung nicht mehr, was geboten ist, danach, wieviel Deutschtümelei da vorkommt, sondern sie kritisiert die Gegnerschaft gegen den imperialistischen Krieg. Und damit ist eure Kritik an diesen Nasen nicht mehr Kritik von links.

Groepler: Hermanns Motiv für seine Kritik an der Friedensbewegung ist die Bedrohung Israels, und es ist mir persönlich als Motiv erstmal sympathisch, egal, ob ich mit seinen Schlußfolgerungen einverstanden bin oder nicht. Das ist mir sympathischer als Leute, die von der »Klaviatur deutscher Schuldgefühle« quatschen, auf der »virtuos gespielt« werde.

Ebermann: Bist du denn mit seinen Schlußfolgerungen einverstanden?

Groepler: Ich bin mit seinen Schlußfolgerungen nicht einverstanden. Aber sein Motiv, seine Sorge unterscheidet sich diametral von dem, was ihr in dieser Flugschrift zum Golfkrieg schreibt. Ich finde es einfach abscheulich, daß davon die Rede ist, daß die Kriegszustimmung weltweit über »Schuldgefühle« gegenüber Israel erfolgt ist. Das ist eine Lüge. Das ist schon rein als Fakt eine Lüge, aber warum diese Lüge geschrieben wird, warum offensichtlich so gedacht wird, ist ja eigentlich das Interessante. Ich bin mit Hermanns Schlußfolgerungen nicht einverstanden, weil es einfach nicht stimmt, das sieht man auch heute, daß manche sterben müssen, damit andere leben können, also es sterben immer mehr Leute, das sieht man an der Kurdenverfolgung. Der Krieg ist auch nicht geführt worden, um die Massenvernichtungswaffen zu beseitigen, weil dann müßte ja der Krieg gegen die Ausrüster geführt werden. Und der Repressionsapparat im Irak ist einfach nach wie vor da und scheint sehr funktionstüchtig.

Gremliza: Aber das kann man mir doch jetzt nicht vorwerfen. Ich wußte ja und habe es geschrieben, daß der Krieg nicht aus diesen »richtigen Gründen« geführt werde, und ich hoffte, daß aus den falschen Gründen das Richtige geschehe.

Groepler: Wahrscheinlich bist du jetzt enttäuscht.

Reemtsma: Enttäuscht, was heißt enttäuscht?! Man findet sich in seltsamen Koalitionen wieder, egal was für eine Position man vertritt. Hermann müßte sich in einer Koalition mit General Schwarzkopf wiederfinden...

Gremliza: Mit Schwarzkopf, dem heldenhaften Eroberer Grenadas...

Tolmein: Ich hatte den Eindruck, daß es »die Friedensbewegung« überhaupt nicht gegeben hat. Es hat halt ganz unterschiedliche Etappen des Protestes gegeben und auch ganz unterschiedliche Fraktionen. Es gab Leute, die das Beste für Deutschland wollten, nämlich, daß es auf gar keinen Fall irgendwelche Soldaten in diesem Krieg verliert, und es gab Leute, die überhaupt nicht das Beste, sondern das Schlechteste für Deutschland wollten, die aber Positionen vertreten haben, die antisemitisch waren; es gab autonome Gruppen, die geschrieben haben: »'Israel` - weltweites Problem«. Ich denke, die Phänomene waren schon etwas widersprüchlicher.

Gremliza: Das sind sie natürlich, aber das mir Bemerkenswerte war und ist, daß, nachdem man auf diesen Busch geklopft hat, sich Leute auf eine Weise gemeldet haben, wie man es in schlimmster Vorahnung nicht für möglich gehalten hatte. Wer hätte gedacht, daß unter den Lesern von KONKRET so viele Antisemiten sind, wie sich jetzt in Briefen zu Wort gemeldet haben? Leute, die von der »Endlösung der Araberfrage« faseln, vom »Holocaust am irakischen Volk«, vom »rassistischen Staat Israel« undsoweiter. Daß unser Autor und alter trotzkistischer Genosse Winfried Wolf schreiben werde, »deutsches Blut« dürfe nicht für Öl vergossen werden, wirklich »deutsches Blut«.

Gerade hat man gelesen, was Pohrt irgendwelchen Autonomen polemisch unterstellt, und man denkt: jetzt werd' nicht hysterisch, und schon meldet sich eine Autonomengruppe, die eine »Arbeitsgemeinschaft Judenfrage etc.« anbietet. Das antisemitische Syndrom ist viel verbreiteter und sitzt viel tiefer, bei meinen Lesern bzw. Ex-Lesern und, Thomas, bei deinen Ex-Wählern. Und auf deren Motive, in diesem Krieg Stellung zu beziehen, habe ich zu antworten. Mit Leuten, die von der »Endlösung der Araberfrage« schwätzen, kann ich nicht durch die Straßen laufen mit diesem Bettuch - Aufschrift: »Dieser Krieg ist nicht unser Krieg«. Weil ich dann fragen müßte: Welcher Krieg wäre denn eurer? Und was wäre die Antwort?: »Es gibt keinen gerechten Krieg.« Weil ja auch die Bomben auf Nazi-Deutschland, wie man jetzt überall hören und lesen konnte, ein Verbrechen waren.

Ebermann: Aber du formulierst das Ganze aus der Position der Kriegsbefürwortung, und das macht deine Kritik zahnlos, demagogisch, ironisch.

Reemtsma: Das heißt: Die Friedensbewegung kritisieren darf nur, wer gegen diesen Krieg ist. Damit ist aber vorausgesetzt, es sei die wesentliche Aussage über diesen Konflikt, daß er ein imperialistischer Krieg ist. Und wenn ich diese Aussage getroffen habe, darf ich vielleicht immer noch die und die und die ideologische Verbiegung kritisieren, es wird mir aber unmöglich, Gründe aufzuzählen, die auch *für* diesen Krieg sprechen können. Deshalb hatte ich vorhin meine Analogie zum Eingreifen der USA im zweiten Weltkrieg gemacht. Auch dort stimmen ja die Kategorien der Imperialismus-Kritik, gleichwohl ist damit nicht alles über jenen Krieg gesagt.

Ebermann: Ja, aber das ist doch eine Wahnsinnsanalogie, die du machst. Du willst doch nicht sagen, daß Saddam Hitler ist?

Reemtsma: Saddam ist Saddam und Hitler ist Hitler.

Ebermann: Das willst du auch nicht sagen, und du willst auch nicht sagen, daß der Irak eine imperialistische Nation ist.

Reemtsma: Es geht doch nur darum: Wann habe ich Zureichendes über das Wesen dieses Konflikts gesagt, so daß ich sagen kann, alles andere kann ich vernachlässigen, ich kann es allenfalls dazu verwenden, zusätzlich kleine ideologiekritische Anmerkungen zu machen, die aber keine Konsequenzen haben für meine grundsätzliche Haltung.

Ebermann: Ich vernachlässige gar nicht alles.

Reemtsma: Aber wenn es meine politische Haltung nicht mehr beeinflussen kann, dann wird es sekundär - vielleicht, wenn wir mal Zeit haben, darüber zu reden, dann reden wir mal darüber...

Ebermann: Was nicht heißt, daß ich alles andere vernachlässige.

Gremliza: Seit es das sozialistische Lager nicht mehr gibt, sondern nur noch die imperialistische one-world, ist jeder Krieg ein imperialistischer Krieg. Wem es für die Bestimmung seiner Haltung genügt, daß der Krieg imperialistisch ist, muß gegebenenfalls auch bereit sein, Partei für Pol Pot zu ergreifen oder jedenfalls nicht gegen ihn.

Ebermann: Also, ich gebe zu, euer Überprinzipialismus schüchtert mich ein bißchen ein. Da die Welt voller Sensationen ist, ist nahezu alles denkbar. Aber das unterhöhlt das Prinzip nicht, im Kriegsfalle niemals auf der Seite der imperialistischen Macht zu agieren, auf deren Territorium ich lebe. Jetzt könnt ihr mich irgendwie in den Irrsinn treiben, indem ihr fragt: Kann Deutschland mal für das Gute stehen und einen völlig gerechten Krieg führen?

Also jeder mir bekannte Linke, der dem Krieg zugestimmt hat, hat jeweils behauptet, die Motive der Herrschenden nicht zu teilen, die wirklich darüber entscheiden, worum es uns nicht geht und wie er abläuft, sondern eigene zu haben, geknüpft an das Bekenntnis, daß er nach Beendigung des Krieges ein ganz kritischer, klassenkämpferischer Mensch sein wird.

Gremliza: Du denkst immer nur an deine 1914er Analogie und nie an die vorhin schon einmal gestellte Frage, ob ein amerikanischer Linker dem Kriegseingriff der USA gegen die Nazis nicht auch dann hätte zustimmen müssen, wenn er von den imperialistischen Motiven seiner Regierung überzeugt gewesen wäre.

Ebermann: Hermann, wieviel Recht hat denn Herr Geissler? Merkst du nicht, wo du dich rein verstrickst?

Gremliza: Du meinst Geisslers Wort, daß die Pazifisten an Auschwitz schuld waren? Es war nicht der Pazifismus, der die Engländer davon abgehalten hat, rechtzeitig den Nazis einen Riegel vorzuschieben. Das ist historisch Quatsch. Die Appeasement-Politik war keine linke, sondern eine bürgerlich-konservative Politik, eine Mischung aus Klasssenkumpanei, Schiß und falscher Spekulation.

Ebermann: Meine Bilder sind stark von 1914 bestimmt, und vieles, was ihr macht, empfinde ich als Wiederholung der sozialdemokratischen Argumentation von damals.

Gremliza: Meine sind mehr von 1940/41 bestimmt und von der Frage, warum die Deutschen sich angesichts der Bedrohung Israels mehr denn je und vielleicht zum ersten Mal in ihrer Geschichte einig sind, von Winfried Wolf über Gysi bis Weizsäcker, daß es keine gerechten Kriege gibt. Wenn es nämlich keine gerechten Kriege gibt, dann war auch der, der gegen die Deutschen geführt wurde, nicht gerecht.

Reemtsma: Die »FAZ« hat einen ganz langen Leserbrief gedruckt, in dem es hieß, die Zeitung dürfe die Politik der USA nicht verteidigen, denn die Bombenangriffe auf Bagdad seien genauso verbrecherisch wie die auf Dresden.

Groepler: Dein Argumentationsmuster oder deine Weltauffassung, Thomas, ist die Zweiweltentheorie der Nord-Süd-Konflikte, und daß jeder, der vom Imperialismus angegriffen wird, auf jeden Fall unterstützt werden muß. Alles andere wird dadurch sekundär. Mit anderen Aspekten, etwa mit der Frage, was das Saddam Hussein-Regime ist, befaßt ihr euch nicht. Ihr meint sogar, daß euch die Sorge um die Bedrohung Israels nicht zu interessieren hätte - wie du dich jetzt schon die ganze Zeit um dieses Thema herumdrückst, finde ich skandalös.

Ebermann: Da kommen wir ja noch zu, denk ich. Es ist hier ein Motiv eingeführt worden mit dem Verweis auf die Leute, die an Dresden erinnern und über Bagdad sprechen. Und da denke ich, muß es noch einen Augenblick weitergehen, weil ich erinnere noch, daß Hermann mal geschrieben hat, er verstehe nichts von Psychologie, und er hat dafür plädiert, daß man Fakten betrachten soll. Und jetzt, wo er in der Polemik unterlegen ist, begibt er sich plötzlich doch auf Motivforschung.

Reemtsma: Das soll man nicht tun?

Ebermann: Doch, das soll man tun, aber nicht in der Weise, daß keine politische Position überhaupt mehr einer Überprüfung standhalten kann. Wenn ich jetzt hier in die Runde werfe, daß Hermann immer auf Seiten der Vietnamesen war, weil er die deutsche Niederlage gegen die Amerikaner bis heute nicht verwunden hat, hat er zwei Chancen. Erstens kann er sagen: Du hast ein Rad ab, und zweitens kann er sagen, daß ich einen ganz sensiblen Bereich seiner Seele getroffen habe. Und drittens kann er argumentieren, wenn es Argumente sind, weswegen er gegen den Krieg der Amerikaner in

Vietnam war. Und mir scheint, wir kommen in eine Situation, wo dieses Argumentieren immer mehr verunmöglicht wird durch den Verweis darauf, welche Motive man womöglich haben könnte.

Gremliza: Immer wenn im Nahen Osten irgendwas losgeht, ist das Erste, was passiert, daß eine deutsche Linke sich über den faschistischen, rassistischen Staat Israel ereifert. Zu keiner Region auf der Welt fällt der deutschen Linken sooft das Wort faschistisch ein wie zu Israel. Der ist doch nicht psychologisierend, das ist ein Faktum, es ist nachlesbar, wie das ganze Vokabular zur Beschreibung dessen, was die Nazis mit den Juden gemacht haben, unentwegt übertragen wird auf alles, was israelische Politik macht: die richten »KZs« ein für die Palästinenser, sie veranstalten einen »Holocaust«, sie planen die »Endlösung der Araberfrage«. Die Selbstverständlichkeit, mit der das stattfindet, und wie schnell es nun da ist, ist ein politisches Faktum - und du schickst mich jetzt unter die Sterndeuter...

Reemtsma: Der Hinweis, daß man sich psychologisierend aus argumentativen Schwierigkeiten rausreden kann, ist sicher richtig. Auf der anderen Seite darf man sich auch nicht künstlich dumm machen, und sollte daher das Reden über Motive, über Massenpsychologie etc. nicht tabuieren. Also kann es nur ein Appell sein, damit sorgfältig umzugehen, und ob das im jeweiligen Einzelfall passiert ist, das muß man dann prüfen.

Ebermann: Darf man sagen - oder darf man das nicht sagen , daß der Staat Israel nicht bedroht war?

Reemtsma: Israel ist als nichtkriegsbeteiligte Partei angegriffen worden von einem Regime, das die staatliche Liquidierung Israels zu einem expliziten Ziel gemacht hat. Dies ist eine Drohung. Wieviel Potential, diese Drohung wirklich durchzusetzen, der Irak zu welchem Zeitpunkt gehabt hat, kann ich nicht beurteilen. Gleichwohl ist es eine Drohung, unter der kein anderes Land der Welt steht.

Ebermann: Es hat hier, wie in allen imperialistischen Ländern, instrumentell lügenhafte Behauptungen über die militärische Kraft des Irak gegeben, und für einen Menschen, der bemüht ist, einigermaßen Bescheid zu wissen, war diese instrumentelle Lüge erkennbar. Es gab eine große und verständliche Aggressionsfalle. Niemand konnte genau sagen, wieviel der in Israel lebenden Menschen sterben würden, aber die Zerstörung des Staates Israels oder auch sehr erhebliche Zerstörung dort waren durch den Irak nicht zu realisieren. Israel war kriegsbefürwortend, zu einem sehr frühen Zeitpunkt, das Wort vom »Krieg de luxe« ist so oft zitiert worden, daß ich mir die Quelle schenken kann. Einigermaßen kenntnisreiche Leute hatten, sobald man das nachlesen konnte, herausgekriegt, aus den Erfahrungen des iranisch-irakischen Krieges, was irakische Waffen anrichten können. Und diese Analyse will ich machen können, ohne daß an dieser Stelle schon über meine Motive spekuliert wird.

Gremliza: Daß ich die militärischen Möglichkeiten des Irak überschätzt habe, lag nicht an den Erklärungen der USA oder der Israelis, sondern es basierte auf den Erklärungen der irakischen Regierung, die sich für fähig erklärte, Israel von der Landkarte zu radieren. Die Iraker haben doch nicht gesagt, wir können das alles gar nicht und machen das alles gar nicht, das ist Unfug, was die USA und Israel von uns behaupten, wir haben gar nicht 2 Millionen mit Waffen hochmodernster Bauart ausgerüstete Elitesoldaten, wir bedrohen niemanden, weil wir es nicht können, sondern die haben gesagt: Wir machen euch hin, und wir haben alles, was man uns unterstellt.

Ebermann: Hermann, weißt du, wie die sowjetische Generalität in den siebziger und frühen achtziger Jahren geprotzt hat, und wie wenig du dich hast davon beeinflussen lassen?

Gremliza: Das weiß ich, aber die hatten auch nicht angekündigt, daß sie in den nächsten 14 Tagen diese Waffen einsetzen würden. Sie haben gesagt: Wir verfügen über tolle Sachen, und wir werden uns zu wehren wissen, wenn wir angegriffen werden. Aber sie haben niemandem seine Auslöschung als Staat angekündigt.

Reemtsma: Ich hab ja in dem Artikel, der zu Anfang zitiert worden ist, eher eine klassisch-pazifistische Position bezogen und habe zu dem Zeitpunkt in der Tat diesen Drohgestus des Irak gegenüber Israel nicht zureichend ernst genommen. Das hat sich erst im Lauf des weitergehenden Konfliktes bei mir geändert, spätestens bei Husseins Ankündigung, er werde einen Angriff der Alliierten mit einem Angriff auf Israel beantworten. Und nach dem Abschuß der ersten Scud-Rakete hat sich meine Haltung natürlich nicht verändert.

Gremliza: Wußtest du, daß kein Giftgas in diesen Sprengköpfen sein würde, Thomas?

Ebermann: Nein, das wußte ich nicht. Wir haben unseren Text ja auch nicht nach dem Krieg geschrieben. Ich hatte furchtbare Angst, Unrecht zu haben. Das ist mit vielen Dingen so, und ich denke, das sollte niemand verheimlichen.

Tolmein: Hat die Bedrohung Israels in deiner antiimperialistischen Sichtweise noch eine besondere Relevanz?

Ebermann: Kann ich ausnahmsweise eine Gegenfrage stellen? Wäre eure Haltung zu diesem Krieg eine andere, wenn Deutschland eindeutig Kriegspartei wäre?

Gremliza: Vielleicht hätte ich es dann nicht für nötig gehalten, so provozierend mit der Friedensbewegung zu reden, wie ich es getan habe. Aber ich merke, es fällt mir sehr schwer, auf diese mir ganz absurd erscheinende Hypothese, Deutschland könnte Kriegspartei auf Seiten der Alliierten gewesen sein, etwas Vernünftiges zu antworten.

Reemtsma: Wenn die Bundesrepublik eindeutig Kriegspartei würde, könnte ich mir dazu eine Position vorstellen, die es sowohl für richtig hält, daß der Krieg geführt wird, als auch, daß keine deutschen Soldaten an ihm teilnehmen sollen - nicht aus dem Grunde: kein deutsches Blut für... , sondern weil das Verbot, deutsche Soldaten irgendwo einzusetzen, gleichwohl ein politischer Wert ist, den ich auch in diesem Zusammenhang nicht verletzen möchte. Und Friedensbewegungsleute pflege ich dann damit zu ärgern, daß ich sage: Doch, doch, den Einsatz deutscher Soldaten befürworte ich schon, aber selbstverständlich nur unter amerikanischem Kommando.

Gremliza: Dieses »Rent a cop«-Geschäft funktioniert so wunderschön, daß die Bundesregierung an ihrer herrlichen Verfassung nichts ändern wird.

Ebermann: Die wollen sie ja ändern, die wird auch geändert werden. Es wird keinen vergleichbaren Krieg mehr ohne deutsche Beteiligung geben.

Gremliza: Es spricht eine ganze Menge dafür, daß die Bundesrepublik sich aus dieser bequemen Lage nicht befreien will.

Reemtsma: Es würde einen Zuwachs an internationaler Macht bedeuten.

Gremliza: Ach, wenn man die Amerikaner so relativ billig kriegt... Es ist auch diese Frage nicht so ganz eindeutig zu beantworten, ob es denn ihr primäres Interesse ist, endlich deutsche Soldaten überall in der Welt verfügbar haben zu können oder ob sie an der Schranke festhalten, über die sie jetzt in dieser Situation so unheimlich froh waren.

Ebermann: Nein, sie führen Klage über die Beschränkung, die aus ihrer Sicht ein bedauerlicher...

Gremliza: Du glaubst ihnen doch sonst nicht alles, warum glaubst du ihnen diese Klage?

Ebermann: Wenn ich diese blöde »Wirtschaftswoche« sehe, die aufmacht mit »Kriegsverlierer Deutschland«, dann zeigt mir das, daß bestimmte Ergebnisse des siegreichen Krieges Deutschland nicht gefallen.

Reemtsma: Die »Welt« hat sich furchtbar darüber aufgeregt, daß möglicherweise deutsche Investoren beim Wiederaufbau von Kuwait benachteiligt werden.

Gremliza: Sie haben sich einen anderen Ausgang erhofft. Sie haben gehofft, daß der Krieg der Alliierten schiefgeht, daß die arabischen Massen in Kairo und in den Emiraten die Regime aufmischen und daß, wer dann beim Wiederaufbau gebraucht wird, die deutsche Industrie sein würde, die sich da nicht mit ihren Soldaten vorher hat blicken lassen. Diese Spekulation ist peinlich danebengegangen...

Ebermann: Du meinst, ihre Einschätzung über das militärische Kräfteverhältnis war so klug wie deine?

Gremliza: Nicht des militärischen Kräfteverhältnisses, sondern des Verhältnisses der arabischen Massen zu ihren Herrschaftscliquen, und alle Experten, die wir kennen, voran Scholl-Latour, haben es ihnen ja auch die ganzen Wochen über eingeredet, es werde kein Regime mehr dort funktionieren nach einem Krieg, alle würden von wütenden Massen hinweggefegt: Mubarak, die Saudis undsoweiter...

Reemtsma: Es war in der Tat der Situation vergleichbar, die bis 1965 bestanden hatte: Die Bundesrepublik war bis dahin nicht bereit, Israel diplomatisch anzuerkennen, mit dem Argument, man wolle die traditionellen Beziehungen zu den arabischen Ländern nicht aufs Spiel zu setzen. Und in dieser Tradition sehen wir auch die gegenwärtige Politik der Bundesrepublik, da würde ich Hermann zustimmen wollen, was aber in der Tat nicht heißt, daß nicht sehr bald in einem anderen Konflikt, der ebenfalls im Nord-Süd Schema einzuordnen ist, deutsche Soldaten auftreten werden.

Gremliza: Und nun zurück zu der Frage, warum es nach diesem Golfkrieg eine deutsche Linke als einigermaßen einheitliche oder überschaubare Formation nicht mehr gibt.

Reemtsma: Es ist wahr, daß auf einmal diejenigen, die vorher noch meinten, sie gehörten gemeinsam zu irgendetwas, was man ‘die Linke’ nennt, sich das gegenseitig vehement absprechen. Da ist etwas passiert, da werden Töne angeschlagen, die neu sind, da wird die eine Position mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 verglichen und über die andere Position wird gesagt, daß sie im Grunde antisemitisch sei...

Vorhin habe ich erwähnt, wann sich meine Position geändert hat, und ich sagte, spätestens als diese Scud-Raketen fielen und dann, als diese widerliche Geste mit dem Scheck in Israel passierte. Ab da war ich der Meinung, diese Abwehrraketen sollte man doch zunächst liefern. Sofort wurde gefragt: Bist Du jetzt auch für Rüstungsexport? Da war auf einmal überhaupt nichts mehr von einem Konsens feststellbar, von dem man vorher unterstellt hatte, daß er irgendwie eine gewisse Art von Linken einigt. Und dieses Phänomen würde ich gerne etwas besser verstehen, als ich es zur Zeit verstehe. Ich würde da glatt anfangen zu psychologisieren, aber ich denke, das müssen wir auch tun, um diesen Vorgang zu begreifen, oder man nimmt ihn achselzuckend hin und sagt: Gut, das war einmal.

Tolmein: Was wäre das Psychologisieren?

Reemtsma: Wenn ich jetzt von der Psychologie der Deutschen spreche, muß ich da zwei Einschränkungen machen: Einmal ist es natürlich methodisch äußerst problematisch, von Kollektiven so zu sprechen, als wären sie eine Person. Da es

hier im Gespräch nicht möglich ist zu diskutieren, unter welchen Bedingungen das doch möglich ist, muß man das als eine Art metaphorisches Sprechen akzeptieren.

Das Zweite ist, daß ich mich natürlich überhaupt nur auskenne in dem Teil, der früher Bundesrepublik hieß. In dem Teil, der früher DDR hieß, kenne ich mich wesentlich weniger aus und werde mich dort auch zurückhalten mit meinen Behauptungen. Ich beziehe mich also auf die ehemalige Bundesrepublik. Und da denke ich, daß die Art von kollektiver Identitätsbildung, die nach 1945 eingesetzt hat, auf einer ambivalenten Beziehung zu den USA, auf einer ambivalenten Beziehung zu Israel und auf einer ambivalenten Haltung zur eigenen Vergangenheit basierte.

Ich denke, es gibt einen kollektiven Konsens, daß die Verbrechen der Nazizeit vielleicht die schlimmsten der Weltgeschichte waren. Das ist offizielle Staatsideologie. Gleichwohl sind diese Verbrechen, wie wir alle wissen, in kaum einer vernünftigen Relation zu ihren Ausmaßen geahndet worden. Also ist diese offizielle Ideologie vollkommen konsequenzlos gewesen. Normalerweise pflegen Kollektive zu den Verbrechen, die sie begehen, auch zu stehen. Sie verharmlosen, sie lügen sich drumherum etc., aber sie pflegen sie in die positive Traditionsgeschichte ihres Landes einzuordnen. Das ist der Normalfall. Also diese besondere ambivalente Situation der Bundesrepublik ist historisch einmalig.

Zweitens: Die USA sind die Sieger gewesen, und eine mehrheitlich autoritär verfaßte Bevölkerung hat sich mit ihnen identifiziert. Sie sind gleichzeitig die Macht, die die Möglichkeit gehabt hätte, die erwartete Bestrafung durchzuführen. Sie haben sie nicht durchgeführt. Sie sind also auch diejenigen, denen man dafür dankbar ist, und sie sind auch noch diejenigen, die verhindert haben, daß das am meisten Gefürchtete geschah: die Besetzung durch die Rote Armee. Gleichwohl sind sie aber auch diejenigen, die die Verantwortung für die Bombardements tragen etc., und was für eine Rolle das spielt, haben wir jetzt gesehen.

Drittens: Israel ist einerseits der Staat der Überlebenden des Holocaust, der überlebende Vorwurf, gleichwohl auch immer die Möglichkeit der permanenten Wiedergutmachung. Diese ganzen Ambivalenzen waren in den Ost-West-Konflikt eingebettet und ergaben zusammenwirkend eine Stabilität, die man genauer beschreiben müßte. Diese Stabilität ist dahin. Es kann daher sein, daß die genannten Ambivalenzen zu jeweils gegensätzlichen Positionen auseinanderfallen oder sich jedenfalls neu zueinander gruppieren. Der Wegfall der weltpolitischen Stabilität fällt fatalerweise zusammen mit der endgültigen Souveränität eines neuvereinigten Deuschlands, das wiederum seine eigene Identität in der Weltpolitik zu definieren sucht - eine Angelegenheit, mit der Deutschland in gewissen Abständen der Welt immer mal wieder sehr lästig fällt.

Ich glaube ferner, daß dieser Golfkrieg ein Überangebot an Symbolik gemacht hat, daß er an all diesen empfindlichen Stellen an diesen merkwürdigen psychischen Stimmungen mitwirkt und bestimmte Reize ausgeübt hat. Weiteres fällt mir dazu zunächst einmal nicht ein. Wenn ich es in ein Bild fassen soll: Was da passiert ist, ist wie das Schütteln eines Kaleidoskops - was man vorher für ein festes Muster hielt, ist auf einmal ins Rutschen gekommen, und wie sich diese Scherben neu ordnen werden, wissen wir noch nicht. Was sich da innerhalb der Linken abspielt, ist Teil dieses Kaleidoskopstückes.

Ebermann: Was ist jetzt die Linke in deinen Worten?

Reemtsma: Diejenigen, die es bis vor einer kurzen Zeit von sich selber gesagt hätten, und die gesagt hätten, daß es Übereinstimmungen gibt, die es erlauben, eine Gruppe von Leuten so zu bezeichnen. Faktisch vor allem die Erben dessen, was als 68er-Bewegung sich konstituiert, aufgefächert, sich verschiedene Traditionsbestände angeeignet hat und Wert darauf legte, sich als links zu bezeichnen.

Groepler: Ich stimme zwar vielen Dingen zu, finde es aber nicht gerecht, so zu tun, als ob z.B. der Protest in der BRD gegen den Vietnamkrieg oder gegen andere Interventionen des US-Imperialismus allein auf verkappte Ressentiments wegen der Niederlage der Nazis zurückzuführen wäre. Ganz abgesehen davon, daß dieser Protest international gewesen ist.

Reemtsma: Das ist selbstverständlich richtig, gleichwohl wäre es mir wichtig, daß man auch in solchen Protestbewegungen gegen den Krieg auf solche Elemente achtet.

Gremliza: Daß bisher so wenig darauf geachtet wurde und solche kritischen Einwände jetzt hervorbrechen, hat auch mit dem Verschwinden des historischen Bezugsrahmens zu tun. Solange man sich als Teil einer realen politischen Chance sah, glaubte man auch ein paar schräge Mitläufer ertragen zu können: grünbraune Förster, bigotte Friedenspfaffen, Mutterkreuzlerinnen in Latzhosen... Im deutschen Herbst 89 war man dann ganz verblüfft, wie viele Kritiker des US-Imperialismus sich als ganz ordinäre Deutschnationale erwiesen, und bei den Demos gegen den Golfkrieg traten unter den Freunden der arabischen Sache erstaunlich viele Antisemiten auf, deren eigentliche Option »die Linke« vorher gar nicht wahrgenommen hatte.

Reemtsma: Und das bei einer Linken, für die es besonders typisch war, sich in kleine Gruppen zu zersplittern und sich gegenseitig niederzumachen - da ist es schon interessant, wo die Toleranzen lagen.

Ebermann: Ich würde die Frage ganz anders beantworten. Die Teilung der Linken hat sich in drei großen Schüben vollzogen. Vor einigen Jahren hat sich durchgesetzt: Marktwirtschaft, die westliche Welt ist die beste aller Welten, wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Gorbatschow hat ausgesprochen, was ganz viele denken, daß, wenn sie jetzt noch an Sachen festhalten, sie von dem Leben bestraft werden. Was der zu Honecker gesagt hat, haben sie auf ihr Alter, ihre Lebenssituation bezogen. Mit denen ging es nicht gemeinsam weiter.

Der zweite Schub war das Anstreben eines starken und möglichst guten Deutschland. Auch dies habe ich nicht als interessanten Diskurs empfunden, sondern als Antagonismus, Feindseligkeit, und entsprechend waren die schroffen Worte gegen die Deutschlandbefürworter. Das waren auch keine emotionalen Entgleisungen, so nach dem Motto: Wenn der Rauch verzogen ist, dann sehen wir uns wieder...

Und die dritte Ausnahmesituation war der Krieg. Die Parteinahme gegen den imperialistischen Krieg ist von gleicher Tragweite, so daß ich glaube, daß das, was an harschen oder strengen Worten gefallen ist, nicht zurückgenommen werden sollte durch eine Art des Ausgleiches oder das Wissen, daß man zukünftig noch in Fragen mittlerer Reichweite übereinstimmen wird.

Den Prozeß, der sich in diesen drei Schüben vollzogen hat, kann ich nur deuten als die Erkenntnis, daß mit linker oder linksradikaler Politik kein Blumentopf gewonnen wird, und diese Erkenntnis setzt sich jeweils durch in speziellen Ausnahmesituationen. Insofern bin ich in politischer Feindschaft mit der Mehrheit der KONKRET-Redaktion, und es ist scheißegal, was da sonst noch für Gefühle sind. Ich wehre mich da gegen diese Psychologisierung.

Reemtsma: Der Golfkrieg ist also ein mehr oder weniger zufälliger Anlaß, auch noch die Ecken auszufegen?

Ebermann: Ja, ich denke, es ist wie in dem sogenannten Deutschen Herbst. Es gibt solche Situationen, die kann man nicht vergessen, da können viele Jahre vergehen. Wer damals unbedingt schreiben mußte, daß es kein Mord in Stammheim gewesen sein kann, weil dies hier ein Rechtsstaat ist, der mußte mit einer gewissen Zwangsläufigkeit einen bestimmten Weg gehen.

Gremliza: Daß du dich in der dritten deiner »Ausnahmesituationen« von einem bestimmten Spektrum von Leuten getrennt hast, bringt dich mit denen, mit denen du dich in den Ausnahmesituationen eins und zwei auseinanderdividiert hast, wieder viel enger zusammen. Der Mainstream war diesmal die Kriegsgegnerschaft.

Ebermann: Wie sowas läuft, das ist schon ziemlich mies. Das Muster geht etwa so: Man nimmt einen, der hieß früher Schily, der heißt jetzt Pohrt, der knallt mit reaktionärem Zeug rein, dann sagt man, daß soweit, wie der gegangen ist, man selbst selbstverständlich nicht geht, daß nicht jede Formulierung daran zu rechtfertigen sei, daß aber ein mutiger Tabu-Bruch oder eine mutige Enthüllung, wie die Linke ist, stattgefunden habe und der Rest sich lieber den Kopf darüber zerbrechen soll, was denn Wahres daran sei. Und aus dieser Position argumentiert man dann auch noch, sich völlig im Mainstream befindend, daß diejenigen, die irgendeiner älteren Position treu bleiben, Verteidiger von Minimalkonsensen seien, also irgendwie konservativ.

Gremliza: 1.100 Abo-Kündigungen von Friedensfreunden - so viel habe ich mir seit Wallraff nichts mehr kosten lassen. Und du redest von Mainstream!

Ebermann: Du gibst doch eine Zeitung heraus für die Linke, kann man das so sagen? Da gibt es Protest, aber gesellschaftlich doch nicht. Gesellschaftlich ist es doch der größte Erfolg, was der, wie heißt der Arsch denn jetzt, Enzensberger, im »Spiegel« geschrieben hat.

Gremliza: Dessen Thesen hat keiner in KONKRET vertreten, sondern im Gegenteil hat Michael Scharang in KONKRET Enzensbergers Adolf Hussein-Unfug sauber zerlegt.

Ebermann: Ja, der Haarschnitt und so. Es gibt nur eine Aufgabe für euch gegenwärtig, die Enzensberger, Biermänner und sonst was zur Schnecke zu machen.

Gremliza: Und die Winfried Wolfs, die es mit dem deutschen Blut haben, die Schwarzers, die stolz sind, Deutsche zu sein. Die Biermänner und Enzensberger hat KONKRET schon vor vielen Jahren verabschiedet.

Groepler: Ich hab den Eindruck, daß einfach nur aneinander vorbeigeredet wird. Vorhin wurde die Frage gestellt: Wie ist es möglich, daß Linke so reagieren wie viele KONKRET-Leser reagiert haben, mit diesem antisemitischen Vokabular? Du, Thomas, hast zu dieser konkreten Frage überhaupt nichts gesagt, wie du dich insgesamt, die ganze Zeit, um diesen Punkt einfach drückst. Und das, meine ich, ist typisch für diese ganze Linke, daß sie arroganterweise meint, sie bräuchte nicht, sie hat es gestern nicht für nötig gehalten, sie hält es heute nicht für nötig, sich mit Antisemitismus auseinanderzusetzen.

Ebermann: In dem Moment, wo ich Kriegsgegner bin und kein Verständnis für Kriegsbefürworter habe, bin ich Antisemit, in Hermanns und anderer Augen. Und ob ich da noch viel Kopfstand mache, um das zu dementieren...

Groepler: Wieso wird Israel, wird der Zionismus in eurer »Flugschrift« zentral behandelt, wieso wird andererseits über arabischen Nationalismus, auch in der PLO-Politik, kein Wort verloren, warum wird auch heute nicht moniert, das z.B. die PLO keinen Protest gegen die Massaker an den Kurden äußert? Wieso wird sich als Linker dazu nicht verhalten? Es gibt auch keine Demonstration im arabischen Raum heute zur Unterstützung der Kurden. Wenn ihr hier einen jour fixe unmittelbar nach dem Golfkrieg veranstaltet, dann steht der unter dem Titel »Zionismus« - was anderes fällt euch nicht ein, und es ärgert mich, daß du dich einfach penetrant weigerst, darüber zu diskutieren.

Ebermann: Ich finde viel eher, daß du nicht viel argumentiert hast. Dafür habe ich aber Verständnis.

Gremliza: Zum letzten Mal: Gibt es hier noch eine Linke?

Reemtsma: Es hat keinen Sinn, diese paar hundert Leute, die sich Linke nennen, »die Linke« zu nennen, wenn es sonst niemanden gibt, der dazugehören möchte. Was soll das denn?

Der Fehler ist, daß »die Linke« und Opposition gegen irgendwelche gesellschaftlichen Verhältnisse, wie auch immer sie begründet wird, gleichgesetzt werden. Aber die Linke ist ein historisches Projekt, es hat ja keinen Sinn, wenn ich die Aufständischen im Bauernkrieg als die Linke bezeichne. Die Linke beginnt in dem Augenblick, wo in die Frage der politischen Emanzipation und der französischen Revolution das Element der Ökonomie, der sozialen Gleichheit oder Gerechtigkeit eingeführt wird. Sie orientiert sich gewissermaßen an den Daten 1789 und 1917. Das ist die Linke, und es ist für sie entscheidend, daß sie die kapitalistische Wirtschaftsordnung radikal in Frage stellt. In dem Moment, in dem das weltweit kein Mensch mehr hören will, aus was für Gründen auch immer, gibt es »die Linke« nicht mehr.

Tolmein: Es stimmt nicht, daß das weltweit kein Mensch mehr hören will, das ist doch einfach falsch, das ist eine typische Metropolensicht.

Reemtsma: Es nützt ja einer antikapitalistischen, antiimperialistischen Bewegung sehr sehr viel, wenn sie einen gewissen Rückhalt in den Metropolen hat. Wenn dort kein Rückhalt ist, sondern Konsens, daß das die letzten sind, die einem spinnerten Projekt anhängen, dann wird es auch keine Erfolgsaussicht haben. Insofern ist diese Metropolensicht eine nicht unwichtige.

Gremliza: Und früher mag das linke Projekt in den Ländern der Dritten Welt noch eine Chance gehabt haben - mit der Entfernung der Länder des realen Sozialismus ist das gestorben.

Tolmein: Im Gegenteil.

Gremliza: Ach ja, das hat der Rudi Dutschke schon erzählt: Wenn wir erst die SED-Kommunisten aus der DDR vertrieben und Deutschland wiedervereinigt hätten, gehe es im ganzen Deutschland mit dem Sozialismus so richtig los - nachzulesen in KONKRET 1/74.

Konkret 05/91, S. 19

Ulrich Hentschel

Ständig auf der Straße?

Die Linke und der Mord an den Kurden: Bei unklaren Freund-Feind-Verhältnissen ist die Friedensbewegung lieber müde

»In Deutschland wird geschwiegen«, schrieb Roderich Reifenrath Ende März in der »Frankfurter Rundschau« über das Stillsitzen der Friedensbewegung angesichts des Massenmordes, mit dem das Hussein-Regime den Aufstand der kurdischen Bevölkerung niedermachte. Der Mann wurde eines Besseren belehrt. Eine ganze »FR«-Seite füllten am 13. April die Leserbriefe, um wahlweise und wortreich mal beleidigt, mal aggressiv, mal fromm, immer aber abwehrend eines zu tun: das Schweigen der Friedensbewegung zu begründen. Einige Schreiber versuchten immerhin noch darzulegen, daß die Friedensbewegung kein einheitliches Gebilde sei, also nicht pauschal kritisiert werden dürfe, um dann gleich selbst eben diese Bewegung pauschal zu rechtfertigen. Und das geht so:

»Ich bin es leid, dafür getadelt zu werden, daß ich die Lektion von 1945 gelernt und verinnerlicht habe... ‘Keine Waffen mehr für Deutschland’. Dabei soll es bleiben, und alle Völker sind eingeladen, sich unserem Pazifismus anzuschließen«, schreibt einer. Welche Lektion hat der Mann 1945 gelernt? Daß Deutsche sich selbst pazifistisch gebärden und anderen Völkern gute Ratschläge geben, um nur über eines nicht nachdenken zu müssen: die vom größten Teil der Friedensbewegung nicht beachtete Aufrüstung des Hussein-Regimes aus »unserem« pazifistischen Deutschland. Es sind neben u.a. französischen, russischen vor allem deutsche Waffen und deutsche Chemie, die jetzt ungehindert und direkt und bestimmt nicht gegen die Absicht der (noch einmal: deutschen) Lieferanten verwendet werden zum grausamen Massenmord an freiheitsliebenden, kämpfenden und flüchtenden Kurdinnen und Kurden.

Ganz voller Unschuld und darin in Übereinstimmung mit dem deutschen Michel, der wohl informiert ist und doch nichts weiß, fragt eine andere Leserbriefschreiberin: »Bin ich jetzt als Mitglied der Friedensbewegung zuständig für alle Kriege dieser Welt oder gar verantwortlich?« Natürlich nicht, gute Frau, denn der Zuständigkeitsbereich der deutschen Friedensbewegung erstreckt sich natürlicherweise auf Deutschland und nur manchmal auf andere Länder, wenn unsere Umwelt bedroht ist. Und im übrigen müssen sich die Mitglieder der Friedensbewegung an ihre Satzung halten, worauf noch ein anderer Leserbriefschreiber hinweist: »Nach dem Grundgesetz haben wir ein Demonstrationsrecht, keine Demonstrationspflicht.« Wer jetzt Demonstrationen für die Kurden für eine Pflicht hält, leistet »der Demontage der bei uns in vierzig Jahren Frieden errungenen demokratischen Freiheiten Vorschub.« Und diese Freiheit in Frieden läßt sich ein friedlicher Deutscher nicht demontieren, ums Verrecken nicht. Außerdem, so ein weiterer Friedensbewegungsverteidiger: »...ständiges Protestieren stumpft ab. Viele von uns sind müde geworden, brauchen eine Regenerationspause. Es stehen große Anstrengungen im eigenen Lande bevor.« Welche meint der Mann? Es schmerzt fast schon zu lesen, wie da, wo es schwierig wird, der alte deutsche Kohl nur so sprießt.

So und so weiter äußern sich, eine ganze Zeitungsseite voll, 13 friedensbewegte Menschen. Keiner setzt sich selbstkritisch mit dem Vorwurf des Schweigens auseinander, keiner geht auf den Völkermord an den Kurden ein, fragt nach deutscher Mitverantwortung für das Wüten der Hussein-Soldateska. Sogar die Sprecher des »Komitee für Grundrechte und Demokratie« und von »Ohne Rüstung leben«, die sich bisher um Aufklärung über die bundesdeutschen Waffenexporte in den Irak bemüht haben, ziehen es diesmal vor, »ihre« Friedensbewegung zu entlasten. Der eine fragt, nachdem er auf die Kontinuität von Kriegen, Hunger und Folter auf der ganzen Welt hingewiesen und dabei in vielen Worten die Kurden einfach weggeschwiegen hat: »Was für Übermenschen sollen diese Demonstranten eigentlich sein, die ständig gegen alles dies auf der Straße sein sollen?« Auch der andere weiß um das besondere Leiden der erschöpften Deutschen: »Haben wir nicht das Recht, zu trauern und zu schweigen, weil wir wieder einmal eine Niederlage erlitten haben?«

Wie furchtbar deutsch sind wir doch, trauern am liebsten um uns selbst und unsere Niederlagen, schweigen, wo wir schreien müßten, und schreien, wo wir lieber still sein sollten. Wie wurde doch noch vor wenigen Wochen protestiert und geschrien, daß im Fernsehen nicht die irakischen Opfer der alliierten Bombardements gezeigt wurden. Franz Alt, einer der Redner der großen Friedensdemonstration gegen den Golfkrieg am 26. Januar in Bonn, lechzte am meisten nach Blut: »Die Todesschreie der Opfer, die Angst der Gequälten, das Blut der Ermordeten sollen wir nicht sehen. Die dafür Verantwortlichen wissen: Ohne Zensur wären heute in Bonn nicht über 150.000 DemonstrantInnen, sondern 1,5 Millionen.« Heute sind die Opfer zu sehen, und auf deutschen Straßen finden sich keine 15.000 DemonstrantInnen. Was weiß Franz Alt, und was wissen diejenigen, die ihn immer noch auf Friedensdemos reden lassen? Daß das kurdische Blut weniger unser gutes deutsches Mitgefühl wert ist als das arabische?

Es mangelt nicht an Bildern, nicht an Informationen, nicht an kurdischen Frauen und Männern hier im Land, die unserer Unkenntnis über die jahrzehntelange deutsche Mitbeteiligung an der Unterdrückung des kurdischen Volkes und seiner Befreiungskämpfe abhelfen könnten. Es mangelt an der Bereitschaft zur Selbstkritik und an dem Interesse, Unkenntnis, Irrtümer und Widersprüche aufzudecken und aufzuarbeiten. Das ist ein politisch-moralisches Problem, das nicht nur die allermeisten Strömungen der Friedensbewegung betrifft, sondern auch ihre Kritiker und Kritikerinnen.

So haben sich diejenigen kräftig geirrt, die wie Hermann Gremliza hier in KONKRET um der Existenz Israels willen den alliierten Kriegszug gegen das Hussein-Regime befürworten. Heute ist zu sehen, daß Hussein zum Völkermord nicht nur ideologisch bereit, sondern auch politisch und militärisch imstande ist, und daß die Alliierten das so wollen. Der Krieg gegen Hussein hat, neben anderen Zielen, dessen Krieg gegen die Kurden nicht verhindern, sondern forcieren sollen. Großdeutschland lag und liegt in Wartestellung, wird, wenn's drauf ankommt, Israel fallen lassen und sich dazu weiterhin so geübter Diktatoren wie Hussein bedienen. Daran hat der alliierte Krieg nichts geändert. Wir werden wohl oder übel den langwierigen Weg eigener politischer Arbeit zur Entmachung der Profiteure, Helfershelfer und Betreiber von Völkermord suchen und gehen müssen.

Das gilt auch für diejenigen unter den Radikalen Linken, die zur Zeit so still geworden sind. Vielleicht werden sie sich wieder, wenn das meiste vorbei ist, zu Papier melden und uns alles erklären: hoffentlich nicht wieder, wer alles ins »Lager« der Kriegsbefürworter gewechselt ist (wie z.B. diejenigen, die in ihrer Unsicherheit und ihrem Schrecken den anti-imperialistischen Verstand verloren haben und z.B. die Forderung der kurdischen Anti-Hussein-Front nach UNO-garantierten Überlebenszonen für das kurdische Volk unterstützt haben).

Eher wünschen wir uns eine selbstkritische Erklärung des Radikalen Redaktionskollektivs, warum in der Flugschrift Nr. 1 auf dreißig langen Analyse-Seiten für den kurdischen Befreiungskampf nur wenige Zeilen bleiben und warum die auf dem Titelbild gezeigten »Kriegsverlierer« des Golfkrieges nicht etwa neben den irakischen Toten die schon ermordeten und immer noch höchst bedrohten Kurden sind, sondern Demonstranten in Amman, Jordanien.

Weder die radikale noch die sonstige Linke wird um eine Stellungnahme herumkommen zum Einsatz palästinensischer Kämpfer gegen die Kurden und zur Unterstützung Saddam Husseins durch Kuba, Jemen und Zimbabwe in der UNO. Oder ist die Parole »Kein Blut und kein Krieg für Öl« außer Kraft gesetzt, wenn kurdisches Blut vergossen wird?

Ulrich Hentschel ist aktiv in der Hamburger Friedensbewegung

Konkret 05/91, S. 20

Detlef zum Winkel

Wenn p dann y

»Als die Überlebenden der Konzentrationslager 'Nie wieder Krieg` deklamierten, lag es wohl kaum in ihrer Absicht, die alliierten Soldaten, die sie soeben befreit hatten, als potentielle Mörder zu bezeichnen und über die Ungerechtigkeit des Krieges an sich aufzuklären« - Anmerkungen zu Habermas und dem Stoiker Chrysipp

Immer entspannend ist die Lektüre von Jürgen Habermas. Er eifert nicht, missioniert nicht, will nicht durch besonders exotische Thesen auffallen und weiß, wenn er Phrasen produziert, sie in gesetztem Stil niederzuschreiben. Er ist eine Instanz: Wenn er über den Golfkrieg schreibt, gibt er nicht einfach seine Meinung zum besten, er stellt vor, was Konsens ist oder zu sein hat unter vernunftbegabten Wesen. Oder er stellt ihn sich vor. Für das bildungsbeflissene Publikum hält er plakative Überschriften und Begriffe bereit, neue Unübersichtlichkeit, nachholende Revolution oder die Geschichte vom Verfassungspatriotismus, der den Deutschnationalismus ersetzen soll. Dem aufgeklärt westlichen Staatsbürgerdenken seien wir in der alten BRD nahe gekommen, und die Wiedervereinigung habe ihm sogar eine zusätzliche Chance eröffnet. Leider habe es aber doch einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Trotzdem hat Habermas mit anderen eine Verfassungsdiskussion initiiert, von der sich Linksliberale wie Linksradikale, ausnahmsweise übereinstimmend, mit Grausen wenden, weil es das Gutgemeinte ist, das böse enden wird: nur Verschlechterungen werden dabei herauskommen.

Das muß ja nicht so sein, findet Habermas. Man könnte es besser machen oder hätte es besser machen können, auch die nachholende Revolution in der ehemaligen DDR. War sie nicht ebenso eine vorgreifende Konterrevolution? Derlei Kritik macht wenig Sinn. Ein Philosoph soll ein bißchen realitätsblind sein, denn wäre er realitätstüchtig, würde er alsbald die Liebe zur Weisheit verlieren. Folglich kann man seine Überlegungen nicht einfach an sogenannten Fakten messen. Früher gab es in Frankfurt bestimmt ein Dutzend Philosphen, die sich als Soziologen betätigten. Heute gibt es einen Soziologen, der sich als Philosoph betätigt. Man möge mir diese Definition der Postmoderne nachsehen, ich wollte nur die Kostenersparnis anmerken.

Auch den Golfkrieg hätte man besser machen können und besser machen müssen. Habermas warnt in der »Zeit« (15.2.91) vor der Logik des Krieges. Das bedeutet nicht, daß er gegen den Krieg wäre. Die Annexion Kuwaits und die Bedrohung Israels mit ABC-Waffen seien Verstöße gegen das Völkerrecht, die zuletzt die Anwendung kriegerischer Mittel gegen den Irak legitimierten. Außer von unbedingten Pazifisten - Antiimperialisten kommen bei Habermas nicht vor - sei das grundsätzlich nicht zu bestreiten; kontrovers sei nur die Anwendung dieser Grundsätze. Eigentlich müßte ein solcher Konflikt nämlich von einer noch zu schaffenden »neutralen Polizeistreitmacht der UNO« ausgetragen werden. Wenn dies stellvertretend durch ein Bündnis geschehe, das keinem Weisungsrecht der Völkergemeinschaft unterliegt, dann seien die beteiligten Staaten verpflichtet, ihre eigenen Interessen vom Auftrag der UNO zu trennen.

»Normativ betrachtet« sei der Krieg bloß unter »folgenreichen Einschränkungen und Verpflichtungen« zu rechtfertigen. Kriegsziele könnten lediglich die Räumung Kuwaits durch den Irak und die Zerstörung seiner ABC-Waffenarsenale sein, nicht jedoch der Sturz Saddam Husseins; jeder Eindruck sei zu vermeiden, daß es den westlichen Industrienationen um die Ölressourcen gehe oder daß ein Kulturkampf mit der arabischen Welt stattfinde; die Verhältnismäßigkeit der Mittel sei zu wahren und den Westmächten müsse klar sein, daß sie ihre Politik in Zukunft radikal zu ändern hätten: Unterbindung von Waffenexporten, Anstrengungen für eine bessere Welt (-friedensordnung und -wirtschaftsordnung).

Diese Bedingungen erlauben lediglich ein Vorgehen, das »weltweit als eine polizeiliche Aktion erkennbar (bleibt) und von den beteiligten Nationen nicht wie ein normaler Krieg im eigenen Namen geführt (wird)«. Im nächsten Schritt prüft Habermas, was aus der UNO-Legitimation wurde, um zu bilanzieren: »Die Hemmungslosigkeiten eines ganz normalen Krieges setzen sich durch.« Dem französischen Verteidigungsminister sei beizupflichten, wenn er mit der Begründung zurücktrat, »daß die Logik des Krieges die kriegführenden Nationen täglich weiter von den durch die UNO festgelegten Zielen und Einschränkungen wegführe.« Habermas ergreift also Partei für Chevenement und gegen Mitterrand, der das Stichwort von der Logik des Krieges ausgegeben hatte. Daraus ergibt sich die verwirrende Situation, daß der Philosoph einen Krieg unter bestimmten Bedingungen für legitim hält, während er sich von dem konkreten Krieg distanziert, weil dieser der allgemeinen Logik des Krieges folgte. Es hätte ein anderer Krieg sein müssen, mit einer anderen Logik, nämlich jener einer »polizeilichen Aktion«, die »mit begrenzten und zielgenauen Mitteln einer Resolution der Völkergemeinschaft Nachachtung (nachhaltige Achtung?) verschafft.«

Schade, daß Habermas die für ihn wichtige Differenzierung zwischen der Logik des Krieges und der Logik der Polizei nur so nebenbei begründet. Und so falsch: Die Zielgenauigkeit werden nur wenige Betroffene polizeilicher Aktionen bezeugen wollen, und die Begrenzung der Mittel, also die schwächere Feuerkraft, kann auch durch die noch geringere oder gar nicht vorhandene Bewaffnung der Polizeigegner erklärt werden. Ein logischer Unterschied müßte sich nicht nur in anderen Mitteln, sondern auch in anderen Regeln ausdrücken. Die einen wie die anderen bleiben ungenannt, so daß wir uns selber fragen müssen, ob der Krieg überhaupt einer Logik gehorcht.

Als Mitterrand das Schlagwort gebrauchte, hatte er nicht mehr im Sinn, als die französische Öffentlichkeit auf das Geschehen vorzubereiten. Für einen Politiker empfiehlt es sich, nicht etwa simpel Beschlüsse zu referieren - Bush, Major und ich haben uns telefonisch verständigt, Krieg zu führen, Fahd, Mubarak und Assad ziehen mit , sondern eine Gesetzmäßigkeit zu behaupten, über die das Staatsoberhaupt kraft höherer Einsicht das Volk informiert. Logik heißt in diesem Kontext, daß jemand, der ein Ultimatum stellt, auch bereit sein muß, es durchzusetzen, was gar nicht stimmt oder, besser gesagt, außerhalb des Abendlandes anders gesehen wird: Dort fühlt sich jemand, der in der Lage ist, ein Ultimatum zu stellen, häufig auch dazu ermächtigt, es verstreichen zu lassen oder wieder aufzuheben.

Habermas meint mit der Logik des Krieges eine Dynamik der Hemmungslosigkeit, die sich gegen jede vertretbare Verhältnismäßigkeit der angewandten Zwangsmittel durchsetze. Das Phänomen tritt unvermeidlich auf und wird in jeder ernstzunehmenden Dokumentation des Krieges beschrieben. Es gibt keinen Bodenkrieg ohne My Lai (vietnamesisches Dorf, in dem die US-Truppen ein Massaker an der Zivilbevölkerung verübten) und keinen Luftkrieg ohne bis zur Unkenntlichkeit verkohlte Leichen, wie sie nach dem Raketenangriff auf einen Schutzbunker in Bagdad zu sehen waren. Diese Handlungen kann man kaum als logisch bezeichnen, sie sind moralisch verbrecherisch, militärisch sinnlos und politisch dumm. Sie geschehen auch nicht zwangsläufig. Schwarzkopf, oder wer auch immer dafür verantwortlich war, hätte jenen Bunker nicht auf die Liste der Zielobjekte zu setzen brauchen. Nur wäre er dann nicht mit der Funktion betraut worden, die er heute ausübt, weil man im Militär gesagt hätte: Der Mann ist zu weich, wenn es hart auf hart kommt.

Wir haben es mit einem Komplex von Faustregeln zu tun, die sich über die Jahrhunderte herausgebildet haben zum einzigen Zweck, die Effektivität des Tötens zu maximieren. Zivilisten muß dieser Komplex widersprüchlich und unverständlich erscheinen, aber an Millionen von Stammtischen wird er als bekannt vorausgesetzt. Vom Standpunkt der Logik betrachtet kann so etwas keine Logik sein, höchstens Prosa. Die Logik kennt keine Logik des Krieges oder des Friedens und auch keine der Polizei, sondern nur eine Logik des Aristoteles. Hierbei handelt es sich nicht um die Technik des richtigen Schießens, sondern um jene des richtigen Schließens, um die Lehre von den Beweisen. Eine derart weltfremde Angelegenheit, mit der sich heute nicht einmal mehr die Philosophie, sondern nur noch die mathematische Grundlagenforschung beschäftigt, wird zur Erkenntnis und Beurteilung eines Krieges kaum von Nutzen sein, aber um das zu prüfen, müssen wir ein kleines bißchen damit umgehen.

Das kann am besten am Beispiel des Stoikers Chrysipp geschehen, der der sogenannten Subjunktion - wenn, dann - ihre von da an gültige Form gegeben hat. Alle anderen logischen Verknüpfungen - und, oder, genau dann, wenn - sind dem gesunden Menschenverstand leicht eingängig, nur mit dem eigentlichen Folgern hapert es manchmal im politischen Diskurs. Wir sind im Krieg: »Wenn ich dich töte, tötest du mich nicht.« Die (Aussagen-) Logik beschäftigt sich überhaupt nicht mit der Bedeutung oder dem Realitätsgehalt eines solchen Satzes. Sie legt fest, wie sich der Wahrheitswert der zusammengesetzten Aussage aus den Wahrheitswerten der beiden Teilaussagen bestimmt, egal welchen Sinn oder Unsinn das im einzelnen ergibt. Nach Chrysipp geht das so: Der Satz ist wahr, wenn Vor- und Nachsatz wahr sind. Er ist auch wahr, wenn der Konditionalsatz falsch ist und der Hauptsatz wahr oder falsch: Wenn ich dich nämlich nicht töte, kannst du mich töten oder es bleiben lassen, ohne daß dadurch falsch würde, was ich behauptet habe. Nur im vierten Fall, daß ich dich töte, du mich aber auch, wird die verknüpfte Aussage falsch. Wenn aus einer wahren Aussage eine falsche Aussage folgt, ist die Folgerung falsch. Die Logik ist ziemlich totalitär und kehrt sozusagen Adorno um: Es gibt keinen falschen Gedanken im richtigen Denken.

Nun weiß man oder sollte wissen, daß der sogenannte Umkehrschluß so beliebt wie unzulässig ist. In der Schule der Nation lernen die Rekruten, daß, wenn das oben Gesagte zutreffe, weil es evident sei, auch der folgende Satz ‘stimmen’ müsse: »Wenn ich dich nicht töte, tötest du mich.« Das aber ist eine ganz andere Geschichte, Prosa des Krieges, Agitation und Propaganda, die auf diese Weise keinesfalls bewiesen ist. Zulässig ist dagegen die Kontraposition. Sie lautet hier: »Wenn du mich tötest, töte ich dich nicht.« Das ist in der Tat die gleiche Aussage. Sie ist genau dann richtig, wenn der Satz, mit dem wir angefangen haben, richtig ist und falsch, wenn jener es ist.

Manchmal erleichtert eine Formalisierung das Geschäft. Die Teilaussage »ich töte dich« sei mit dem Buchstaben p bezeichnet, und q soll bedeuten »du tötest mich nicht«. Für »wenn, dann« gibt es einen Pfeil =>, so daß »wenn p, dann q« so geschrieben wird:

$$p \Rightarrow q$$

Verboten ist der Umkehrschluß q => p; er ist nur erlaubt, wenn die Verknüpfung nicht »wenn, dann« lautet, sondern »p genau dann, wenn q« bzw. p <=> q. Dann aber produziert der Umkehrschluß q <=> p keinen neuen Satz. Erlaubt ist die Kontraposition. Sie lautet: »Wenn Negation von q, dann Negation von p« oder:

$$\text{non } q \Rightarrow \text{non } p$$

Zusammengefaßt läßt sich die Kontrapositionsregel schreiben:

$$(p \Rightarrow q) \Leftrightarrow (\text{non } q \Rightarrow \text{non } p)$$

Wer Lust hat, das selbst durchzuprobieren, nehme für p beispielsweise »die Sonne scheint« und für q »ist es Tag«, und alles wird klar wie der Äther über Hellas, aber ich sehe schon, wen interessiert es, ob er oder sie alte Griechen beleidigt? Nur wer weiterliest, wird am Ende vielleicht doch einen Bleistift zücken und komische Formeln auf ein Blatt Papier malen...

Mit dieser Nachrüstung sind wir in der Lage, dem dritten Abschnitt des Aufsatzes in der »Zeit«, der die deutschen Reaktionen auf den Golfkrieg behandelt, eine erstaunliche Wendung zu geben. Kernsatz von Habermas: »Fast instinktiv drückt sich der Bruch mit der faschistischen Vergangenheit in zwei Reflexen aus: nie wieder Antisemitismus und Verletzung der gleichen staatsbürgerlichen Rechte; nie wieder Nationalismus und Krieg. Der Golfkrieg bringt diese beiden Affekte in Widerstreit.« Ein Reflex ist keine Reflexion. Das entschuldigt nicht Habermas, der in diesem Punkt ungenau argumentiert. Ist die zweite Forderung prinzipiell und radikalpazifistisch gemeint oder bedeutet sie nicht mehr und nicht weniger, als daß Deutschland nie wieder Krieg führen dürfe?

Als die Überlebenden der Konzentrationslager Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg deklarierten, lag es wohl kaum in ihrer Absicht, die alliierten Soldaten, die sie soeben befreit hatten, als potentielle Mörder zu bezeichnen und über die Ungerechtigkeit des Krieges an sich aufzuklären. Vielmehr dachten sie an die Entmilitarisierung Deutschlands, damit dieses Land Europa und die Welt künftig in Ruhe läßt. Diese antifaschistisch und politisch begründete Ablehnung jeder deutschen Kriegsbeteiligung, auch im Verteidigungsfall, scheint mir mehr Gewicht zu haben als der pauschale Pazifismus, der zwar von der NS-Erfahrung ausgeht, sich aber unterschiedslos an alle Nationen wendet. Demgegenüber kann die Zurückweisung von Antisemitismus und Faschismus nur prinzipiell und global gemeint sein. Es kann zwar relativ gerechte Kriege geben, aber keinen relativ gerechten Antisemitismus und auch keinen relativ gerechten Faschismus.

Nur weil Habermas diese Differenzierung ausläßt, kann er folgern, daß der Golfkrieg die beiden fundamentalen Postulate einander entgegensetzt. Dann hat die Abwehr des Antisemitismus Priorität. »Es kann schlimmere Übel geben als den Krieg.« Wenn Israel von ABC-Waffen bedroht werde und diese Bedrohung nur kriegerisch abzuwenden sei, dann sollten uns »schon die besonderen Verpflichtungen«, die die Deutschen moralisch gegenüber Israel haben, »davon abhalten, den Golfkrieg als solchen zu verwerfen«. Zurückhaltung allerdings sei vonnöten. Habermas wehrt sich gegen erste Anzeichen »jener fürchterlichen Normalität..., die dem wiedervereinigten Deutschland seine alte Forschheit zurückgeben - und uns das langersehnte Vergessen bescheren soll.« Dann sei es vom größeren zum großen Deutschland nur noch ein Schritt.

Damit ist die Konfliktlinie benannt, die die nicht nur intellektuellen Geister im Psychokrieg scheidet, welcher hierzulande parallel geführt wurde und wird. Wer, wie Habermas, von einer besonderen Loyalität gegenüber Israel ausgeht, sucht mit einer gewissen Zwanghaftigkeit Argumente für den Golfkrieg, ohne sich deshalb - zumeist jedenfalls - gleich als Kriegstreiber zu betätigen. Ich verkürze das erheblich in den Satz:»Wer für Israel ist, ist nicht gegen den Krieg.«

Wer andererseits, wie die Friedensbewegung, die Priorität in der Kriegsgegnerschaft sieht, sucht mit ähnlicher Zwanghaftigkeit Argumente gegen Israel, ohne deshalb - zumeist jedenfalls - gleich die Existenz dieses Staates infrage stellen zu wollen. Als typisches Beispiel sei auf die Flugschrift der Radikalen Linken zum Thema verwiesen. Ich verkürze diese Position ebenso radikal in den Satz: »Wer gegen den Krieg ist, ist nicht für Israel.«

Evident ist, daß der eine Satz schlicht die Kontraposition des anderen ist (p: für Israel, q: nicht gegen den Krieg). Formallogisch sind die beiden Sätze damit identisch, politisch sind sie es natürlich nicht. Allerdings sind die Denkstrukturen von Teilen dieser beiden Lager so weit nicht voneinander entfernt. Manche der Kontrahenten sollten sich der gleichen Frage stellen: Was haben wir im Kopf, wenn wir bei Israel Krieg assoziieren und umgekehrt? Instinktive Reflexe?

So wie sie sich momentan darstellt, ist die Spaltung höchst ungewöhnlich. Man kann die eigene Position nur behaupten, wenn man der Gegenposition den gleichen Anspruch auf »Wahrheit« konzidiert. Vielleicht bringt diese Implikation den einen oder die andere zum Nachdenken darüber, was man eigentlich in den letzten Wochen vertreten hat und warum so leidenschaftlich. Um auf neue Ideen zu kommen, kann man die drei weiteren möglichen Subjunktionen von Israel und Krieg durchspielen.

Pro Israel =H gegen Krieg könnte eine Position der israelischen Friedensbewegung sein. Gegen Krieg =H pro Israel müßte die Position eines Pazifismus werden, der sich ausdrücklich antifaschistisch begründete. Denn die Kontraposition dieser Aussage ist wichtig: Aus Antisemitismus (Aufschrei! Verkürzung!) folgt letztlich immer Krieg. Pro Krieg =H pro Israel wäre nach Auffassung der traditionellen Antiimperialisten die Haltung der Bundesregierung zum Golfkrieg. Das würde wiederum bedeuten, daß die deutschen Antisemiten keine Scud-Raketen in Bagdad montieren, sondern sich auf Bonner Friedensdemos einfinden.

Was ist nun wahr? Die Logik antwortet nur: die Negation des Falschen. Einstein schrieb einmal, es sei ziemlich leicht, den Satz des Pythagoras zu beweisen, aber ziemlich schwer zu diskutieren, was daran wahr sein soll. Das Resultat ist also dürftig: zu zeigen war, daß es nicht weise ist, politische Grundsätze zwischen Frontberichten zu ändern, auch wenn es nur Reflexe waren.

Detlef zum Winkel schrieb in KONKRET 4/91 über die Krise des Antifaschismus

Konkret 05/91, S. 24

Oliver Tolmein

Deutsche Ethik

Wie der Philosoph Ernst Tugendhat für Frieden und für»Euthanasie« eintritt und damit auf begeisterte Zustimmung in der linken und alternativen Szene stößt

Die Bundesrepublik erweist sich, je mehr sie ihrem Zweitnamen Deutschland Ehre macht, als moralisches Staatsgebilde. Die politischen Fraktionen machen endlich, wozu sie sich schon seit langem berufen fühlten (als Deutsche in aller Welt »mit erhobenem Haupt bestehen« - Ströbele) - aber auf gar keinen Fall ohne wortreich darauf zu verweisen, daß sie nicht nur erfolgreich, sondern auch gut handeln. Überraschend wahrscheinlich selbst für Bildungspolitiker zeigt sich, daß ausgerechnet die Millionen, die in den letzten zwanzig Jahren in den Ausbau der Philosophischen Institute an den Universitäten gesteckt worden sind, sich jetzt bezahlt machen. Die Dozenten und Dozentinnen, die den Tigersprung aus dem Elfenbeinturm in die Talkshow schaffen, bewähren sich dort als gemeinschaftssinnige Kommunikatoren für Deutschland.

Vor allem in die Diskussion um die Unterscheidung zwischen »lebenswertem« und »lebensunwertem« Leben und »Euthanasie« sowie in die Kontroverse über das Verhältnis von Deutschen und Juden haben Philosophen engagiert und erfolgreich eingegriffen. Das Pensum, das ihre Kollegen aus der Geschichtswissenschaft vor Jahren engagiert bewältigt haben, die Relativierung des Nationalsozialismus, wird von ihnen jetzt für die aktuelle und die zukünftige politische Praxis fortgeschrieben.

Ernst Tugendhat, Philosophie-Professor an der Freien Universität Berlin, ist einer der erfahrensten Vertreter dieser angewandten Ethik: Schon zu Zeiten der Friedensbewegung gegen den Nato-Doppelbeschluß hat er seine ganze intellektuelle Kapazität darauf verwendet, nachzuweisen, daß der Atomkrieg gegen die »wohlverstandenen« kollektiven Interessen verstoße und deswegen auch die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland abzulehnen sei. Das Rotbuch »Nachdenken über die Atomkriegsgefahr und warum man sie nicht sieht« war das bis weit in die Linke hinein äußerst freundlich aufgenommene Ergebnis dieses Versuchs, Moralphilosophie und politisches Engagement zusammenzuführen.

Zumindest einige Menschen in der außerparlamentarischen Opposition reagierten kurzzeitig irritiert auf seine zweite Anstrengung, aus der Philosophie Lehren für das wirkliche Leben zu ziehen: Am 8. Dezember 1989 bezogen knapp dreißig Westberliner Philosophinnen und Philosophen auf seine Initiative hin Stellung für den »Euthanasie«-Befürworter Peter Singer, dessen Vorträge darüber, daß die Tötung »lebensunwerten« Lebens legitim sei, wenige Monate zuvor von Behinderten- und Antifa-Gruppen gesprengt worden waren. Konnte diese erste Stellungnahme noch mit einigem Bemühen als Eintreten für die Freiheit der akademischen Lehre gedeutet werden, sorgte Tugendhat anschließend in Rundfunkbeiträgen, auf Diskussionsveranstaltungen und in Zeitungsartikeln für Klarheit: Ihm geht es um die Legitimierung der Tötung von »unheilbaren und schwerleidenden Menschen und hier besonders der Säuglinge« (»taz« vom 6.Juni 1990). Daß insbesondere Behinderte sich gegen diese Sichtweise auf ihr Leben verwahren und gegen die »Euthanasie«-Diskussion angehen, wo immer sie können, stört Tugendhat so wenig, wie er die »Euthanasie«-Diskussion heute mit der Diskussion im Deutschland der Dreißiger Jahre und den daran anschließenden Vernichtungsaktionen in Zusammenhang gebracht wissen will. Kurz und bündig befindet er, die »Euthanasie«-Diskussion »ist zwar...im negativen Interesse der Behinderten, sie ist aber zugleich im positiven Interesse aller.«

Die dritte Intervention zeigte Tugendhat wieder als Friedensfreund und ist die vorerst erfolgreichste: In einem während des Golfkrieges, nach dem Einschlag der ersten irakischen Scud-Raketen in Israel, in der »Zeit« veröffentlichten Essay streitet er gleichzeitig, als gehörte das zusammen, gegen den Krieg und gegen die, »die auf dem irrationalen Gefühl eines anderen virtuos wie auf einem Klavier spielen können. So tun es auch die Israelis mit den Deutschen.«

Da Tugendhat Jude ist, also, was für die sozialen Bewegungen hierzulande grundsätzliche Bedeutung hat, Betroffener, wird sein Pamphlet so genommen, wie es gemeint war: Als Freibrief, auf den sich alle berufen, die aus der deutschen Geschichte nur lernen wollen, was ihnen sowieso ins politische Konzept paßt. Deutschlandauf, Deutschlandab, im kommunistischen »Arbeiterkampf« ebenso wie in der feministischen »Emma«, wird seitdem, kommt die Rede auf Israel, mit Verweis auf Tugendhats Text aus der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands nur noch abgeleitet,daß unser erstes Gebot die Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf sei, das zweite die prinzipielle und unnachgiebige Kritik der israelischen Politik.

Um die Deutschen zu ermuntern, ganz unbefangen laut auszusprechen, was sie ohnedies denken: daß vor allem Israel für die Dauer-Krise im Nahen Osten verantwortlich sei, spricht Tugendhat sie im folgenden auch noch vom Vorwurf des Antisemitismus frei. Zwar könne es sein, »daß ein verbreiteter unterschwelliger Antisemitismus in Deutschland fortdauert. Ich zögere (aber) das zu sagen, weil ich keine empirischen Untersuchungen gemacht habe und weil ich selbst während meines vierzigjährigen Besuchs in diesem Land fast keinen Antisemitismus am eigenen Leib erfahren habe.« Nun hätte

niemand Tugendhat daran gehindert, die existierenden Studien z.B. von Alphons Silbermann oder dem sinus-Institut zum Antisemitismus in der BRD zu lesen, aber es geht ja nicht ums Lesen und Wissen, sondern ums Betroffensein - der vom Golfkrieg verängstigten Deutschen.

Weil er ihnen (uns) helfen will, die plagenden Schuldgefühle loszuwerden, auf denen die Israelis einen Marsch nach dem anderen spielen, argumentiert er unerschrocken fort: Selbst an dem möglicherweise doch noch (»weil es vielleicht so schwer ist, bestimmte scheinbar harmlose Vorurteile aus der Nazizeit und von weither loszuwerden«) verbreiteten »unterschwelligen Antisemitismus« sind die Juden selber schuld: »Müßten wir Juden nicht sagen, daß unsere Arroganz und euer Antisemitismus zusammengehören?« Der Erfolg gibt Tugendhat, dem beispielhaft bescheidenen Juden, recht: Er wird, anders als Ariel Sharon oder auch Amos Oz, von fast allen Deutschen geliebt und anerkennend zitiert. Er hat sich als ein Michael Wolffsohn der Liberalen und Linken bewährt.

Das neu gewonnene Renommee wird ihm für den Ausbau seiner Position zur »Euthanasie« nützlich sein. So wie Tugendhat den Deutschen nämlich rät, »den Argumenten Israels nicht blindlings zu folgen«, müht er sich auch, ihnen zu erklären, daß zu viel Rücksicht auf die »Bedrohungsgefühle bei den Behinderten« unangebracht sind, weil »ein wichtiges praktisches Problem in unserer Gesellschaft schlecht gelöst ist: Ich meine das Problem der unheilbaren und schwerleidenden Menschen.« Wieso vor allem (aber nicht nur) Behinderte gegen die »Lösung« dieses »Problems« angehen, weiß Tugendhat, aber es ändert seinen Vorsatz, »unerbittlich objektiv zu sein«, nicht.

Ergeben sich Tugendhats menschenfreundliche Anti-Kriegsposition, seine deutschenfreundliche Geschichtsentsorgung und seine vernichtungsfreundliche Haltung für »Euthanasie« aus seiner angewandten Ethik, oder sind das drei Positionen, die kaum etwas oder nichts gemeinsam haben, außer daß sie von einem einzigen Philosophen gleichzeitig vertreten werden?

Der Anlaß für Tugendhat, sich mit den Unwägbarkeiten der Politik zu befassen, war, aus Anlaß des Nato-Doppelbeschlusses, die Angst vor dem Atomkrieg, der »unserem wohlverstandenen kollektiven Interesse widerspricht«. Es reichte ihm aber schon damals nicht aus, gegen den seiner Meinung nach drohenden Atomkrieg zwischen den USA und der Sowjetunion zu sein - er mußte mit einem »Gedankenspiel« auch noch eine pazifistische Lanze für den Nationalsozialismus brechen: »Und nun denke an das Schlimmste, was wir mit den Nazis verbinden. Denke Dir, es wäre jetzt so in Osteuropa. Nach wie vor würden Menschen in Dörfern und Städten zusammengetrieben und erschossen. Nach wie vor gäbe es Gaskammern. Und nun eine Befreiung durch Androhung und gegebenenfalls Realisierung des Atomkriegs? Bedenke doch, daß bei dem jetzt bevorstehenden Holocaust diejenigen von uns, die nicht sofort tot sind, diejenigen, die noch Waffen haben sollten, von sich aus bitten würden, sie und ihre Kinder zu erschießen, und daß wir, sollte es noch Gaskammern geben, freiwillig an ihren Toren Schlange stehen würden.«

Tugendhat konstruiert eine Konkurrenz zwischen Antifaschismus und Pazifismus, um sich für letzteren zu entscheiden - und zwar aus der Warte desjenigen, der aus sicherer Distanz die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten begutachten kann. Wie in seinem Essay über »Euthanasie« unterscheidet er zwischen »allen« (uns) und den tatsächlichen Opfern - um dann, wenn auch nur stillschweigend, aus dem »wohlverstandenen kollektiven Interesse aller« zu schließen, daß die Selektion und Vernichtung in Osteuropa hinzunehmen wäre, um zu verhindern, daß man selbst Opfer wird, oder, weniger eigennützig als realpolitisch formuliert, lieber die Vergasungsaktionen der Nationalsozialisten zu akzeptieren, weil sie im Vergleich zum Einsatz einer Atombombe immer noch das »kleinere Übel« darstellen. Das ist nicht nur eine äußerst befremdliche Phantasie - es läßt auch auf eine grotesk verzerrte historische Sichtweise schließen. Die Entwicklung der Atombombe war ja nicht Folge eines irregeleiteten Antifaschismus US-amerikanischer Wissenschaftler, sie fand parallel zu Forschungsarbeiten einer deutschen Physiker-Gruppe mit genau dem gleichen Ziel statt - und zwar bis wahrscheinlich 1944 immer getrieben von der Vorstellung, die Nationalsozialisten könnten vor den USA über die Bombe verfügen.

Fragwürdig ist aber vor allem, daß zur Rechtfertigung des Widerstands gegen die Nato-Aufrüstung ein Gegensatz zwischen »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder Faschismus« konstruiert wird - ein Vorgehen, das seine Entsprechung in Tugendhats Aufsatz zum Golfkrieg findet, in dem auch, um die pazifistische Haltung zu rechtfertigen, Israel in den Mittelpunkt der Kritik gerückt wird - als sei das der kriegstreibende Staat.

Für Tugendhat ist die Entwicklung der Atombombe *der* Ausgangspunkt für seine angewandte philosophische Agitation, der Nationalsozialismus hat auf sein Denken keinen auch nur annähernd vergleichbaren Einfluß. Damit reiht er sich in eine lange Reihe von Friedensforschern ein: hier seien nur Paul Virilio und Ekkehard Krippendorff genannt, weil sie beide, wie auch Tugendhat, den Einsatz der Atombombe immer wieder als »Holocaust« bezeichnen und damit den Unterschied zwischen der planmäßig vorangetriebenen Vernichtung der europäischen Juden, für den sie sich nicht weiter interessieren, und dem Einsatz dieses besonders grauenvollen Produkts des technischen »Fortschritts« einebnen. Das ist nicht einfach nur eine Frage der »Einschätzung«. Für Tugendhat ist der Atomkrieg die Apokalypse - da sie droht, erscheint alles andere als nebensächlich: »Ein atomarer Weltuntergang (ist) ein irreversibles Geschehen, ein weltweites totalitäres Regime hingegen nicht«.

Die Apokalypse ist von niemandem, außer von »einigen Verrückten in Washington«, zu verantworten, sie schweißt alle zu einer Gemeinschaft potentieller Opfer zusammen, sie hat keinen beeinflußbaren Verlauf, Anfang und Ende sind eins - es kommt angesichts des drohenden Untergangs nicht darauf an, die Bedingungen menschlichen Handelns zu untersuchen oder Interessen herauszufinden für oder gegen die Partei ergriffen werden könnte. Der oder die einzelne können nichts gegen den Untergang tun, sie können nur Angst haben und sich zur Masse formieren: »Wir wissen doch, daß viele einzelne, wenn sie die Augen wirklich offenhielten, und es wirklich viele wären, eine Masse bilden würden, die aufstehen und die Inhaber der Macht zwingen könnten, die rasende Fahrt anzuhalten. Es fehlt, heißt es, der Mut zur Angst. Gewiß, aber wenn die Angst nicht von selbst vorhanden ist, wenn es zur Angst erst Mut bedarf, steht es nicht gut.«

Angesichts des Golfkrieges greift Tugendhat, obwohl der Einsatz der Atombombe nicht zu erwarten war, den Gedanken dennoch wieder auf: »Es ist eine Diffamierung der Friedensbewegung, wenn man fragt, warum sie nicht bei dem Überfall auf Kuweit oder bei der Vergasung der Kurden demonstriert hat... Für das, was man die Friedensbewegung nennt, ist diese Verbindung von Angst und Moral charakteristisch, und sie ist legitim... Massen demonstrieren nur, wenn sie auch Angst haben.« Angst um sich, wäre zu ergänzen, und zwar egal, ob es dazu einen Grund gibt oder nicht. Erfahrungsgemäß fördert Angst aber eher Ressentiment als Widerstand, Erkenntnis und Emanzipation - auch bei Tugendhat.

In der Anti-AKW-Bewegung war, vor allem nach Tschernobyl, die Angst vor behinderten Kindern einer der wirkungsvollsten Mobilisierungsfaktoren: Die dem ökologischen Denken innewohnende Sehnsucht nach dem Idyll produziert aggressive Abwehrreaktionen gegen Behinderung und Krankheit. Schlimmer als der Tod erscheint auch Tugendhat infolge eines denkbaren Atomwaffeneinsatzes das »evtl. jahrelange Siechtum«. Die Angst vor der Apokalypse produziert die Hoffnung auf Erlösung, die er sich zur Not auch in nazistischen Gaskammern erwartet - das Engagement gegen den Atomkrieg und das für »Euthanasie« werden so verknüpft.

Tugendhat entwickelt wesentliche Elemente seiner Moral aus der Biologie - der intakte, funktionierende Körper ist Voraussetzung fürs glückliche Sein. Nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Einsatz von Atombomben denkbar werden lassen, treiben ihn von der Philosophie zur Praxis, sondern die ökologischen Folgen dieses Einsatzes für die Welt - wobei das Schematische an Tugendhats Visionen die Frage aufwirft, ob ihm die Atombombe nicht ähnlich wie der »Holocaust«, nur eine Metapher ist. Nicht von ungefähr führt Tugendhat die Warnung vor dem Atomkrieg zur Thematisierung der »zweiten neuartigen Gefahr für die Menschheit: die des Verbrauchs der Umweltressourcen«. Und seine Vision vom Untergang der Welt schlägt genauso folgerichtig in die autoritäre Vorstellung um, die Rettung der Welt sei nur »durch einen Weltstaat« zu gewährleisten, der allerdings, das führt Tugendhat dann Jahre später, während des Golfkrieges, aus, »durch einen Staat, der seine Macht rücksichtslos durchzusetzen versucht« (die USA), verhindert wird, weswegen er hofft, »daß es jetzt zu einer sehr starken Verbreitung des Antiamerikanismus kommen wird und die Amerikaner an Macht verlieren werden«.

An den deutschen Universitäten stößt diese deutschnationale Umwidmung der in den angelsächsischen Ländern »nur« rücksichtslos liberalen Ideologie auf der sich aus nihilistischen Quellen speisenden Ethik begeisterte Zustimmung - nennenswerter Widerspruch gegen diesen Abschied von der Philosophie durch ihre vermeintliche Anwendung ist nicht bekanntgeworden. Neben dem Historikerstreit ist damit auch der bereits vor längerer Zeit zu den Akten gelegte Positivismusstreit im Nachhinein erledigt - wer schon deutsch ist, kann nicht auch noch eigenständig gegen die Verhältnisse denken wollen.

Oliver Tolmein ist Autor von »Geschätztes Leben - die neue Euthanasie-Debatte«, das im Konkret Literatur Verlag erschienen ist

Konkret 05/91, S. 29

Robert Kurz

Der Tod des Totsanierers

Kurzer Nachruf auf die Machbarkeit des Kapitals

Daß die pflichtschuldige Äußerung von Entsetzen, Entrüstung und Betroffenheit etc. angesichts der rituellen Tötung von Managern des Kapitals selber zum hilf- und sinnlosen Ritual geworden sei, geben erstaunlich unisono die bürgerlichen Kommentatoren anläßlich des Rohwedder-Mords zum besten. Dieser Überdruß ist freilich nicht die einzige neue Qualität im Verhältnis von offizieller Gesellschaft und RAF-Terror. Die Erschießung des »Managers der Einheit« gerät in ein merkwürdiges Zwielicht, wenn man bedenkt, daß der Mann, wie die Institution Treuhand, nicht bloß seitens der ostdeutschen Massen, sondern auch für Teile der politischen Klasse und der Marktwirtschafts-Ideologen bereits in die Grundposition des Sündenbocks gerückt war. Robert Leicht schrieb in der »Zeit«: »Der Schock über den Mord wird allein nicht ausreichen, das Potential sozialer Spannungen mit all seinen drohenden Möglichkeiten gewaltsamer Entladung zu verringern.« Unfreiwillig klingt das fast schon so, als sei Rohwedder im Auftrag der Bundesregierung erschossen worden, um jene »Spannungen« niederzuhalten, und als sei bald das nächste bedauerliche Opfer (Möllemann?) fällig.

Die makabre Konnotation setzt sich fort, wenn in zahlreichen Nachrufen auf den Treuhand-Chef die üblichen Sekundärtugenden eines Machers wie Selbstbewußtsein, Willensstärke und Durchsetzungsfähigkeit etc. plötzlich in negativem Licht erscheinen: Allzu machtbewußt sei er gewesen, dünnhäutig, und mit Aggression habe er auf Kritik reagiert. Eine ungeheure Gereiztheit des marktwirtschaftlichen Siegerbewußtseins schlägt hier durch, die das unerwartete Nichtfunktionieren des Marktes im Osten dem Erfolglosen noch im Tode anlastet und ihn klammheimlich noch einmal hinrichtet. Aber das Köpferollenlassen wird nichts helfen, weil gar kein subjektives Versagen vorliegt, sondern ein innerhalb der Kapitallogik unlösbarer Widerspruch sichtbar wird.

Empfohlen hatte sich Rohwedder durch seine »Sanierungsleistung« beim Stahlkonzern Hoesch. Es handelt sich bei dieser Formel um Orwellsche Sprache, denn »Gesundheit« eines sogenannten Unternehmens bedeutet nichts als jene Rentabilität, die als durchzusetzender Fetisch neuerdings auch von ganzen Scharen »sozialistischer Marktwirtschaftler« entdeckt worden ist und auf deren Altar intakte Produktionsressourcen und menschliche Bedürfnisse geopfert werden »müssen«. Bedauerlicherweise tritt jedoch auf der heutigen Höhe der Produktivkraftentwicklung dieser Rentabilitäts-Fetisch (ohne Rücksicht auf vorhandene Mittel und Bedürfnisse dürfen Produkte nur hergestellt werden, wenn dadurch die Selbstverwertung des Geldes gewährleistet ist) weltweit in immer krasseren Gegensatz zu jenem anderen, gleichfalls verallgemeinerten Arbeitsplatz-Fetisch (ohne Rücksicht auf vorhandene Mittel können Bedürfnisse nur vermittels »Lohn« aufgrund abstrakter Arbeitskraft-Verausgabung befriedigt werden). Die Menschen sollen »die Ärmel aufkrempeln«, aber gleichzeitig wird ihnen die »Arbeit« weggenommen.

Im Zusammenhang dieser heute zur Reife gekommenen Grundabsurdität der Marktwirtschaft bewegt sich das Machen der Macher und gibt der gesellschaftlichen Reproduktion durch die globale Konkurrenz hindurch eine Verlaufsform, die inzwischen ganze Erdteile zu »Sanierungsfällen« gemacht hat. Im relativ kleinen Maßstab von Hoesch konnte Rohwedder noch mit jener typisch sozialdemokratischen Mischung aus Manager-Sekundärtugenden, Jovialität und Hemdsärmeligkeit sein aberwitziges Geschäft verrichten. Zwar ging jeder zweite Arbeitsplatz über den Jordan, aber im Schrebergarten des Schlossers Kurt Schrade, des obersten Betriebsrats aller Hoesch-Hütten, konnten Sozialpläne und abfedernde Maßnahmen der »Gesundschrumpfung« ausgehandelt werden. Rohwedders strategische Qualitäten als »Sanierer« griffen jedoch nur, weil sie auf ein partikulares Unternehmen beschränkt blieben und er im Rahmen einer »Gewinner«-Volkswirtschaft agierte, die bisher die Folgekosten der Marktwirtschaft weitgehend externalisieren (z.B. durch Export von Arbeitslosigkeit und Giftmüll in die »Verlierer«-Regionen) und subventionieren konnte.

Mit dem forschen Anschluß der Ex-DDR aber hat sich die BRD als vermeintliche »Insel der Seligen« eine vom Standpunkt der Kapitallogik aus weitgehend »überflüssige« Verlierer-Volkswirtschaft eingehandelt, mit deren »Sanierung« nicht nur ein Rohwedder hoffnungslos überfordert war. Im Mega-Maßstab einer kompletten Industriestruktur ist eine Externalisierung der Probleme nicht mehr möglich. Das Gesetz der Rentabilität verlangt, daß der postulierte »Aufbau« absurderweise identisch ist mit flächendeckender Stillegung. Der Haß der ostdeutschen Massen auf die Treuhand ist aber völlig unbegründet: Sie selbst waren es doch, die nach dem Systemzusammenbruch der Staatsökonomie jene Logik herbeigeschrien haben. In Wirklichkeit hat die Treuhand diese Logik nur zögernd exekutiert und eher gebremst, vor den Konsequenzen zurückschreckend. Rohwedder wurde zum Sündenbock und geriet ins Fadenkreuz, weil er das Geschäft der »Sanierung«, das kaum weniger »sinnlos« ist als sein Tod, nach gewohnter Manier betreiben wollte und in Selbstüberschätzung die Unmöglichkeit der Aufgabe nicht begriff. Die gereizten Nachrufe verweisen auf die nackte Angst des bürgerlichen Bewußtseins vor unkontrollierten Gewaltausbrüchen, in denen die RAF nur noch mit demoralisierten Stasi-Segmenten konkurriert und mit individuell Desorientierten oder Verzweifelten, die es vorziehen, mit Hammer oder Sichel auf irgendeinen Treuhand-Chef einzuschlagen, statt Selbstmord zu begehen. Diese fast schon panische Furcht hat es

bereits geschafft, daß Topmanager wie Spitzenpolitiker es plötzlich für »naiv« halten, das ostdeutsche Desaster vorrangig den berüchtigten »Marktkräften« zu überlassen.

Je mehr sich das übliche schönfärbende Wortgeklingel blamiert (»Schnelle Privatisierung - entschlossene Sanierung - behutsame Stillegung«, so Rohwedders hilflose Formel in seinem letzten Brief), desto unaufhaltsamer wird die Treuhand in ihre eigentliche objektive Aufgabe hineinwachsen: nämlich die nicht mehr abzuschüttelnde Staatsökonomie und das ostdeutsche Mezzogiorno innerhalb der BRD-Weltmarktdemokratie zu repräsentieren. Nach Rohwedder werden sich Manager und »Seilschaften« finden, die nicht mehr jene undurchführbare Formel propagieren, sondern bewußt diese Position einnehmen. Die Treuhand könnte dann für lange Zeit von einer Institution nicht durchhaltbarer »Sterbehilfe« für Ostdeutschland zur Schaltstelle einer gigantischen monetären Umverteilung mutieren.

Die Subventionierung einer kompletten nicht weltmarktfähigen Volkswirtschaft auf Jahre hinaus ist jedoch nicht mehr so reibungslos machbar wie die bisherige Abwälzung der marktwirtschaftlichen Folgekosten aus der »Gewinner«-Position heraus. Staatsökonomische Strukturen und Umverteilungen können den Widerspruch des Kapitals nicht aufheben, sondern nur auf neuer Ebene reproduzieren. Da der Rentabilitäts-Imperativ dadurch nicht ausgehebelt wird, müssen die staatlichen Umverteiler auf die westlichen Masseneinkommen losgehen, weit über die jetzige Steuererhöhung hinaus. Zusammen mit der ostdeutschen Armut wird dann aber das Konflikt- und Gewaltpotential nur gleichmäßig auf Gesamtdeutschland verteilt, vom Schaden für die »Wettbewerbsfähigkeit« des bisherigen Exportweltmeisters zu schweigen. Der Nachruf auf Rohwedder könnte so zum Nachruf auf den marktwirtschaftlichen Machbarkeits-Wahn ebenso wie auf die bisherige »kapitalistische Normalität« werden: ein Menetekel auch für jene Linken, die glauben, auf diesem gesellschaftlichen Boden als »Realisten« agieren zu können.

Robert Kurz schrieb in KONKRET 4/91 über »die unverkäufliche Republik«. In der Edition Tiamat/Berlin ist gerade sein Buch »Honeckers Rache. Zur politischen Ökonomie des wiedervereinigten Deutschland« erschienen

Konkret 05/91, S. 30

Ernst Lohoff

Jelzin und die usbekischen Mütter

Auch unter Linken hat sich die Vorstellung eingebürgert, innerhalb der Sowjetunion habe sich ein System kolonialer Ausbeutung der Peripherie durch die Zentrale etabliert, gegen das die Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Republiken sich richteten. In Wahrheit aber steht deren Wunsch nach Autonomie bloß für die Weigerung, die Elendsregionen der Union durch Umverteilung von Gütern und Devisen noch länger zu alimentieren

Der Zerfall der Sowjetunion scheint irreversibel. Das von Gorbatschow initiierte Unionsreferendum am 17. März hat den Auflösungsprozeß ebensowenig aufhalten können wie der 3. Volksdeputiertenkongreß in Moskau. Die zentrifugalen Kräfte haben sich als stärker erwiesen. Kaum gewonnen, zerrinnt auch die umfassende sowjetische Präsidialgewalt schon wieder, weil die Sowjetunion selber immer mehr zur Fiktion wird. Nicht nur die baltischen und kaukasischen Republiken steuern unbeirrt auf ihre Unabhängigkeit zu, auch das Rückgrat der Sowjetunion, die russische Republik, sucht ihren »eigenen Weg«. Nur noch das Militär könnte versuchen, diese Entwicklung gewaltsam aufzuhalten.

Während die östliche Vormacht zusehends erodiert und sich in ihre Einzelbestandteile auflöst, machen sich im Westen die Auguren ans Werk. In ihren Deutungsversuchen taucht dabei ein Interpretationsraster immer wieder auf: Das Auseinanderbrechen des sowjetischen Staatsverbandes wird als Ende eines »Kolonialsystems« gefeiert. Als Mitte März die Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung in München zu einem Symposium zur Lage in der Sowjetunion bat, da »waren sich die rund 300 Teilnehmer einig«, daß mit der Sowjetunion »das letzte Kolonialreich« zerfällt. Offen sei nur, ob dies in Unordnung und Chaos oder in einem halbwegs geordneten Prozeß ablaufen werde. Die Schlußfolgerung war dementsprechend eindeutig: Der Westen solle nicht länger einseitig das Moskauer Zentralregime stärken, sondern sich mehr um die Republiken kümmern.

Diese gegen die Sowjetunion gewendete »antikoloniale« Sicht beschränkt sich keineswegs auf konservative Kreise, sie findet sich ebenso in den vorauseilenden Nachrufen linker Provenienz. Auch hier wird die Sowjetunion mittlerweile gern als die unmittelbare Fortsetzung des Zarenreiches und seiner großrussischen Politik wahrgenommen; und die vielen Segregationsbestrebungen scheinen als nationale Befreiungskämpfe vom »Selbstbestimmungsrecht« gedeckt. Wo vor wenigen Jahren noch die Sowjetunion mit ihren 200 verschiedenen Völkerschaften als Modell für das friedliche Miteinander unterschiedlichster ethnischer Gruppen gehandelt wurde, wird sie nunmehr als imperialistischer »Völkerkerker« denunziert.

So naiv es war, die Sowjetunion als Staat gewordene »Völkerfreundschaft« zu glorifizieren, so grotesk verzerrt die Analogie zum historischen Entkolonisierungsprozeß in Afrika und Asien den Blick auf die heutige sowjetische Wirklichkeit. Schon die Rollenverteilung im sowjetischen Nationalitätenkonflikt läßt sich nur schwerlich mit der Frontstellung in den klassischen antikolonialen Kämpfen zur Deckung bringen. Noch in den 50er und 60er Jahren waren es bekanntlich nicht gerade die »Mutterländer« und ökonomischen Vormächte selbst, die ihre politische Loslösung von den kolonialen Fesseln anstrebten. Nicht die Franzosen, sondern z.B. Algerier und Vietnamesen erzwangen mit Waffengewalt ihren Ausstieg aus der »frankophilen Völkergemeinschaft« und staatliche Unabhängigkeit.

Den vermeintlich kolonial strukturierten sowjetischen Staatsverband aber wollen ausgerechnet vornehmlich jene Republiken schnurstracks verlassen, die als Zentren und wirtschaftliche Leistungsträger der Union firmieren. Neben den baltischen Republiken, dem höchstentwickelten Gebiet zwischen Kamtschatka und Brest-Litowsk überhaupt, hat gerade die russische Republik selber die Vorreiterrolle in Sachen Auflösung des Gesamtstaates übernommen. An den sonst wenig eindeutigen Ergebnissen des Referendums vom 17. März läßt sich zumindest eins ablesen: Während die entwickelteren Regionen sich lieber heute als morgen aus der Union verabschieden wollen, halten ausgerechnet die ressourcenschwachen Armenhäuser vor allem Mittelasiens in Treue am Fortbestand der Sowjetunion fest. In der Hochburg der Sowjetbürokratie, in Moskau, erhielt Gorbatschows verwaschener Unions-Plan nur eine hauchdünne Mehrheit von 50,02 Prozent. Die Zusatzfrage der »Jelziniten« nach der Direktwahl des russischen Präsidenten, die eine weitgehende Emanzipation der Republik Rußland von der Moskauer Zentrale impliziert, brachte es dagegen immerhin zu stattlichen 78 Prozent Zustimmung. In Turkmenien konnte Gorbatschow dagegen 90 Prozent Ja-Stimmen für den Erhalt der Sowjetunion verbuchen.

Diese auffallende Diskrepanz ist keineswegs einfach dem Umstand geschuldet, daß in den rückständigen mittelasiatischen Republiken noch die alten Apparatschiks die Schalthebel der Macht in Händen halten. Der Unterschied hat auch und vor allem handfeste ökonomische Gründe. Die strukturschwachen Republiken hängen finanziell am Tropf Moskaus, sie sind für sich nicht lebensfähig. Die Republik Rußland erwirtschaftet dagegen durch ihre Exporte von Öl, Gas, Holz, Gold, Platin und Pelzen 80 Prozent der gesamtsowjetischen Deviseneinnahmen. Davon darf sie aber nur 6 Prozent behalten. Der Rest wird zentral auf alle Unionsrepubliken umverteilt. »Den Reichtum Rußlands den Russen«, so lautet denn auch das hinter den Sezessionswünschen stehende Motiv. Das gemeinsame sowjetische Dach bedeutet für die russischen Wähler und Verantwortlichen die Zwangsehe mit »unnützen Essern«, und Jelzin weiß sich mit seiner Wählerschaft einig, daß diese

»Ausbeutung« durch die Ärmsten der Armen beendet werden muß. Wenn aber die »Kolonialherren« die »Kolonialgebiete« loszuwerden wünschen, die sie im sowjetischen Staatsverband bislang immer alimentieren mußten, so hat dies mit dem klassischen »Antikolonialismus« natürlich herzlich wenig zu tun.

Ein bezeichnendes Schlaglicht auf diese Frontstellung wirft ein Wortgefecht zwischen dem estnischen Deputierten Bronstein und den Vertretern Usbekistans auf der 2. Tagung des Kongresses der Volksdeputierten im Dezember 1989: »Bronstein erklärte, daß die Forderung der zentralasiatischen Republiken nach mehr Arbeitsplätzen für den Bund und andere Republiken unzumutbar sei. Mit der demographischen Explosion in ihren Republiken müssen die Asiaten selber fertig werden. Dieser Auftritt löste einen Gefühlsausbruch seitens der asiatischen Deputierten aus, die von Bronstein eine Entschuldigung wegen Beleidigung kinderreicher Familien forderten. Bronstein konterte, er habe die usbekischen Mütter nicht beleidigen wollen, und blieb bei seiner Meinung, für die er von den europäischen Deputierten sogar Beifall erntete« (»Handelsblatt«, 2.1.90).

In Wirklichkeit reproduziert also der gegenwärtige Nationalitätenkonflikt im sowjetischen Rahmen nicht etwa den historischen Entkolonisierungsprozeß, sondern vielmehr den Nord-Süd-Gegensatz, wie er heute zwischen den OECD-Staaten und den Ländern des Trikont herrscht. Das usbekische und turkmenische Elend soll vom russischen Standpunkt aus genauso das Privatproblem der Turkmenen und Usbeken werden, wie die Hungersnöte in Afrika bereits der europäischen Politik als die innere Angelegenheit von souveränen Staaten gelten.

Die Sowjetunion war das erste rückständige Land, in dem eine Staatsgewalt gewordene Emanzipationsbewegung gegen die Schwerkraft der Weltmarktbeziehungen eine eigenständige Industrialisierung durchzupeitschen versuchte. 70 Jahre lang wurden auf dem sowjetischen Territorium sämtliche Ressourcenflüsse dem allsowjetischen Entwicklungsziel rigoros untergeordnet. Diese gewaltsame Modernisierung beinhaltete notwendig auch den Versuch, die Lebensbedingungen in dem riesigen Land einander anzugleichen. Nicht nur zwischen den verschiedenen Produktionssektoren, auch zwischen den Republiken wurde eine gigantische Umverteilungsmaschinerie in Gang gesetzt. Die Sowjetunion als Ganzes sollte gegenüber dem Westen bestehen können. Die staatliche Preisregulierung, die restriktive Rohstoffzuweisung usw. waren notwendiger Ausdruck dieses Bemühens.

Diese nachholende, von einem zentralen Staatsapparat getragene Industrialisierung hat unter dem Druck der Weltmarktkonkurrenz und dem Gewicht der eigenen bürokratischen Versteinerung Bankrott anmelden müssen. Verlierer aber haben wenig Freunde, und der gemeinsame Niedergang hat nichts Völkerverbindendes an sich. Der Konkurs der verrotteten staatlichen Modernisierungsfabrik setzte die zentrifugalen Kräfte frei. Aus der überstrapazierten Devise: »Alle Völker der Sowjetunion an einem Strang« wurde ein: »Rette sich wer kann«. Wo Bestandteile der sowjetischen Konkursmasse auf sich selber gestellt bessere Überlebenschancen sich ausrechnen zu können meinen, sind sie nicht länger bereit, die Last der »Bruderrepubliken« mitzuschleppen und ergehen sich stattdessen in Selbständigkeitsphantasien.

Eine historische Begründung für diesen Drang läßt sich jederzeit ausgraben. Die Massendesertion aus dem Sowjetreich erklären kann die Vorgeschichte, etwa Stalins rücksichtslose Nationalitätenpolitik, aber nicht. Die Gründe sind in der gegenwärtigen Konstellation zu suchen und lassen sich dort auch finden. In einem Land, in dem alle Austauschrelationen staatlich festgesetzt werden und das Nationaleinkommen seit Jahren nur auf dem Papier wächst, kann sich fast jede halbwegs entwickelte Republik durch diese Umverteilung benachteiligt fühlen. Kasachstan beklagt sich über zu geringe Baumwollpreise; Aserbeidschan liebäugelt damit, sein Erdöl zu Weltmarktpreisen zu verhökern, statt sich weiter mit dem viel niedrigeren innersowjetischen Preis zufrieden zu geben, und den baltischen Republikenist die Gewinnabschöpfung durch die Moskauer Zentrale ein Dorn im Auge. Die Forderung nach »Selbstbestimmung« und staatlicher Souveränität wird zum Vehikel iminnersowjetischen Verteilungskampf. Das gemeinsame Boot sinkt, und jeder Passa-gier versucht, sich eine möglichst große und irgendwie tragfähige Planke herauszubrechen.

Ob die Rechnungen der Einzelrepubliken aufgehen oder nicht, ist nur schwer zu entscheiden; dazu sind die innersowjetischen Wirtschaftsbeziehungen viel zu verworren und undurchsichtig. Die am höchsten entwickelten baltischen Republiken z.B. verlieren an den sowjetischen Gesamtverband nicht nur, sie profitieren gleichzeitig auch erheblich durch das administrativ festgesetzte Preissystem von ihm. Lettland importiert 96 Prozent seiner Brennstoffe und 50 Prozent seines Strombedarfs zu grotesk heruntersubventionierten Preisen aus den »Bruderrepubliken«. Auch auf der Suche nach Absatzgebieten für die baltischen Fertigprodukte kommen allein die anderen Sowjetrepubliken in Frage. Auf den Westmärkten hat die elektronische Industrie Litauens nämlich ebensowenig eine Chance wie der litauische Maschinenbau.

Bessere Karten im Kampf um die nationalen Reichtümer hat ökonomisch da eher noch ein Gebilde wie die ASSR Jakutien in Nordsibirien. Dort verlieren sich auf mehr als drei Millionen Quadratkilometern 300.000 Einwohner; dafür häufen sich in dieser Region Rohstofflager. Im Rahmen von joint-ventures und durch Zusammenarbeit mit westlichen Konzernen ließe sich hier vielleicht - zu Lasten der von diesen Reichtümern ausgeschlossenen »Bruderrepubliken« - ein »Kuweit des Nordens« zimmern.

So unmöglich es ist, Verlaufsform und Ergebnis der Krise der Sowjetunion zu prognostizieren, eins ist klar: Für das Gros der 240 Millionen heutigen Sowjetbürger und für die Mehrzahl der sich neu herausbildenden eigenständigen Staaten und Teilrepubliken wird die Zersetzung der Union eine weitere Verschlechterung ihrer Lage bringen. Durch die Zerstückelung des Gesamtstaates wird kein Gran zusätzlichen Reichtums erzeugt; die Frage ist allein, wie sich das vorhandene Haben und Debet unter die Nachfolgestaaten verteilen werden.

Die dramatische sowjetische Entwicklung ist allerdings kein Unikat. Desintegrationsprozesse erschüttern auch andere Regionen der Erde. Die Tschechoslowakei wird sich über kurz oder lang in zwei Teile spalten, in Asien machen sich separatistische Bewegungen breit (Kaschmir, Sri Lanka), und in Afrika triumphiert allenthalben der Tribalismus. Auch der Vielvölkerstaat Jugoslawien existiert nur mehr auf dem Papier; die wirtschaftlich stärksten Republiken Slowenien und Kroatien koppeln sich vom unterentwickelten Süden ab und weigern sich, ihn weiterhin zu alimentieren. Selbst in Norditalien hat die »Lega lombarda« mit ihrer Parole »los von Rom« (und damit vom korrupten, ineffizienten und armen Süden) erheblichen Zulauf zu verzeichnen.

Die überraschende Renaissance längst vergessen geglaubter »nationaler Identitäten« ist kein rein ideologisches Phänomen, sie hat, wie in der Sowjetunion, überall handfeste strukturelle Gründe. Die vom jeweiligen Staat getragene oder zumindest flankierte Modernisierung, die bemüht war, rückständige Regionen nachzuziehen, ist in ihrer keynesianischen ebenso wie in ihrer staatssozialistischen Variante weltweit an ihr Ende gelangt. Spielräume für eine flächendeckende aufholende Entwicklung gibt es nicht mehr. Die Verschärfung der Weltmarktkonkurrenz und das fehlende globale Wachstum der produktiven Sektoren haben die ökonomischen Ungleichgewichte innerhalb des einzelstaatlichen Rahmens auf die Spitze getrieben. Aus der gescheiterten nachholenden Entwicklung sind keine homogenen, in sich geschlossenen Nationalökonomien hervorgegangen; damit hat aber auch die nachholende Nationalstaatsbildung jenseits alter ethnischer Schranken ihre Grundlage verloren. Die ausgebremsten Newcomer bleiben die ewigen Verlierer, und die relativen »Gewinner« in diesem bestialischen Wettbewerb versuchen, ihre Verbindung zu den Geschlagenen so gut es geht zu kappen. Denn wo die marktwirtschaftliche Konkurrenz sich auf prekärer Grundlage weiterwälzt, überlebt immer derjenige, dem es am besten gelingt, Kosten und Verluste zu externalisieren.

Die Sowjetunion hat sich dieser von den Weltmarktbedingungen induzierten Logik nicht entziehen können. Dank der exponierten Rolle des staatlichen Elements fällt die Entwicklung hier sogar besonders dramatisch aus. Die Apologeten der Marktwirtschaft legen diese Zuspitzung allein dem Versagen der bürokratischen Zentralgewalt zur Last; Moskau gilt ihnen als die Wurzel allen Übels. Sobald die »invisible hand« des freien Marktes endlich zum Zug komme, werde sie letztendlich alles schon zu richten wissen. Wenn nur die Moskauer Suprematie wegfällt, so das Credo, dann werden früher oder später auf dem alten sowjetischen Terri-torium schon gesunde und dynamische,d.h. weltmarktfähige Nationalstaaten erblühen.

Diese Vorstellung ist nichts als ein frommer Wunsch, der sich durch kein Argument decken läßt. Die sterbende Sowjetunion ist der einzige Schutzwall, der die Völker des Imperiums vor dem unmittelbaren eisernen Zugriff der Weltmarktbedingungen schützt(e). Die staatliche Planung hat versagt, jetzt bricht der blanke Markt über die Ex-Sowjetmenschen herein. Das bedeutet keineswegs die Geburt eines ganzen Rudels verspielter »kleiner Tiger«, sondern im Gegenteil den Absturz weiter Teile der Sowjetunion ins aussichtslose Massenelend. Vom glorreichen »Vaterland aller Werktätigen« wird ökonomisch ein kleiner Archipel verstreuter Weltmarktinseln übrigbleiben, während der Großteil des Landes in Müllhaldenökonomie zu versinken droht. Die West- und Marktorientierung treibt die Sowjetunion nicht ins »gemeinsame europäische Haus«, sondern nähert ihre inneren Verhältnisse denen der 3. Welt an. Die Herrschaft der Moskauer Apparatschiks neigt sich zwar unwiederbringlich ihrem Ende zu, aber die Nachfolger werden keine Demokraten nach westlichem Vorbild sein, sondern lokale und sich bekriegende Mafiabosse.

Ernst Lohoff ist Redakteur der Zeitschrift »Krisis«und lebt in Nürnberg

Konkret 05/91, S. 34

Wolfgang Pohrt

Stop den Mob

Die SA-Praktiken in der Zone m□ ssen aufh□ ren

Agenturmeldungen wie die nebenstehende geben keine Schlagzeilen und Titelgeschichten ab, denn seit der Befreiung von kommunistischer Bevormundung ist die folterähnliche Körperverletzung in den neuen Bundesländern Routine. Im Rückblick wirkt die Ausländerfeindlichkeit in der guten alten Vorvereinigungszeit wie ein Kavaliersdelikt, denn nicht berufliche Benachteiligung und soziale Diskriminierung von Minderheiten finden heute in der Zone statt, sondern dort eifern jugendliche Schlägertrupps ihren Großvätern nach und üben an Andersfarbigen oder Ausländern das Quälen und Töten wehrloser Opfer. Längst ist der Zustand erreicht, wo es unanständig wird, von den Tätern noch innere Einkehr, aufrichtige Reue, Selbstbesinnung und Trauerarbeit zu fordern. Statt guten Zuredens und politischer Aufklärung werden Machtmittel gebraucht, um den Menschenschindern mit Gewalt das Handwerk zu legen.

Die Öffentlichkeit reagiert darauf, als dürfe man von den Landsleuten nach den Jahren der Enthaltsamkeit nichts anderes erwarten. Verharmlosend werden die Täter gern als Sozialfälle dargestellt, für deren ruppiges Benehmen man Verständnis aufbringen müsse - als würde in der Zone einfach zuviel geprügelt, geklaut und gesoffen; als hinge bei den Arbeitslosen eben der Haussegen schief; als wären die Deklassierten dort begreiflicherweise aggressiv und reizbar; würden nicht lange fackeln, wenn ihnen einer krumm kommt; im Streit zwischen Bekannten, Nachbarn, Freunden, Familienmitgliedern schneller zuschlagen und dabei auch zu harten Gegenständen greifen. Zum Rauhbein, das sich mit jedem anlegt und dem öfter mal die Hand ausrutscht, wird ein Typ umgelogen, der keineswegs nur blind zuschlägt, sondern planmäßig und zielbewußt ausgesuchte Opfer quält.

In Wahrheit pickt sich der Nachwuchs gerade solche Menschen heraus, zu denen kein Kontakt besteht, woran sich unter schwierigen Bedingungen spontan gewalttätiger Haß entzünden kann. Keineswegs rotten Einheimische sich hier gegen die andersfarbigen Nachbarn im gleichen oder im nächsten Wohnblock zusammen, sondern nach dem Prinzip faschistischer Vollstreckungskommandos gebaute Gruppen spüren Personen auf, die zu finden beinahe zielfahnderisches Geschick und eine schwarze Liste erfordert, weil sie in der Zone nicht mal eine Minderheit, sondern verstreute Einzelne sind. Der Terror dort ist nicht mit Rassenunruhen und Nationalitätenkonflikten vergleichbar, bei denen es im Kampf um die Vormacht Verletzte auf beiden Seiten gibt. In der Zone wird nicht gekämpft und gesiegt, sondern werden schon Unterlegene weitergequält. Das Muster der ostdeutschen Fremdenjagd ist die planmäßige Exekution von Folter und Mord an Wehrlosen im KZ.

Die offensichtliche geschichtliche Parallelität weist man gern mit dem Argument zurück, bei den Tätern handle es sich nur um frustrierte Halbwüchsige ohne politisches Programm, straffe Organisation und zentrale Führung. Ganz abgesehen davon, daß auch die SA alles andere als ein weltanschaulich interessierter Lesezirkel und Debattierclub gewesen war; ganz abgesehen davon auch, daß die Parolen »Deutschland den Deutschen« und »Ausländer raus« dem Mob als Programm genügen, weil das Programm das Pogrom zu legitimieren hat und sonst nichts: Der beschwichtigend gemeinte Einwand beweist das genaue Gegenteil des Bezweckten, insofern er das Augenmerk darauf lenkt, daß man im neuen Deutschland mit einem Typ zu rechnen hat, welcher der straffen Organisation und der zentralen Führung gar nicht bedarf, um faktisch wie die SA zu werden. Exemplarisch zeigt die spontane Bildung von Verfolgertrupps, ihre Entstehung gleichsam aus der Mitte des Volkes heraus, daß alle Humanität und Zivilisation in diesem Land auf Maximen und Regeln beruht, die von einer Autorität gegen die Bevölkerung durchgesetzt werden müssen, weil sie ihr innerlich fremd geblieben sind. Die Menschen faschistisch führen und anzuleiten ist überflüssig, es reicht, daß man sie gewähren läßt.

Doch statt in der Entscheidungssituation hart durchzugreifen und entschlossen elementare Menschenrechte wie das auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu verteidigen, präsentiert sich der deutsche Staat als Überläufer, der populistisch um die Gunst des Mobs buhlt, den im Zaum zu halten seine Aufgabe wäre. Längst kann von bloß wohlwollender Duldung der Rechtsradikalen in der Zone durch die Sicherheitsorgane keine Rede mehr sein. Denn sie bleiben unbehelligt nicht nur, solange sie am Rande der Legalität operieren, sondern auch dann, wenn sie Verbrechen begehen, deren Nichtverfolgung die Behörden zu Komplizen macht. Daß sie Regierungsbeschlüsse mißbilligen und mit den faschistischen Schlägertrupps einer Meinung sind, geben Polizeibeamte schon vor laufender Kamera selber zu. Einer von denen zum Beispiel, die sich in Frankfurt/Oder mehr fraternisierend als ordnungshütend unter den Jungfaschisten tummelten, während ein polnischer Bus mit Steinen angegriffen wurde: Er habe Verständnis für die Demonstranten, man könne doch nicht alle Polen reinlassen.

Wenn die Polizei sich permanent unterlassener Hilfeleistung schuldig macht, indem sie etwa den Überfall auf einen polnischen Bus oder den Angriff faschistischer Schläger auf einen Trauerzug trotz Präsenz am Tatort nicht verhindert; wenn die Polizei stundenlang untätig Gesetzesverstöße hinnimmt, die sich unter ihren Augen abspielen, wie in Frankfurt/Oder, wo man den Eindruck gewann, die Beamten wären eine Art Ehrengarde für das Sieg-Heil-Gebrüll und die zum Hitlergruß erhobenen Arme; wenn die Polizei vorgibt, Angriffe auf Heime für Asylbewerber und Ausländerunterkünfte

nicht verhindern zu können, obwohl in diesem Fall der Tatort eines geplanten Verbrechens bekannt ist - dann steht, vorerst noch in der Zone, über kurz oder lang aber im gesamten Bundesgebiet, die Existenz einer politischen Verfassung auf dem Spiel, der man bei aller Kritik doch bescheinigen muß, daß es ihr eine ganze Weile gelang, die Deutschen im eigenen Interesse und im Interesse anderer vor der Verwirklichung ihrer völkischen Bedürfnisse zu schützen.

Noch ist die Entwicklung vielleicht aufzuhalten, indem der Druck der öffentlichen Meinung die bundesrepublikanischen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden dazu zwingt, geltendes Recht auch gegen rechtsradikale Schläger- und Foltertrupps durchzusetzen. Noch liegt dies vielleicht in der Macht von Journalisten und Bundestagsabgeordneten, denn noch ist die Bundesrepublik kein faschistischer Staat. Sie sollten diese Möglichkeit nutzen, bevor die Vollstreckungskommandos ihre Zielgruppe erweitern und auch demokratischen Politikern und kritischen Journalisten droht, was derzeit Asylbewerber erleiden.

Sie sollten ihre Möglichkeiten ferner nutzen, bevor empfindsamen Menschen in ihrer hilflosen Wut der fatale Gedanke kommt, es könnte nötig sein, ein paar von diesen Menschenschindern einfach abzuknallen - damit der Rest sich einen anderen Zeitvertreib sucht; weil ein ermordeter deutscher Rechtsradikaler vielleicht die Medien munter macht, die bei totgeprügelten Asylbewerbern friedlich weiterschlafen; weil Schießereien vielleicht die Sicherheitsbehörden aktivieren. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist gering, weil die militante Linke, statt gegen die Faschisierung Widerstand zu leisten, sich lieber zum bewaffneten Erfüllungsgehilfen des Mobs in der Zone macht, der die von ihm herbeigerufenen Kapitalisten am liebsten umgebracht sehen möchte. Wenn es aber doch geschieht, soll keiner über den neuen Terrorismus jammern, denn Tatsache ist: Die SA-Praktiken in der Zone müssen aufhören - so oder so.

Kasten »□ □□□ □ □□□□□□□□□□ □□□□□ □□ □ □□□□□□ □□□□□□□□□ □ □□ □□□□□□□□□ □

Dresden (AP). In Ostdeutschland reißt die Kette der Gewalt rechtsradikaler Rowdys nicht ab: Die Dresdner Polizei hat während eines Trauermarsches für einen von Neonazis ermordeten Mosabikaner in der Nacht zum Freitag zehn Randalierer festgenommen. Sie hätten versucht, die 2000 Trauernden mit Baseballschlägern, Reizgas, Gasdruckpistolen und Messern auseinanderzutreiben, sagte Polizeisprecher Ehrenfried Lenigk. Die SPD warf der Polizei lasches Vorgehen gegen die Gewalttäter vor. Der Mosambikaner Jorge Gomondai war in der Nacht zum Ostersonntag von Skinheads in Dresden aus einer fahrenden Straßenbahn geworfen worden und eine Woche später gestorben. Polizeisprecher Lenigk sagte, die Dresdner Staatsanwaltschaft habe noch nicht entschieden, ob gegen die Gewalttäter ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werde.

Stuttgarter Zeitung, 13. April 1991

Konkret 05/91, S. 36

Ursula Kreft

Wir schenken den Zigeunern eine Heimat

Man hat »Dämme« errichtet gegen »Asylantenfluten«, man hat Flüchtlinge so mies und abstoßend behandelt, wie nur möglich - aber die Abschreckung hat die deutschen Gemüter nicht befriedigt, vielmehr wächst nun die kollektive Panik wegen einiger Millionen, die angeblich im Osten auf gepackten Koffern sitzen und die »Völkerwanderung« planen. Dagegen will man mit einer »neuen Flüchtlingspolitik« gerüstet sein, und am besten probiert man erst mal am kleinen Modell, ob's klappt. Zu Versuchsobjekten wurden Roma-Familien aus Nordrhein-Westfalen

In den Schluchten des Balkan dürfte seit Kara ben Nemsi kein Deutscher so populär gewesen sein wie dernordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor. Seine »sonderbare Politik« (MdL Heinz Paus, CDU) begann Anfang 1990 »sich auf dem Balkan herumzusprechen« (Balkanexperte Paus) und hatte sich ein halbes Jahr später bereits »bis tief in den Balkan herumgesprochen« (MdL Helmut Linssen, CDU). Die Balkanexperten des NRW-Landtags berichten, Schnoors »weiche Linie« habe nicht nur bei »den jugoslawischen Zigeunern« unberechtigte Hoffnungen geweckt, sondern sei geeignet gewesen, zusätzlich »die rumänischen Zigeuner« per Fernwirkung »aus ihrem Lande zu locken«, woraufhin alle nach NRW »geströmt sind«.

Der Anlaß solcher Aufregung, das Dauerthema der NRW-Landtagsdebatten, ist natürlich nicht »der ungeheure Zustrom jugoslawischer Sinti und Roma«, denn es handelt sich nicht um Massen, auch nicht um »Sinti und Roma«, weil es gar keine Cinti in Jugoslawien gibt. Die Opfer giftiger Polemiken und rassistischer Überfälle in mehreren Städten sind Roma-Familien, eine relativ kleine Gruppe, und sie provozieren offenbar durch ihr bloßes Dasein. Der Anlaß endloser Streitereien und anstrengendster geistiger Mühen der Beamten in Staatskanzlei und Ministerien ist dies:

Rund 3.400 Roma, die im Januar 90 mit einem »Bettelmarsch« gegen die Abschiebung nach Jugoslawien protestierten, sind immer noch im Land. Sie werden »geduldet«, vorerst bis zum 30. Juni 91, und diese »Duldung« kommt als eine Art Privileg vom NRW-Innenministerium. Es ist ein Schutzbrief von zweifelhaftem Wert. Dahinter versteckt sich, was die Bundesregierung und das Land NRW neuerdings als »neue Flüchtlingspolitik« propagieren: »die freiwillige Rückkehr« oder »Reintegration«, verbunden mit Strukturhilfen für die Aufnahmeländer. Roma-Vertreter sprechen allerdings von »Erpressung und Deportation« und protestieren, wie Rudko Kawczynski von der Rom & Cinti Union, gegen » den Verkauf unserer Menschen«.

Dabei hatte es zunächst so ausgesehen, als dürften die Roma in NRW bleiben. Statt kompromißlose Härte zu demonstrieren und den Polizeieinsatz zu befehlen, bevorzugte der SPD-Innenminister Schnoor eine moderate Politik. Das hat ihm Prügel von fast allen Seiten eingebracht, von der CDU-Opposition sowieso, aber auch von seinen Parteifreunden, von anderen SPD-Ministern, von Oberstadtdirektoren, von Bürgermeistern. Schnoors Entscheidungen in Sachen Roma wirken unsicher, er zögert und schwankt seit mehr als einem Jahr zwischen Verständnis und Vertreibung, zwischen Bleiberecht und Hinhaltetaktik.

Einen ersten Abschiebestopp verfügt der Innenminister im August 1989. Die Asylanträge von über 5.000 Roma sind abgelehnt, und das heißt: »sofortiger Vollzug« der Abschiebung nach Jugoslawien. Im Gespräch mit Roma-Vertretern läßt sich der Innenminister überzeugen. Bis zum Dezember 89 sollen die Roma Zeit haben, um nochmals zu beweisen, daß sie in Jugoslawien unterdrückt und politisch verfolgt werden. Dies können die Roma tatsächlich belegen - aber es hilft ihnen nicht, denn im Sinne der deutschen »Einzelfallprüfung« sind ihre Menschenrechte noch nicht genug verletzt worden.

Im Dezember 89 kündigt Schnoor die Abschiebung an. Daher entschließen sich die Roma zu spektakulären Aktionen: Sie ziehen im »Bettelmarsch« durch mehrere Städte, sie besetzen den Kölner Dom, sie kampieren im Niemandsland vor der niederländischen Grenze. Mit Erfolg. Innenminister Schnoor verhandelt erneut mit ihren Vertretern, und es scheint, als ob die Landesregierung bereit sei, die Realität zu akzeptieren: daß die Roma allenfalls auf dem Papier Jugoslawen sind, tatsächlich aber heimatlos und staatenlos. Der Innenminister verspricht, sie als »De-facto-Staatenlose« anzuerkennen und ihnen »Bleiberecht« zu gewähren, wenn sie mit Lebenslauf und Dokumenten belegen, daß sie in den letzten Jahren »überwiegend umhergezogen« sind.

Während die Roma bereitwillig Lebensläufe schreiben und ihre vollständigen Daten für das Ministerium sammeln, läuft in der Presse und in den politischen Gremien eine Kampagne gegen das Bleiberecht. Wer die Debatten im Landtag und die Zeitungsberichte verfolgt, muß den Eindruck haben, daß in den Städten Katastrophenalarm ausgerufen worden ist, es herrscht »ein Asylchaos, das einzigartig ist« (MdL Linssen, CDU). Aufregung, Dramatik, Panik allerorten: »Dramatisch« ist die Lage der Kommunen, sie senden »tägliche Hilferufe«. Wieder einmal wird öffentlich jene Litanei abgebetet, die in zwei ritualisierten Sätzen gipfelt: »Die Grenzen der Belastbarkeit sind überschritten« und »Das Boot ist voll«.

Während die kollektive Aufgeregtheit wächst, sinkt die Zahl jener Roma, die man noch im Land zu dulden bereit ist. Offiziell sollen es nun 3.400 sein, die anderen sind nach Angaben aus der Staatskanzlei »einfach weitergewandert«, nach

Informationen der Flüchtlingsräte wurden viele abgeschoben, über Frankfurt nach Belgrad. Die 3.400 Roma in NRW nennt man jetzt »Bettelmarsch-Roma« oder »Bleiberechts-Roma«, und sie müssen sich das gefallen lassen.

Im Kabinett und in der eigenen Partei gerät Innenminister Schnoor unter Druck. Offiziell heißt es nun: Nur 2.000 dürfen bleiben. Dann: Wir behalten 1.000, als »einmalige begrenzte humanitäre Aktion«. Dann: Alle müssen raus. Das ist, sagt der CDU-Abgeordnete Paus, »Rechtsfindung nach der Art des Teppichhandels in Istanbul«. Damit will Paus aber nicht andeuten, daß hier Menschen schlechter behandelt werden als Teppiche, vielmehr stört ihn, daß die Handelsobjekte nicht längst außer Landes geschafft wurden.

Seit Dezember 1990 ist von einem Bleiberecht keine Rede mehr, und die früheren »Bleiberechts-Roma« heißen jetzt offiziell »Armutsflüchtlinge aus Jugoslawien«: Dieser Name ist Programm, denn den De-facto-Staatenlosen wird nun per Erlaß eine Heimat zugewiesen, in die sie zurückkehren müssen. Aber weil wir in Nordrhein-Westfalen ja keine Unmenschen sind, stecken wir ihnen eilig eine moderne Wegzehrung in den Rucksack. Wer »freiwillig« geht, bekommt die Reisekosten und in der Heimat einen Wohncontainer. Außerdem hat er die Chance, für ein halbes Jahr bis zu 400 Mark monatlich zu erhalten, falls er in Jugoslawien Arbeit sucht oder findet oder sich umschulen läßt.

Um das Maß der Güte vollzumachen, will die Landesregierung in Jugoslawien den Bau eines Kindergartens subventionieren und 4 Millionen Mark für einen »Entwicklungsfonds« bereitstellen. Dieser Fonds hat den Titel »Strukturhilfen« und ist nicht zweckgebunden - kein schlechter Anreiz für eine jugoslawische Kommunalverwaltung, ein kleines Roma-Kontingent aufzunehmen. Die erste Stufe dieses »Reintegrations-Programms« soll insgesamt 11 Millionen Mark kosten, 1.400 Roma wurden für den Modellversuch ausgewählt - die Landesregierung möchte sie in Skopje ansiedeln, der Hauptstadt des Bundesstaates Makedonien. Die örtlichen Ausländerbehörden befragen die Roma, »ob sie zu einer freiwilligen Rückkehr ... bereit sind«. Bei Roma, die nicht freiwillig verschwinden, »ist nach geltendem Ausländerrecht zu verfahren« - sie werden abgeschoben.

Dieser »Modellversuch Reintegration«, veröffentlicht im September 1990, war kein Alleingang der Landesregierung. Zur selben Zeit verabschiedete das Bundeskabinett seine neue »Flüchtlingskonzeption«, in der die traditionelle Abschiebung kombiniert wird mit finanziellen »Anreizen«: »Rückführungshilfe und Reintegrationshilfe im Herkunftsland« sollen als »Mittel der Ursachenbekämpfung« dienen. Auch die Bundesregierung betont den freien Willen: »Eine freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge« soll gefördert werden. Dabei denkt man weniger an Geld für die Flüchtlinge selbst, sondern an die Aufnahmestaaten, denen die Bundesregierung »Strukturhilfe und Unterstützung bei der Eingliederung« verspricht. Falls es nicht gelingt, die Flüchtlinge dem Herkunftsland anzubieten, will die Bundesregierung »Aufnahmemöglichkeiten« in »Drittstaaten der Herkunftsregion« einrichten. Flüchtlinge, im Dutzend gebündelt, gegen hohe Belohnung abzugeben! Zugreifen, Herrschaften, Lagerkosten werden vom Lieferanten übernommen! Lieferung frei Haus.

Hier öffnet sich eine Perspektive für verarmte Staaten in der sogenannten Dritten Welt und in Osteuropa: Sie können als Auffangbecken oder als Vorfluter für jene »Flüchtlingsströme« dienen, vor denen sich die reichen Westeuropäer fürchten. Vorausgesetzt, die »neue Flüchtlingspolitik« gelingt, hat die BRD eine Marktlücke entdeckt, eine Dienstleistung neuer Art könnte entstehen. Sie bereichert die internationale Arbeitsteilung, und die könnte in Zukunft so aussehen:

Thailand sichert die Versorgung mit Puffs, Brasilien pflegt unsere Regenwälder (ökologisch orientierte Kreditvergabe), Länder mit Sandstränden sind zuständig für unseren Urlaubsgenuß, während andere Staaten unseren Giftmüll entsorgen oder sich spezialisieren im Bereich Lagerhaltung, Abteilung Flüchtlingsbewirtschaftung. Man sieht, der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft ist weltweit nicht aufzuhalten.

Bisher gilt die »Flüchtlingskonzeption« der Bundesregierung als unverbindlicher Entwurf, sie beschreibt keine konkreten Maßnahmen, nennt keine Zahlen - trotzdem wird sie überall gelobt, in der Presse erscheint sie als Zeichen des »Umdenkens«, als Trend in eine Richtung, die Hilfsorganisationen seit langem fordern. Endlich werde sich Flüchtlingspolitik nicht mehr darin erschöpfen, Flüchtlinge durch »Gerichtsverfahren zu jagen und sie möglichst rasch wieder loszuwerden«, vermutet ein Kommentator der »Süddeutschen Zeitung«. Das Bundeskonzept sei »der richtige Weg«, lobt NRW-Innenminister Schnoor, während Bundesminister Schäuble das Kompliment erwidert: Mit ihrer Initiative zur Reintegration der Roma beschreite die Landesregierung »den richtigen Weg«.

Die 1.400 Roma, die das Land NRW in Skopje ansiedeln will, sind Objekte in einem »Modellprojekt für die ganze Bundesrepublik«, an ihnen soll praktisch erprobt werden, was auch anderen Flüchtlingen bevorsteht. Es lohnt sich, genauer zu betrachten, was man denen anbietet, die jetzt als »Skopje-Roma« bezeichnet werden. Warum sollen sie gerade nach Skopje? Das komme einfach daher, erklärt Jürgen Weiß von der NRW-Staatskanzlei, daß die größte Gruppe aus Skopje stamme. Wahrscheinlich waren viele Roma tatsächlich längere Zeit in Skopje, denn dort ist das berüchtigte Lager Sutka, ein Roma-Ghetto, in dem rund 40.000 Menschen leben, in Wellblech- und Papphütten. Fast alle haben weder Strom noch fließendes Wasser noch Kanalisation. Vom Glück begünstigt sind die Familien, die jene Behelfsbaracken ergattert haben, die nach dem großen Erdbeben 1963 von den Amerikanern gestiftet wurden. Die Ärmsten der Armen vegetieren in Erdlöchern. Durchschnittliche Lebenserwartung: rund 33 Jahre.

Die Landesregierung bestreitet, daß die »Skopje-Roma« in diesem Slum »reintegriert« werden sollen - aber wohin sie sollen, kann sie auch nicht sagen. Woher die im Modellprogramm erwähnten Arbeitsplätze kommen sollen, ist ebenfalls unklar. Versprochen wurde außerdem ein Zuschuß für jene, die »eine Umschulungs- oder Fortbildungsmaßnahme« beginnen - nach Angaben der Rom und Cinti Union sind solche Kurse in Jugoslawien völlig unbekannt. Trotzdem behauptet die Landesregierung: Das Modellprojekt steht, es liegt unterschriftsreif in der Staatskanzlei.

Aber, leider, leider, herrschen in ganz Jugoslawien im Moment, sagen wir mal, etwas ungeordnete Verhältnisse, und auch in Makedonien findet sich kein zuständiger Mensch, der legitimiert ist, die Vereinbarung zu unterschreiben. Dabei sah alles perfekt aus, als im November 1990 eine makedonische Delegation in Düsseldorf weilte. Harte Verhandlungspartner waren das: Sie sollen 8,5 Millionen Mark allein für den Kindergarten gefordert haben und viel mehr »Strukturhilfe«. Die Makedonier fuhren mit einem Protokoll zurück - dabei ist es bis heute geblieben.

So muß die Landesregierung wohl weiter um eine Heimat für die Roma ringen. Daß die Heimatlosen aber irgendwo, irgendwie und irgendwann aus Jugoslawien kamen, halten die Behörden für erwiesen: Die Roma selbst haben unfreiwillig die Beweise geliefert. Für ihre Anträge auf Bleiberecht haben sie selbst komplette Datensätze gesammelt, in gutem Glauben und voller Vertrauen auf die Ehrlichkeit deutscher Beamter. Nun sind sie amtlich erfaßt, ihre Daten sind enteignet und zweckentfremdet und können jederzeit gegen sie verwandt werden. Einmal Skopje, immer Skopje. Wer dort im Elend lebte, der wird sich schon wieder dran gewöhnen. So beginnt die gelobte »neue Flüchtlingspolitik« ausgerechnet mit dem paradoxen Versuch, Heimatlose, die seit Jahrhunderten in ganz Europa diskriminiert und vertrieben werden, in ein Land zu »reintegrieren«, in dem sie niemals integriert waren. Dabei stören nicht einmal Bürgerkrieg und rassistische Pogrome in Jugoslawien.

Die widersprüchliche Mischung von Abschieben und Ansiedeln hat eine lange Tradition in der deutschen »Zigeunerpolitik«. In seinem Buch »Verfolgt, vertrieben, vernichtet« beschreibt der Historiker Michael Zimmermann die traditionelle deutsche »Zigeunerpolitik« mit der Formel: durch Vertreibung seßhaft machen. Immer verfolgten die Behörden das Ziel, Cinti und Roma aus den Gemeinden zu vertreiben und sie an einer dauerhaften Niederlassung zu hindern, paradoxerweise aber unter der amtlichen Bezeichnung »Seßhaftmachung der Zigeuner«. Stets forderte man, wie Zimmermann nachweist, von den Cinti und Roma, »seßhaft zu werden«, und legitimierte staatliche Gewalt mit der Behauptung, man wolle sie zur »seßhaften Lebensweise« zurückführen. In Wirklichkeit waren in der Weimarer Republik die meisten Cinti und Roma fest ansässig, sie betrieben ihre Gewerbe von festen Winterstandquartieren aus. Die Formel »Seßhaftmachung« bezeichnet Zimmermann daher »als Chiffre für das Verlangen nach vollständiger Assimilation und Einpassung in die modernen Produktionsformen«.

Seltsamerweise war die Formel »Seßhaftmachung« bei den Gemeindevertretern durchaus konsensfähig: wie selbstverständlich ging jede Gemeinde davon aus, daß sie nicht jener »bestimmte Ort« sei, an dem sich Cinti und Roma niederzulassen hätten. In der Nazizeit wurde die frühere Politik als »planlose Weiterleitung« kritisiert, die den angeblichen »Wandertrieb« fördere. Der Oberregierungsrat Zindel erwog, »besondere Zigeunerreservationen« einzurichten, meinte aber, dies sei leider undurchführbar, da keine Gemeinde eine »Brutstätte von Mord und Totschlag« in der Nähe haben wolle. In den Konzentrationslagern fanden die Behörden schließlich jenen langgesuchten »bestimmten Ort«, der beiden Zielen gerecht wurde: »die Zigeuner« zugleich zu vertreiben und seßhaft zu machen. Historiker schätzen, daß 220.000 bis 500.000 Cinti und Roma ermordet wurden.

Gegenüber den Roma und Cinti bestehe »eine besondere moralische Verpflichtung aus unserer Geschichte«, so begründete NRW-Innenminister Schnoor seinen Einsatz für das Bleiberecht. Schnoor hat sich zunächst offenbar ernsthaft bemüht, das Bleiberecht durchzusetzen und damit eine Art Wiedergutmachung zu leisten. Am Ende hat sich Schnoor der Parteiraison gebeugt. Die aktuelle Flüchtlingspolitik gegen Roma in NRW ist eine Variante der traditionellen »Zigeunerpolitik«, mit ähnlichen Zielkonflikten zwischen Vertreibung und »Seßhaftmachung«, zwischen Abschiebung und »Reintegration«. Wie früher will keine Gemeinde die Roma aufnehmen, man bemüht sich, sie in Nachbarländer abzuschieben, und muß ein weiteres Mal erfahren, daß der Vertreibung Grenzen gesetzt sind.

Da liegt es nahe, die alten Vorschläge neu zu diskutieren: Wieder mal wird als Lösung vorgeschlagen, die Roma »zur seßhaften Lebensweise« zurückzuführen, in modernem Amtsdeutsch heißt das »Reintegration«. Um sie anzusiedeln, wird erneut jener »bestimmte Ort« dringend gesucht, weit entfernt, auf keinen Fall vor der eigenen Haustür. Das wilde Kurdistan steht nicht zur Verfügung, aber das Land der Skipetaren käme in Frage oder die Schluchten des Balkan, wo ein Ort namens »Skopje« liegen soll. Wie die Roma dort siedeln könnten, ist unbekannt, sogar völlig gleichgültig: Denn »Skopje« ist kein realer, sondern ein mythologischer Ort, nur eine Chiffre für den Mythos »Neue-Zigeuner-Heimat«. Daher fehlt jede konkrete Information im »Modellprojekt«. Details zu übersehen und geschichtliche Hintergründe zu ignorieren, das bildet die beste Grundlage für jede Mythenbildung.

Weil tatsächlich kein Roma-Staat existiert, wirken die Roma bindungslos: Sogenanntes fahrendes Volk hat dankbar zu sein, wenn ihm die Behörden eine Heimat schenken, wo auch immer. Ist die »Heimat« erst konstruiert, dann erscheint die Vertreibung als soziale Geste. Als 1983 türkische Arbeiterfamilien zur Ausreise genötigt wurden, gab Norbert Blüm dieser

»Rückkehrförderung« den Glanz der mythologischen orientalischen Idylle: »Wer zu Hause ist, eingebunden in die Familie, die in den Herkunftsländern häufig noch eine Großfamilie ist, wird mit der Arbeitslosigkeit manchmal besser fertig als jemand, der fernab von der Heimat ist, verlassen in Bahnhofshallen und Großstadtunterkünften.«

Zur Chiffre »Skopje« gehören weitere Mythen: die »Völkerwanderung« zum Beispiel, wobei die Roma zu einem Spähtrupp herandrängender Massen stilisiert werden, oder »die Umschulung«, ein Modernisierungs-Mythos der BRD, der unterstellt, jeder Arbeitslose habe die Chance, durch Qualifizierung am High-tech-Wohlstand teilzunehmen. Dieser Mythos wird mit Schäubles »Flüchtlingskonzeption« weltweit exportiert, sogar in Länder, in denen Arbeitsämter und Erwachsenenbildung völlig unbekannt sind. Auch der »Skopje-Roma« ist seines Glückes Schmied, seine mythologische »Zigeuner-Heimat« wird per Erlaß zur Modernisierungs-Oase.

Die Roma in NRW haben sich dieser Behandlung bisher nach Kräften widersetzt. Sie verhalten sich widerspenstig und eigensinnig - und darüber sind Politiker und Öffentlichkeit besonders empört. Die Romahaben, sagen CDU/FDP/SPD-Politiker, mit ihren Aktionen »erpresserischen Druck« ausgeübt, ihr Bettelmarsch war ein »Nötigungsinstrument«. Dreist und unverschämt haben sie so getan, als hätten sie das Recht, zu demonstrieren und zu protestieren, als ob sie die gesammelten Mythen westlicher Freiheit - Freizügigkeit, demokratische Rechte, KSZE-Beschlüsse - für ihre Interessen in Anspruch nehmen dürften. Damit hätten sie Innenminister Schnoor gezwungen, ihnen »ein Mitspracherecht in eigener Sache« einzuräumen, meint der liberale Abgeordnete Heinz Lanfermann, und bringt damit auf den Punkt, was die deutschen Gemüter am meisten nervt: daß die Roma im Unterschied zu anderen Flüchtlingen organisierten Widerstand leisten. Statt die Abschiebung als Schicksal still zu erdulden und sich dankbar zu zeigen für die Almosen des Sozialamts, haben die Roma ihren satten Nachbarn demonstriert, daß es ihnen dreckig geht. Und sie haben eigene Organisationen gegründet, deren Sprecher selbstbewußt behaupten: Wir wissen selber, was gut für uns ist, und oft wissen wir es auch besser.

Ursula Kreft schrieb in KONKRET 12/90 über die deutsche »Sozialgemeinschaft«

Konkret 05/91, S. 40

Miriam Lang

»To show, that it has changed«

In Berlin hoffen 269 aus der Sowjetunion geflüchtete Juden, daß die Deutschen sich geändert haben und sie hier in Ruhe leben können. Der Senat möchte sie aber lieber nach Israel abschieben

Zimmer 41. Zu acht sitzen sie auf zwei Betten in dem engen Raum, in dem außerdem ein Kühlschrank und eine Kochplatte, ein kleiner Tisch, zwei Stühle und ein Kleiderschrank stehen. Immer wieder geht die Tür auf, und jemand bittet die Übersetzerin kurz heraus. Sie entschuldigt sich, ein Arzt sei gerade gekommen. Das Flüchtlingswohnheim ist ein langer, flacher Fertigbau mit etwa 80 Zimmern und Gemeinschaftstoiletten. Das traditionelle Pessah-Fest können die Juden und Jüdinnen aus der Sowjetunion diesmal nicht feiern: Die Sozialhilfe reicht gerade für das Nötigste, und selbst die ist ihnen gerade gestrichen worden. »Wir haben andere Sorgen zur Zeit«, konstatiert Ester Margolin, die Übersetzerin.

Dennoch versichern alle, die ich frage, es gehe ihnen sehr gut hier. Sie werden sich hüten, etwas anderes zu sagen - sie sind nur geduldet, und dafür erwartet man noch Dankbarkeit von ihnen. Und sie wollen hierbleiben.

Etwa 5000 jüdische Emigrantinnen und Emigranten aus der Sowjetunion leben derzeit in Berlin. Sie alle wollten ihr Land auf dem schnellsten Weg verlassen - vor allem wegen des dort stetig zunehmenden und handgreiflich werdenden Antisemitismus: »Die Situation in der Sowjetunion war so bedrohlich, daß man immer gesagt hat: Morgen wird es ein Pogrom geben, übermorgen wird es ein Pogrom geben. Alle Leute hatten Angst und wollten nicht mehr warten«, erzählen sie. Die meisten kommen aus Leningrad oder Moskau, wo antisemitische Attacken am häufigsten vorkommen. An jüdischen Feiertagen wurden sie auf dem Weg zur Synagoge mit Steinen beworfen, Juden werden in der U-Bahn angepöbelt, manchmal auch zusammengeschlagen. Wohnungen jüdischer Familien werden mit Davidsternen oder »Juden raus«-Parolen beschmiert. Eine junge Lehrerin mußte ihre Schule verlassen, weil die Schüler und Schülerinnen sich von einer Jüdin nicht mehr unterrichten lassen wollten.

Antisemitismus, auch staatlicher, hat in der Sowjetunion eine lange Tradition, übersetzt Frau Margolin. Juden und Jüdinnen wurden nicht in höhere Verwaltungsposten eingestellt, sie wurden nur sehr begrenzt an Hochschulen zugelassen. Seit Glasnost und Perestroika gilt auch offener Antisemitismus als »freie Meinungsäußerung«, und seine Protagonisten in der »Pamjat«-Bewegung werden von der Zentralregierung in Moskau protegiert.

Die Männer und Frauen, die mir im Wohnheim gegenübersitzen, gehören zu einer Gruppe von 269 Menschen, die in den letzten Wochen eine heftige Diskussion zwischen deutschen Behörden, Repräsentanten der jüdischen Gemeinde und des Staates Israel sowie der Öffentlichkeit ausgelöst haben. Anders als viele andere Jüdinnen und Juden, die in letzter Zeit aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik emigriert sind, flüchteten sie zunächst auf dem schnellsten und einfachsten Weg nach Israel und konnten nur wegen des Golfkriegs aus »humanitären Gründen« in die BRD einreisen. Frau Margolin und die anderen haben Israel von Anfang an als Zwischenstation begriffen, ihr Ziel war Deutschland. Sie beharren darauf, nicht »nur« aus Angst vor irakischen Scuds hierher gekommen zu sein. »Als ich im letzten Sommer, da war ich schon in Israel, erfuhr, daß nun auch Deutschland Juden aus der Sowjetunion aufnimmt, habe ich zwei Wochen lang geweint«, erzählt eine. Am 11. Juli 1990 hatte der DDR-Ministerrat beschlossen, daß sowjetische Jüdinnen und Juden auf dem Gebiet der Noch-DDR ihren »ständigen Wohnsitz« nehmen könnten - eine Regelung, die die Regierung Kohl mit der Wiedervereinigung Anfang Oktober umgehend rückgängig machte.

Die meisten aus der Gruppe haben Familienangehörige, die von den Nazis ermordet wurden - was bringt diese Menschen dazu, sich ausgerechnet im Nachfolgestaat des Dritten Reiches ein neues Leben aufbauen zu wollen?

»Ich wollte schon immer nach Deutschland«, betont Ester Margolin. »Zum einen spreche ich die Sprache, zum anderen ist Deutschland Europa. Die europäische Kultur spielt da eine ganz große Rolle.« Sie war als Dolmetscherin schon öfter hier, hat hier Freunde. Auch für die anderen sei die deutsche Sprache wegen ihrer Verwandtschaft zur jiddischen leicht zu lernen. Ihnen gehe es ebenfalls um europäische Kultur, ums ‘Klima’. Und dann sei, betonen sie, Deutschland ein freies, demokratisches Land.

Ob sie auch mal daran gedacht hätten, in die USA zu gehen, als das noch möglich war? Nein, nie. »Deutschland hat schließlich eine jahrhundertealte Geschichte, die es mit Rußland verbindet. Schließlich war die Frau Peters des Großen, Zarin Katharina, Deutsche. Und Karl Marx war auch Deutscher.« Alle lachen. Haben sie keine Angst vor dem Wiederaufflackern des Antisemitismus in Deutschland, dem Land, dessen Einwohner Juden industriell und planmäßig umbrachten? »Wir meinen, gerade darum wird es hier nie eine Wiederholung dessen geben. Hier nicht. Das Volk hier hat es überlebt, wie wir es auch überlebt haben. Nicht das ganze deutsche Volk hat Hitler unterstützt. Wenn ein Volk einen Krieg überlebt hat, dann will dieses Volk keinen Krieg mehr.« Frau Margolin ist durch die Friedensbewegung ermutigt: »Die jungen Leute sind zwar gegen Einwanderung, aber sie sind auch gegen Krieg.« Dadurch, daß sie hierher gekommen seien, sprächen sie dem deutschen Volk ihr Vertrauen aus. Boris Malichev, der aus Leningrad direkt nach Berlin gekommen ist, geht noch weiter: »Jews must live in Germany to show, that it has changed.«

Viele Erfahrungen, die die Emigrantinnen und Emigranten machen, bestätigen diese These, es habe sich in Deutschland wesentliches geändert, jedoch keineswegs: An die Bushaltestelle beim Ostberliner Wohnheim Ahrensfelde, wo ebenfalls sowjetische Juden und Jüdinnen untergebracht sind, wurden antisemitische NS-Parolen geschmiert. Und der Staatssekretär der Berliner SPD-Sozialsenatorin, Armin Tschoepe, begründet die beabsichtigte Streichung der Sozialhilfe für die sowjetischen Jüdinnen und Juden so: »Ich will nicht durch Weichherzigkeit die Schleusen öffnen und in der Bevölkerung einem Antisemitismus Vorschub leisten.« Kaum wird mit Jüdinnen und Juden menschenwürdig umgegangen, öffnen sich also die Schleusen des Antisemitismus. In diesem Zusammenhang ist auch die geplante »Umsetzung« der Flüchtlinge aus dem Wedding, wo sich das Sozialamt beharrlich weigert, Sozialhilfe zu zahlen, in den Bezirk Lichtenberg bemerkenswert: Die neue Unterkunft befindet sich in unmittelbarer Nähe der von Neonazis besetzten Häuser in der Weitlingstraße.

Bereits Wochen dauert die Kontroverse darüber an, ob die 269 über Israel eingereisten Immigrantinnen und Immigranten nun hierbleiben können oder nicht. Anfang Januar noch hatte die Bundesregierung öffentlichkeitswirksam verkündet, man werde im Fall der jüdischen Flüchtlinge großzügig verfahren. Eine gute Gelegenheit, die »besondere Verantwortung« unter Beweis zu stellen. Doch seit dem 15. Februar ist alles anders. Um den Status von Kontingentflüchtlingen zu erhalten, das heißt auch unbefristete Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis, müssen die Flüchtlinge vor diesem Stichtag oder mit gültigem Visum direkt aus der Sowjetunion eingereist sein. Diejenigen, die über Israel kamen, haben mit Betreten israelischen Bodens automatisch die dortige Staatsbürgerschaft erlangt und gelten somit hier offiziell als »israelische Touristen«, die drei, höchstens aber sechs Monate bleiben dürfen. Entsprechend wird ihre Unterbringung in Wohnheimen und die Gewährung von Sozialhilfe als humanitärer Gnadenakt dargestellt. Gerüchte über die Streichung der Sozialhilfe und geplante Abschiebungen hatten in der Woche vor Ostern für erhebliche Aufregung gesorgt. Um aus der Zwickmühle zu kommen, in die der Senat sich mit dem Touristen-Konstrukt selbst hineinmanövriert hatte - denn wie sähe es aus, wenn ausgerechnet Jüdinnen und Juden, die in Deutschland Zuflucht suchen, abgewiesen würden - wandte er sich ans Innenministerium. Das Abschiebungsvorhaben wurde dementiert, doch die Flüchtlinge verbrachten eine weitere Woche in Ungewißheit, bis die Ausländerbehörde sich zu einer Interimslösung herabließ, die ihnen den Aufenthalt hier für die nächsten drei Monate gestattet.

Ester Margolin ist erschöpft. Seit Tagen rennt die Übersetzerin zwischen Anwältinnen und Anwälten und den 17 Wohnheimen hin und her, auf die die 300 Betroffenen verteilt sind. »Wir sind in gutem Glauben hierher gekommen«, beteuert sie. »Man hat uns gesagt, daß Deutschland Juden annimmt. Wir haben zweimal alles zurückgelassen, zuerst in Rußland, dann in Israel. Wir haben nichts, und wir meinen, daß Deutschland uns nicht abschieben wird.« - »Deutschland ist ein demokratisches Land, es gibt verschiedene Meinungen hier. Ich glaube, es ist ein Irrtum. Bestimmt wird alles gut werden.«

Boris Malichev berichtet von einer Familie aus seinem Spandauer Wohnheim, die verzweifelte und schließlich nach Moskau zurückgekehrt ist. Er erzählt von sozialer und psychischer Not im Heim. »Viele von den sowjetischen Flüchtlingen fühlen sich hier als Außenseiter. Am Anfang ist es wie ein Paradies, doch wenn dann klar ist, daß du keine Arbeit und keine Wohnung bekommen wirst, ist es bitter.« Er will ein Buch schreiben mit Ratschlägen, um seinen Weggefährtinnen und Weggefährten bei der Eingliederung hier zu helfen.

Als ich mich über den unerschütterlichen Optimismus seiner Landsleute in Bezug auf die hiesigen Verhältnisse verwundert zeige, warnt Malichev davor, zu verallgemeinern. Die sowjetischen Jüdinnen und Juden seien mit ganz unterschiedlichen Hoffnungen und Vorstellungen hierhergekommen. Sie kommen aus einem gerade im Umbruch befindlichen Einparteiensystem und können die hiesige politische Landschaft bisher meist nur danach beurteilen, wie mit ihrem eigenen Anliegen verfahren wird. Gegen Anwürfe aus der Springer-Presse stellt einer fest: »Wir sind hierher gekommen, um zu arbeiten, um dem Land zu nutzen, um gute Mitglieder Deutschlands zu werden.«

Genau dieser Vorsatz wird aber von verschiedenen anderen Seiten kritisiert. Die »Amerikanische Vereinigung jüdischer Überlebender des Holocaust« beispielsweise ist »entsetzt«: Die Aussicht, daß Jüdinnen und Juden sich ausgerechnet wieder in Deutschland niederließen, »kann nur höchst negative, schmerzhafte und emotionale Reaktionen in uns hervorrufen«. Man könne »nicht guten Gewissens zur Auswanderung in ein Land ermutigen, daß zu unseren Lebzeiten für beispiellose Verbrechen an unserem Volk verantwortlich war.«

Auch die israelische Regierung sieht die jüdische Einwanderung in die BRD nur äußerst ungern. Benjamin Navon, israelischer Botschafter in Bonn, stellt in einem in der »Neuen Zeit« erschienenen Interview fest: »Sie wollen nach Deutschland als Flüchtlinge kommen. Das steht konträr zur zionistischen Auffassung, daß, seit es den Staat Israel gibt, es einen jüdischen Flüchtling auf der Welt nicht mehr geben kann.« Jeder Jude, der nach Israel auswandern wolle, werde dort mit offenen Armen empfangen. Diejenigen, die aus der Sowjetunion ausreisten, sollten in ihre »alte neue Heimat Israel« kommen, in der sie erwünscht und geliebt seien.

Daß die Flüchtlinge aus der Sowjetunion dennoch ein anderes Land als Zufluchtsort vorziehen, ist nichts Neues. Seitdem in den 70er Jahren die Ausreise aus der Sowjetunion möglich wurde, haben sich lediglich 10 Prozent der jüdischen Emigrantinnen und Emigranten in Israel niedergelassen. Dies hängt auch damit zusammen, daß die jüdische Tradition und

Kultur in der UdSSR vor allem seit Stalin immer mehr verschüttet wurde und auch deswegen nur eine Minderheit der Auswandernden religiös ist.

Schwieriger war es für den Zentralrat der Juden in Deutschland, seine Position zu bestimmen. Die jüdische Gemeinschaft hierzulande versprach sich einen Mitgliederzuwachs und eine Anregung ihres kulturellen Lebens von der Einwanderung. Gegen die seit letzten Herbst diskutierten Absichten der Bundesregierung, eine Kontingentierung für sowjetische Jüdinnen und Juden einzuführen, opponierte der Zentralrat heftig. Mitte Dezember noch antwortete der Vorsitzende Heinz Galinski auf die Frage, ob dadurch nicht potentielle Immigrantinnen und Immigranten für Israel abgeworben würden: »Hier sind nicht falsche Rücksichten, sondern praktizierte Solidarität am Platz.« Heute stellt Galinksi sich an die Seite des Berliner Senats und ist in Bezug auf die Gruppe um Ester Margolin »hunderprozentig der Meinung, daß diese Menschen dem Staat Israel dankbar zu sein haben und daß sie wieder zurück müssen.« Ursache für diesen Sinneswandel dürfte die Israel-Reise des Zentralratsvorsitzenden Mitte Februar gewesen sein, während der ihm Abwerbungsversuche vorgeworfen wurden.

Meine Gesprächspartnerinnen aus der Sowjetunion sind, gelinde gesagt, verwundert über die Haltung der Jüdischen Gemeinde. Diese müsse doch für alle Juden eintreten und ihnen dort helfen, wo sie selbst hinwollten. Der Leningrader Juwelier Jurij Grinberg ist empört: »Wenn Israel eine Heimat für alle Juden ist, dann sollen die Leute von der Jüdischen Gemeinde doch selbst nach Israel gehen! Warum gehen sie nicht? Wenn ein einziger - nun, nicht ein einziger, aber wenn zehn von ihnen fahren, werden wir nachkommen!«

Solidarität erfahren haben sie dagegen von der orthodoxen Ostberliner jüdischen Gemeinde Adass Jisroel. Diese hat ein Haus für die Unterbringung von Flüchtlingen aus der UdSSR angeboten. In einer Erklärung vertritt sie die Ansicht, daß Deutschland als frei gewählter Wohnort jüdischer Bürger »seine besonderen Verpflichtungen anerkennen und einlösen« müsse.

Auf die Frage, warum sie nicht in Israel leben wollten, antwortet Frau Margolin, sie hätten sich von Anfang an für Europa entschieden und sich deshalb während ihres Aufenthalts dort kaum auf die israelische Realität eingelassen. Doch soviel wüßten sie: Sie wollten nie in einem Land leben, wo es besetzte Gebiete und so etwas wie die Intifada gibt. »Man kann Jude sein, aber nicht Zionist«, sagt Ester Margolin. »Man kann verschiedene Meinungen haben über Israel und das Problem mit den Palästinensern. Aber wir wollten nicht selbst dieses Problem sein, persönlich, mit unseren Körpern, dazu beitragen. Die Palästinenser haben dort gewohnt, gelebt, warum sollten wir aus der Sowjetunion kommen und diese Leute vertreiben?« Sie sollten zwar nicht direkt in den besetzten Gebieten angesiedelt werden, doch angesichts der prekären Lage auf dem israelischen Wohnungs- und Arbeitsmarkt gäbe es starke Anreize für Neuankömmlinge, sich dort niederzulassen; beispielsweise würden in den besetzten Gebieten Wohnungen gebaut, und Lebensmittel seien dort wesentlich billiger.

Das Echo, das die Auseinandersetzung um das Bleiberecht der Gruppe in der Berliner Linken gefunden hat, ist schwach. Verschiedene Organisationen aus dem humanitären, liberalen und kirchlichen Spektrum erwogen die Möglichkeit, den jüdischen Flüchtlingen im Ernstfall Zuflucht zu bieten. Auch autonome/antiimperialistische Kreise zeigten Interesse an diesen erklärt »nicht-zionistischen« Jüdinnen und Juden, die der Willkür der deutschen Behörden ausgesetzt sind. In einer Presseerklärung kritisierten sie die Funktionalisierung der Flüchtlingsbewegung durch die israelische Regierung für ihre Interessen in den besetzten Gebieten. Die Erklärung, im Ton vergleichsweise moderat, endet mit der kryptischen Forderung: »Gegen Semitismus und Antisemitismus«. Wenige Wochen nach dem Golfkrieg, der gerade bezüglich der Haltung zu Israel und zur deutschen Vergangenheit die Linke in extremer Weise polarisiert und offenbar auch verwirrt hat, ist an ein breiteres Bündnis zur Unterstützung sowjetischer Jüdinnen und Juden, die über Israel hierher kamen, nicht zu denken.

Miriam Lang schrieb in KONKRET 3/91 über antiarabisches Ressentiment während des Golfkrieges

Konkret 05/91, S. 43

Detlef zum Winkel

Hier ist es gut

Wie Asylbewerber das Asylrecht gefährden, wenn sie sich weigern, in Sachsen Freiwild zu spielen

Friedhelm Läpple, Innenminister des Saarlandes, machte sich Sorgen, weil Deutschland nicht jährlich eine Million Menschen aufnehmen könne. Die »Armutswanderung von Ost nach West und auch von Süd nach Nord«, 200.000 Asylbewerber, 500.000 DDR-Übersiedler und 400.000 Aussiedler aus Osteuropa im Jahr 1990, gefährde das Asylrecht, weil diese Leute den Platz einnähmen, den wir für politisch Verfolgte bereithielten. Er verspreche sich Unterstützung von den neuen Bundesländern, sagte der Sozialdemokrat Mitte Februar dem »Spiegel«. »Die werden ... mit Macht darauf drängen, daß wir bei den Asylbewerbern und bei den Aussiedlern zu neuen Regelungen kommen.«

Die Unterstützung aus dem Osten kam bald. Eine Woche später, in der Nacht zum 24. Februar, vertrieben sächsische Eingeborene drei Asylsuchende aus einer Discothek; einem schlugen sie eine Flasche über den Kopf. Anschließend begaben sich ungefähr zwei Dutzend Bürger des Orts Leisnig bei Döbeln zu dem Flüchtlingsheim, das dort gerade eingerichtet worden war. Sie schlugen die Türen ein, rissen die Sicherungen heraus und prügelten im Dunklen, »Scheißausländer« brüllend, mit Holzlatten und Eisenstangen auf alles ein, was ihnen in den Weg kam. Die entsetzten Menschen aus Afghanistan, Iran, Indien, Pakistan, zusammen etwa 60, sprangen aus den Fenstern, zwängten sich durch einen Stacheldrahtzaun und rannten um ihr Leben, Sie blieben, bei winterlichen Temperaturen nur mit Schlafanzügen bekleidet, in einem Waldversteck und trauten sich erst bei Anbruch der Dämmerung in das Gebäude zurück. Es befand sich im Zustand der Unbewohnbarkeit.

Aus diesem Grund, möglicherweise auch aus keinem anderen als diesem, wurden sie in die etwas größere Flüchtlingsunterkunft Delitzsch, Sachsen, verlegt. Das ist eine ehemalige Kaserne in acht Kilometern Entfernung von der Ortschaft, unzumutbare sanitäre Einrichtungen, schlechtes Essen und vor allem eine fast völlige Isolation: kein eigenes Telefon, eine zerstörte Zelle, praktisch keine Betreuung. Sie waren allein; niemand erteilte Auskunft, was mit ihnen geschehen solle. Nachts schliefen sich nicht, und tagsüber konnten sie nur in größeren Gruppen nach Delitzsch gehen. Denn sie wurden angegafft, beleidigt, in Läden und sogar in der Post nicht bedient, oder der Bus fuhr einfach an ihnen vorbei, wenn sie an der Haltestelle warteten.

Am 27. Februar starb in Delitzsch ein Afghane (nicht zugehörig zu der Gruppe aus Leisnig). Seine Landsleute, die ihn am Vorabend noch gesund und bei Kräften erlebt hatten, baten um Informationen und bekamen sie nicht, dann darum, die Leiche zu sehen, was nicht möglich war. Es gab keine Dolmetscher, keine Sozialarbeiter, keine Anwälte.

40 Leute packten ihre Habseligkeiten, lösten von ihrem Taschengeld eine Bahnfahrkarte und standen wieder vor dem Tor der Hessischen Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge (HGU) in Schwalbach/Taunus, von wo sie in die Ex-DDR überführt worden waren. Aber dort wollte man sie nicht mehr haben.

Im Herbst letzten Jahres hatte sich die Innenministerkonferenz auf eine neue Verteilung der Flüchtlinge in die einzelnen Bundesländer geeinigt. Demnach sollten die Länder der ehemaligen DDR 20 Prozent aufnehmen. Die Gemeinden, in denen auf die Schnelle Unterkünfte hergerichtet wurden, reagierten häufig mit schroffer Ablehnung. Quer durch die Parteien bis hin zur PDS waren unverhohlen rassistische Töne zu hören. Trotzdem begann man ab Anfang Dezember, Asylsuchende in die Ex-DDR zu verfrachten. Inzwischen sollen dort mehr als 8.000 untergebracht worden sein.

Schon am 20.12. kamen die ersten wieder. 105 Afrikaner kehrten aus Halberstadt in Sachsen-Anhalt, wo sie mit unzumutbaren Zuständen in einer ehemaligen Sowjetkaserne konfrontiert waren, nach Schwalbach zurück. Die HGU ließ sie draußen in der Kälte stehen, bis sie einwilligten, wieder nach Halberstadt gefahren zu werden. Seit Anfang März finden sich in Schwalbach wöchentlich 20 bis 30 Menschen ein, die aus Delitzsch, Eisenhüttenstadt, Klötze, Geisa, Katzhütte, Gerstungen, Halberstadt, Tambach-Diethartz zurückfliehen. Sie berichten von Überfällen, Schlägen, Tritten, Drohungen und einer breiten Palette von Grobheiten und Geschmacklosigkeiten, die der Germane für Fremde bereithält.

Aber Vorschrift ist Vorschrift. Der schon abgewählte, aber noch amtierende hessische Sozialminister Trageser (CDU) zögerte nicht, an der Gruppe aus Leisnig, der man in Schwalbach schlecht die Aufnahme übers Wochenende verweigern konnte, ein Exempel zu statuieren. Schon wegen der »Nachahmungsgefahr« könne es nicht sein, »daß jeder Asylsuchende selbst entscheide, wo er untergebracht werde« (»FAZ«, 5.3.91). Sie müßten zurück nach Sachsen, wenn auch an einen anderen, »sicheren« Platz. In dieser Situation fuhren Leute von der Linken Liste Frankfurt, vom autonomen Zentrum und vom Frankfurter Flüchtlingsbeirat kurzerhand nach Schwalbach, nahmen die Leute mit, die am meisten von der Abschiebung nach Sachsen bedroht waren und brachten sie in Privatquartieren unter. Derart zum Politikum geworden begannen Initiativen und Einzelpersonen, eher zögerlich, Stellungnahmen zu dem Konflikt abzugeben. Multikulturdezernent Daniel Cohn-Bendit bat Wallmann mindestens um Aufschub, karitative Verbände schlugen vor, jedenfalls kurzfristig die Verteilung von Flüchtlingen in die neuen Bundesländer zu stoppen.

Schließlich gestand man wenigstens der Leisniger Gruppe zu, in Hessen bleiben zu dürfen. Ansonsten gab HGU-Leiter Möser die Anweisung an das Wachpersonal: »Schwalbach akzeptiert niemanden mehr, es sei denn, die Person ist halbtot«. So wird am Abend des Ostersonntags einer rumänischen Familie der Einlaß verwehrt, die in Zwenkau bei Leipzig zusammengeschlagen worden ist. Leute vom Solidaritätskomitee holen sie ab - die Frau muß mit erheblichen Kopfverletzungen stationär in ein Krankenhaus.

Parallel zur Verweigerung der Rückkehr versucht die HGU weiterhin unter Anwendung von Drohungen und Zwang Transfers in die Ex-DDR durchzusetzen. Das hat am 5.4. zum Suizidversuch eines Marokkaners geführt. Kurz vor Abfahrt des Busses bat er, die Toilette aufsuchen zu dürfen, wo er sich die Pulsadern aufschnitt.

Hessen hat inzwischen seine zweite rot-grüne Landesregierung, und die neue Sozialministerin, Iris Blaul von den Grünen, gab zunächst einen Erlaß heraus, wonach in Schwalbach bleiben kann, wer in den neuen Bundesländern Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden sei. Das Solidaritätskomitee glaubt nicht, daß sich dadurch Wesentliches ändert. Beispielsweise werde in Schwalbach den Flüchtlingen, die die Fahrt in die Ex-DDR verweigern, jede Versorgung, auch medizinische, vorenthalten. Das habe in den ersten Tagen sogar für den verletzten Marokkaner gegolten.

Die Transfers in den Osten und die unhaltbaren Zustände dort, meinen die Leute von der LiLi und vom Flüchtlingsbeirat, seien der deutschen Asylpolitik nicht unwillkommen, dienten sie doch dem Abschreckungskonzept, wie es von Lafontaine bis Stoiber für richtig gehalten werde.

Besuch in Schwalbach zum sonntäglichen Plenum von Flüchtlingen und Solidaritätskomitee: Die HGU liegt zwischen einer US-Kaserne und der Autobahn, Baracken, Stahlcontainer als Babywickelräume, eine armselige Unterkunft, fades Mittagessen, abweisende Wachleute. Hier sei es gut, strahlen die Leute, die den Sachsen entkommen sind. Das ist ihr »Anspruchsdenken«, von dem die »FAZ« kundig zu berichten weiß und das drüben wie hüben »berechtigtes Unverständnis« auslöse. Hier ist es gut: Für einen anderen Job blättere ich im »FR«-Archiv Berichte über Brände, Industrieunfälle etc. durch. Ich finde Dutzende von Brandanschlägen auf Asylunterkünfte, Ausländerwohnheime, Geschäfte und Büros von Ausländern, nein Hunderte, jede Woche, in jedem alten Bundesland.

Konkret 05/91, S. 44

Michael Scharang

Die Sehnsucht des Geistes nach dem Tornister

Zu Recht nennt die Phrase das antike Griechenland die Wiege der abendländischen Kultur: Marmorn liegt darin der prototypische Kopf, als tiefsinnig gerühmt, dessen Tiefsinn jedoch nicht hinabreichte unter die Wiege, wo die Sklaven vegetierten, die jenem Kopf als Nutztiere galten, nicht einmal Menschen hießen und deren Leben nichts bedeutete.

Daß die antike Sklavengesellschaft zu keiner späteren Zeit als abstoßend empfunden wurde, rührt daher, daß alle folgenden Herrschaftsformen, einschließlich der bürgerlichen, die jeweils vorangegangene teils zwar überwanden, im wesentlichen aber weiterentwickelten, mit dem einen gleichbleibenden Ziel, den Kern all dieser Gesellschaftsordnungen, daß eine privilegierte Minderheit über eine entrechtete Mehrheit herrscht, unbedingt zu bewahren; mittlerweile wünscht die Mehrheit sich nur noch, daß Geschichte stehen bleibt, da die Erfahrung sie lehrt, daß jeder Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse neue Erschwernisse auf dem Fuß folgen.

So gern man sich zur Niederhaltung der Mehrheit technischer Neuerungen bedient, so ungern wird auf die bewährten Mittel verzichtet, so daß, wer als Zuschauer in die Welt träte, sich in einem Museum doppelten Schreckens fühlte, in dem alles, was zur Tortur und zur Vernichtung der Menschen erfunden wurde, nicht nur ausgestellt, sondern auch angewandt wird, und wo man akribisch darauf achtet, daß von allen staatlichen Verbrechensarten aller Zeiten, von der Auslöschung des einzelnen bis zum Massenmord, möglichst wenig verloren geht.

Dem Geist ist das Kunststück aufgegeben, die Kontinuität des Schreckens in kulturelle Epochen zu gliedern und der Mörderkultur, gegen die der Begriff des Sinns sich längst sträubt, geschichtlichen Sinn zu verleihen. Daneben hat der Geist für Fortschritt zu sorgen, sofern dieser auch der Sicherung von Herrschaft dient, worauf die gesicherte Herrschaft für die Ehrung des Geistes als einer unabhängigen Instanz sorgt Voraussetzung dafür, sich der Unwahrheit zu verschreiben, ist ja, daß der Geist sich wahrheitswidrig als autark versteht.

Geist birgt in sich aber auch die Fähigkeit, seine uralte Zwangsverpflichtung zur Lüge zu reflektieren und nicht länger als heller Stern über den Dingen zu stehen, ohne Licht in sie zu bringen, sondern endlich sich selbst erhellen zu lassen von den Dingen, indem er sich als ihresgleichen unter sie mischt. Anders gesagt: Er kann auch rebellisch werden.

Massiv rebellisch wurde er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Karl Marx, wie überragend auch immer, war in diesem Aufstand der Köpfe einer von vielen. Als exemplarisch gilt der Aufstand bis auf den heutigen Tag, da die gegnerische Seite, das machthabende Bürgertum, aus dieser Auseinandersetzung auf eine Weise hervorging, die, ebenfalls bis heute, in Siegerkreisen als exemplarisch gilt.

Ein gewisser Fortschritt wurde im Ende der Feudalordnung, der direkten Herrschaft des Menschen über den Menschen, zwar gesehen, einer Zustimmung konnte sich die neue Herrschaft, die bürgerliche Geldordnung, jedoch nicht erfreuen, im Gegenteil, außer den wenigen Nutznießern war im vorigen Jahrhundert kaum jemand davon zu begeistern, daß Fortschritt sich darin erschöpfen sollte, die Raffgier als einzige gesellschaftliche Triebkraft zu installieren; selbst der angeblich unpolitische Dandy empfand die Geldherrschaft bestenfalls als stupid und deren Repräsentanten, die Bourgeoisie, unter Nachsicht aller Taxen als degoutant.

Zwei Ziele steckte sich die junge bürgerliche Macht, beide erschienen, wie später die Ziele der Faschisten, als wahnhaft und zeigten sich dann doch als leicht realisierbar: mit den modernen Mitteln eine Herrschaft zu entfalten, dergegenüber sich jede bisherige als kümmerlich erweisen sollte; und, vordringlicher noch, Verfügungsgewalt zu erreichen über Wort und Geist, die, aufsässig geworden, den Bürger, statt ihn zu feiern, wahrheitsgemäß als Tiefpunkt der menschlichen Entwicklung darstellten. Deshalb industrialisierte der Bürger Wort und Geist, stellte sie in seinem Zeitungsunternehmen an und ruhte nicht, bis er beide, Wort und Geist, unter seinem Diktat, nach seinem Geschmack und zu seinem Profit zum Journalismus herabgewürdigt hatte.

Ob er damit auf allen Linien, nicht nur in der materiellen Produktion, sondern auch in der Verfügung über den Geist, gewonnen hatte, das war bis zum Ausbruch des 1. Weltkriegs die große Frage. Denn es hatte sich zum kritischen Geist ein oppositioneller in Gestalt der Arbeiterbewegung gesellt, welcher den Beweis, daß der Bürger unter Freiheit nur die eigene versteht, nicht nur im Kopf, sondern auch in der Hand hatte. Viele Länder erfaßte die Bewegung, und bald galt als ausgemacht, daß man den rivalisierenden Bürgern, wenn man ihnen schon die Arbeitskraft verkaufen mußte, nicht auch noch im Krieg die Haut verkaufen würde.

Als dann aber die sozialdemokratischen Arbeiterführer in den jeweiligen Ländern die Hand für den Krieg hoben, für ein unermeßliches Gemetzel somit unter denen, für die sie zu sprechen gehabt hätten, verloren auch Dichter und Denker Sprache und Verstand und schlossen sich mit jenen Arbeiterführern zur moralischen Kriegsführung zusammen, so eng und bedingungslos, daß jemand wie Karl Kraus, der Abscheu empfand vor solcher Niedertracht, sich nach eigenem Zeugnis als Narr fühlen mußte.

Vor dem Absinken in dieser Scheiße retteten Kunst und Theorie sich in Kompromißlosigkeit, rettete Praxis sich in Revolution; die Frage, ob Kraus und Webern scheiterten, ob Benjamin und Adorno irrten, ist so lächerlich und spießig wie die nach der Berechtigung der Oktoberrevolution. Bei Fortdauer bürgerlicher Herrschaft wird auch die Anstrengung immer verzweifelter, die Erinnerung zu bewahren an die einfachsten Einsichten von früher, zum Beispiel, daß Geldordnung und Bürgertum, mögen mittlerweile Millionen anderer Ausdrücke gedruckt worden sein, weiter nichts als stupid und degoutant sind.

Da seit 1914 nicht nur die Herzen der Nation, sondern auch die der Intelligenz dem Establishment ausgerechnet dann zufliegen, wenn es Krieg führt, brauchte man sich nicht zu wundern, daß das während des Golfkriegs nicht anders war obwohl jeder wußte, daß, wenn jene Weltmacht, deren Ordnung der chaotischen Bewegung des schnellen Geldes nachgezeichnet ist, einen Krieg führt, dieser erst beginnt, nachdem die Weltmacht ihn gewonnen hat. Dennoch schulterte der Geist, als er die Trillerpfeife des FDL (des Führenden Deutschen Linksintellektuellen) vulgo Enzensberger vernahm, den Tornister und rückte, wo immer er saß, ein.

Kritik und Opposition, gewohnt, sich daran zu schärfen, daß die Staatsgewalt sich gegen sie, gegen den inneren Feind, richtet, fühlen sich im Krieg, wenn die Staatsgewalt sich nach außen konzentriert, geradezu alleingelassen und haltlos. In dieser Situation vermag der Staat ohne Müheden inneren Feind zu animieren, sich mit ihm, dem Staat, gegen den äußeren zu verbünden.

Nach der kurzen Lust des Geistes, einmal nicht geschlagen zu werden, sondern in einem Artikel zuschlagen zu dürfen, richtet sich seine Aggression, die ihm durch Verrat zuwuchs, gegen sich selbst denn wirklich gebraucht wird er ja in einem wirklichen Krieg nicht. Alles, was zu sein er sich bemüht hat, friedliebend, menschenfreundlich, denunziert er aus Wut und aus Scham darüber, daß er sich für einen Augenblick hinreißen ließ, an der Seite des Stärkeren sich wohl zu fühlen. Nicht die Käuflichkeit des Geistes ist das Erschreckendste, sondern seine Autoritätssucht. Statt liebevoll über seinen Niederlagen zu grübeln, verlangt es ihn nach Siegen. Versteht er sich als links, ruft er fortwährend nach Hegemonie, nach kultureller mit Vorliebe, als wiese nicht Kultur, insbesondere antibürgerliche, jede Hegemonie als wesensfremd von sich.

Der Sowjetunion gegenüber zog der linke Geist es vor, ihr in Liebe oder in Haß verbunden zu sein, statt sich ihr forschend zu nähern. Nun, da die Gefühlsautorität wegfällt, steht er bewundernd vor dem Sieger, dem Kapitalismus. Schuld daran ist wohl auch der autoritäre, vom Bildungsbürgertum sich herleitende Wahn, Einsichten in ihrer originären Gestalt, zum Beispiel die Schriften des Karl Marx, seien eigentlich niemandem zumutbar, sie müßten popularisiert werden. Das Ergebnis war ein Marxismus, auf dessen Sparflamme jedes Würstel sein Süppchen kochen konnte, da eines ohnedies feststand: daß es nicht ausgelöffelt werden mußte.

Diese Schmach des Geistes, nur mehr eine Attraktion in der Geisterbahnzu sein, läßt einen deshalb nicht verzweifeln, weil er nichts anderes verdient hat. Andererseits: Geist birgt in sich immer noch die Fähigkeit, seine uralte Zwangsverpflichtung zur Lüge zu reflektieren und nicht länger als heller Stern über den Dingen zu stehen, ohne Licht in sie zu bringen, sondern sich endlich erhellen zu lassen von den Dingen, indem er sich als ihresgleichen unter sie mischt mein Gott, das hatten wir doch schon!

Michael Scharang schrieb in KONKRET 3/91 über Enzensbergers Verdienste um das deutsche Exportvolk

Konkret 05/91, S. 46

Georg Fülberth

Zivilgesellschaft als Nationalreligion

»Die Zivilgesellschaft erweist sich als das gemeinsame Boot von Liberalen, Libertären und durchgeweichten Marxisten. Kaum jemand von ihnen fragt, ob es am Ende nur im Swimming-Pool eines Flugzeugträgers kreuzt« - Anmerkungen zur Karriere eines undeutlichen Begriffs

Wenn ein römischer Imperator einen Krieg gewonnen hatte, wurde ihm vom Senat ein Triumphzug bewilligt. Hier führte er die geschlagenen feindlichen Feldherren und Abordnungen der besiegten Völker mit sich. Diese kamen in ihrer Landestracht. Es werden wohl auch die Waffen der Unterworfenen gezeigt worden sein.

Der gegenwärtig triumphierende Kapitalismus hat nicht nur viele Überläufer gewonnen, sondern er kramt auch in den Archiven der Besiegten. Teilweise liefern diese ihre Schätze freiwillig aus, in der Hoffnung auf Schonung ihrer Person. Passende Waffen, die ihm charakteristisch erscheinen, stellt der Triumphator in seine Museen. Falls er sie selbst weiterverwenden will, übernimmt er sie in sein eigenes Arsenal. Manches Stück wechselt auf diese Weise zum zweiten Mal den Besitzer: von den Linken den alten Unterdrücker-Klassen weggenommen, kehrt es jetzt zu diesen zurück.

Hierher gehört der Terminus »Zivilgesellschaft«, welcher gegenwärtig an der Diskursbörse boomt. Worum mag es sich da handeln?

Als die junge Bourgeoisie sich in England während des 17. Jahrhunderts die Herrschaft des Adels vom Halse schaffte, tat sie dies im Namen der »bürgerlichen Gesellschaft«, welche sie zugleich für das Ganze des Volkes ausgab. Den geschlagenen Feind identifizierte sie als Despoten. Thomas Hobbes hatte in seinem »Leviathan« den absolutistischen Staat (der allerdings nicht in Großbritannien, sondern auf dem Kontinent seine klassische Form fand) als notwendig dargestellt. Die naturbelassene Gesellschaft, so lehrte er, sei nicht imstande, sich selbst zu verwalten. Ohne das Dazwischenfahren des Staates herrsche da der Krieg aller gegen alle. Das siegreiche Bürgertum aber fand sich bei John Locke wieder: Die »Civil Society« war für diesen der Zusammenschluß der freien Individuen, die ihren Lebensunterhalt nicht durch die Auspressung anderer, sondern durch ihre Arbeit erwarben und durch diese auch ihr Eigentum legitimierten. Die Beziehungen, welche zwischen ihnen bestanden, erforschte dann die bürgerliche politische Ökonomie.

Bei einiger Konsequenz, die sie durchaus aufbrachte, konnte sie zu einem unbehaglichen Ergebnis kommen, auf welches die Herrschaftspraxis ihrer Klasse allerdings schon lange gestoßen war: Es gab nicht nur den Unternehmer, sondern auch das Proletariat. Gewinn war - das wußte bereits Adam Smith - arbeitsloses Einkommen, und daß dieses sich umgekehrt proportional zum Lohn verhielt, zeigte David Ricardo. Gleichheit gab es allenfalls in den Versprechungen der politischen Verfassung, und diese ließen die Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft unberührt. »Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen, einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das egoistische unabhängige Individuum, andrerseits auf den Staatsbürger, auf die moralische Person.« So schrieb der fünfundzwanzigjährige Marx. Die bürgerliche Gesellschaft war schon damals für ihn nicht mehr das letzte Wort, sondern - aber zitieren wir ihn doch noch einmal: »Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine ‘forces propres’ als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.«

Mag sein, daß Sie, geneigte Leserin und lieber Leser, sich einst von diesen Sätzen beschwipsen ließen, daß Ihnen heute dabei aber recht schwül wird. Tatsächlich befinden Sie sich hier jenseits der sozialen Physik der Civil Society mit ihrer Berechenbarkeit von Angebot und Nachfrage, Recht und Gesetz. Sie war, laut Marx, aufzuheben. Doch als Hegelianer meinte er dabei auf die Dialektik von Staat und Gesellschaft, Theorie und Aktion nicht verzichten zu können. Das siegreiche Proletariat müsse die politische Gewalt für seine eigenen Zwecke benutzen. Die alte Exekutive, welche im Absolutismus herausgebildet worden war, und der Parlamentarismus durften es allerdings nicht sein. Diese Formen mußten zerschlagen und durch einen neuen Staat ersetzt werden, der nur für eine Übergangszeit bestehen und noch während seines Funktionierens »absterben« sollte, während er die Voraussetzung aller politischen Ordnungen, die Klassengesellschaft, jetzt also: die bürgerliche Gesellschaft, aufhob. Ob er etwas taugte, mußte sich daran zeigen, ob er einen solchen Zweck tatsächlich zu erfüllen imstande war.

Diese Strategie legitimierte sich durch die Annahme, nunmehr wissenschaftlich exakt über das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft informiert zu sein und damit auch über die Kenntnis dessen, was aufzuheben war, zu verfügen. In der Einleitung seiner Schrift »Zur Kritik der Politischen Ökonomie« (1859) hatte Marx festgestellt: »In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich

ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen.« Aber das war ja nur die Voraussetzung der Arbeit, die jetzt zu leisten war, Historischer Materialismus als Produkt einer Serie von Geniestreichen bis 1848, noch nicht kapitalismus-spezifisch. Die »ökonomische Struktur« der zeitgenössischen Gesellschaft mußte nun noch analysiert werden, und der springende Punkt war, das kam später heraus, der Mehrwert. Das Ensemble von juristischen, politischen und kulturellen Verhältnissen, in dem dieser Kern steckte, war auf ihn bezogen. Gab es ihn aber nicht, wurde es selbsttragend. Dieser Auffassung konnte die bürgerliche Nationalökonomie sein, denn sie hatte Marx' Voraussetzung: die Gültigkeit von Ricardos Arbeitswertlehre, aufgegeben. Das war nicht nur ideologische Kopffechterei, Verrat an der Wissenschaft zugunsten der Profit-Apologie. Tatsächlich nämlich liegt in der Voraussetzung der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie, der von Ricardo übernommenen und sie qualitativ weiterentwickelnden Arbeitswertlehre, zugleich ihre schwache Stelle insofern, als sie bis heute - ebenso wie die »marktwirtschaftliche« Gegenposition - ausschließlich Hypothese geblieben ist. Wird sie nicht verifiziert, dann ist die bürgerliche Gesellschaft nicht in erster Linie konstituiert durch die Ausbeutung in der Produktion, sondern sie ist - zum Beispiel in der Terminologie der Frankfurter Schule - nur noch »Tauschgesellschaft«. Ihr archimedischer Punkt muß dann noch gefunden werden, und es ist denkbar, daß er nicht in der Ökonomie liegt, auch gar kein Punkt ist, sondern daß die Gesamtheit sozialer Beziehungen gleichzeitig umgewälzt werden muß.

Als Gewährsmann dieser Strategie gilt Antonio Gramsci. Die Eroberung des Staates allein reichte seiner Auffassung nach nicht aus. Die russische Revolution mochte da bei einigen Genossinnen und Genossen Illusionen geweckt haben. Staatliche Macht war für sie der zentrale Hebel. (Denken Sie doch einmal an ihre Fernseh-Erlebnisse 1975: Eben noch schienen MPLA und Frelimo ohne Chance, dann waren sie die Sieger, und beidemale war - zunächst - der Besitz der Hauptstadt entscheidend. Und wie ganz anders lief es damals schon in Portugal!) In den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften des Westens aber genügte der Staat als Mittel zum Zweck keineswegs. Die bürgerliche Gesellschaft selbst mußte umgewälzt sein. Gelang das nicht, blieb der ausschließlich politische Akt ein Theater-Ereignis. Sie erinnern sich: »Im Osten war der Staat alles, die bürgerliche Gesellschaft steckte in ihren Anfängen, und ihre Konturen waren fließend. Im Westen herrschte zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft ein ausgewogenes Verhältnis, und, erzitterte der Staat, so entdeckte man sofort die kräftige Struktur der bürgerlichen Gesellschaft. Der Staat war lediglich ein vorgeschobener Schützengraben, hinter dem eine robuste Kette von Befestigungen und Kasematten lag, natürlich mehr oder weniger von Staat zu Staat, aber gerade dies erforderte eine eingehende Erkundung im Landesmaßstab.« (Gramsci)

Die bürgerliche Gesellschaft - »società civile« - hatte eine wichtige kulturelle Dimension. Der Alltag, die Gewohnheiten, die Art des Produzierens festigten sie, auch die Unterklassen trugen zu ihrer Legitimation bei. Die staatliche Repression war ein zusätzliches, nicht das einzige und nicht das alleinentscheidende Mittel ihrer Kräftigung. Also war sie schwer umzuwälzen. Kulturelle Hegemonie der Arbeiterbewegung, an deren Herbeiführung die »organischen Intellektuellen« des Proletariats einen zentralen Anteil hatten, wurde bei Gramsci unabdingbar für die Revolution. Solange diese nicht gelang, war die »società civile« eine konterrevolutionäre Tatsache.

Nun wird Gramsci aber zugleich ein positives Verhältnis zur »Zivilgesellschaft« zugeschrieben. Sie sei für ihn nicht nur Ort bürgerlicher Herrschaft gewesen, sondern zugleich der Entfaltung individueller und kollektiver Bedürfnisse und Fähigkeiten, auch im Proletariat. Dieser Aspekt spielt in der gegenwärtigen Rezeption von Gram-sci die größte Rolle und stand auch im Mit-telpunkt der Würdigungen anläßlich sei-nes hundertsten Geburtstages im Januar 1991.

Durchaus denkbar ist auch, daß Sabine Kebir recht hat, die davor warnt, die Begriffe »società civile« und »bürgerliche Gesellschaft« bei Gramsci als identisch zu setzen. Erstere beschränke sich vielmehr auf die kulturelle Vergesellschaftung, während die letztere, nämlich die kapitalistische Produktionsweise, bei ihm als »società borghese« firmiere.

Antonio Gramsci ist in Deutschland - im Unterschied zu Italien - weit weniger bekannt und erforscht, als angesichts des Kults, der seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten mit seinem Namen verbunden ist, erwartet werden darf. Wer sich in politischer Absicht auf ihn beruft und das Wort »società civile« im Munde herumwälzt, muß ihn keineswegs gelesen haben. Sein Werk dient als Zitaten-Steinbruch, und ins Deutsche ist er bislang nur spärlich übersetzt. Erst jetzt beginnt der »Argument«-Verlag mit einer Gesamtausgabe der »Gefängnis-Hefte«, und wer sie dann wirklich studiert hat, wird sagen können, ob sie eine stringente Theorie enthalten und nicht in erster Linie faszinierende Beobachtungen und Reflexionen sowie ein Forschungsprogramm. Möglich ist immerhin, daß Gramsci literarisch und philosophisch vor allem ein genialer Projektemacher gewesen ist, von dessen Schriften, da er zugleich politischer Führer und Märtyrer war, die Interpretinnen und Interpreten mehr erwarten, als was im Text tatsächlich der Fall sein konnte. »Hegemonie« und »Zivilgesellschaft« sind nun seit langem schon Modewörter des linken Marktes, wobei das Werk des italienischen Kommunisten häufig nur eine angebliche Legitimation eigener aktueller Absichten der jeweiligen Verwerter(innen) darstellt. Für den Zustand linker - und auch nichtlinker - Intelligenz ist dabei nicht aufschlußreich, was Gramsci wirklich gesagt hat - dies weiß kaum jemand; sondern was sie selbst drucken läßt. Die gängige Mehrheits-Interpretation des Begriffs »società civile« stellt einen ungedeckten Wechsel dar, der beim Versuch seiner Einlösung leicht platzen kann.

Bereits das Kommunistische Manifest benannte Aspekte kultureller Emanzipation in der bürgerlichen Gesellschaft, Lenin wurde nicht müde, auf das progressive Potential im Kapitalismus, welches in Rußland bislang gefehlt habe, hinzuweisen. Gramsci ist viel weitergegangen: Er zeigt, daß die unterdrückte Klasse Alltag, Produktion und Kultur der bürgerlichen Gesellschaft sich dort anverwandeln kann und muß, wo das nicht zugleich Verinnerlichung ihrer Subalternität bedeutet, und daß dies eine Voraussetzung der Emanzipation ist. Diese Form vorrevolutionärer Vergesellschaftung ist ein Element der künftigen Ordnung, und sie bleibt deshalb erhalten, wenn die Herrschaft des Kapitals beseitigt ist. Die bürgerliche Gesellschaft wird dann nicht mehr bestehen. Die auf Locke zurückgehende Tradition verhält sich zur »Cicil Society« affirmativ, die marxistische bezeichnet mit der »bürgerlichen Gesellschaft« den zentralen Ort der Unterdrückung und Selbstunterdrückung, die Stellung, welche Gramscis »società civile« hier einnimmt, läßt sich beim gegenwärtigen Stand seiner Erforschung offensichtlich noch nicht bestimmen.

Diese teils manifesten, teils zumindest nicht auszuschließenden Unterschiede sind belanglos in einem unsäglichen Gerede, das in den letzten beiden Jahren in der Bundesrepublik losgebrochen ist. Die bürgerliche Gesellschaft ist da zur »Zivilgesellschaft« mutiert, in welcher das affirmative Verständnis von »Civil Society« und das noch ungeklärte von »società civile« eine einheitliche Soße bilden.

An diesem Durcheinander trifft die Vertreterinnen und Vertreter der liberalen Variante die geringere Schuld. Sie sind zumeist ehrlich und haben mit Gramsci wenig im Sinn. Ulrich Rödel, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel widmen ihr Suhrkamp-Taschenbuch, das den Titel »Die demokratische Frage« trägt, »den gewaltlosen Vorkämpfern der Zivilgesellschaft in Polen, Ungarn und China«. In einer Fußnote verweisen sie an anderer Stelle korrekterweise auf John Locke. Das gleiche offen affirmative Verhältnis zum Gegenstand hat Thomas Schmid in seinem Buch »Staats-Begräbnis. Von ziviler Gesellschaft«. Hier - wie auch in den Schriften von Claus Leggewie - äußert sich der metropolitane Citoyen, welcher sich beim Genuß der Wonnen, welche ihm der Imperialismus bietet, nicht gern durch zu viel Staat stören läßt und schnell rebellisch wird oder wehklagt, wenn es ihm nicht zivil genug zugeht. Gramsci bedeutet ihm nichts.

Auf diesen beriefen sich dagegen gern die italienischen Eurokommunisten in den siebziger Jahren. Daß mitten im Kapitalismus ein Stück Sozialismus geschaffen werden könne - durch Kommunalpolitik, Genossenschaften, Parlamentarismus, Gewerkschaften , das hatten am Anfang des Jahrhunderts schon die deutschen Revisionisten gelehrt. Für eine Wende in der kommunistischen Bewegung konnten sie allerdings schlecht zitiert werden. Also Gramsci. Die »società civile« wurde als eine Art befreites Gebiet gesehen. Wer sich dort einfand, brauchte sich bald keine Gedanken mehr darüber zu machen, ob nicht doch auch die Eigentumsordnung zu ändern wäre.

Die Berufung auf die Zivilgesellschaft diente zugleich der Auseinandersetzung mit dem realen Sozialismus. Gramsci hatte, wie gezeigt, darüber reflektiert, weshalb die Revolution in Rußland vergleichsweise schnell sich hatte durchsetzen können: Es gab keine »società civile« als Hemmnis. Jetzt wurde das Vorzeichen verändert: ohne Zivilgesellschaft kein Sozialismus.

Die deutsche Übersetzung dieser Lehre findet sich seit den siebziger Jahren in der theoretischen Arbeit der Zeitschrift »Das Argument« und ihres Herausgebers Wolfgang F. Haug. Der vierte Teil seines 1989 erschienenen Buches »Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken« trägt den Titel »Die Entdeckung der Zivilgesellschaft«. Hierher gehört die »Politische Kultur«. Die Frage, ob Haug dieses Buch heute noch einmal so schreiben würde, ist interessant. Inzwischen hat, was als »Zivilgesellschaft« gedeutet werden sollte, sich recht schnell als Kapitalismus - wenngleich zunächst noch in der Form der Ruine eines einst angestrebten Realen Sozialismus - entpuppt.

An dieser Stelle muß die Frage gestellt werden, ob das, was als »società civile« so angenehm an den letzten Italien-Urlaub erinnert, ohne die häßlichen Seiten der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt zu haben ist. Da es sich um ein aktuelles politisches Projekt handelt, können wir auf die Ergebnisse künftiger Gramsci-Philologie wohl doch nicht warten. Henning Melber, der dieses Modell gern auch auf Entwicklungsgesellschaften übertragen sähe, hat immerhin den Zweifel, es könne »der relativierende Einwand geltend gemacht werden, daß das Konzept der ‘Zivilgesellschaft’ letztlich doch in einem direkten Bezug zum Grad der Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse innerhalb einer Gesellschaft steht.« Und Sabine Kebir kommt zu dem Schluß, »daß in Ländern, in denen soziale Spannungen aufgrund der Weltmarktverhältnisse immer größer werden, die Voraussetzungen für zivilgesellschaftliche Entwicklungen eigentlich nicht gegeben sind«. Diese wären also eher etwas für feine Leute in feinen Ländern. So sehen es offensichtlich auch Kebirs Interviewer von der Zeitschrift »Sozialismus«: »Ausgehend vom Wahlrecht umfassen zivilgesellschaftliche Aktivitäten all das, was ohne Sanktionen und gesetzliche Verpflichtung wirkt, aber dennoch kollektiven Druck ausübt und damit - wie Gramsci sagt - ‘direkt oder indirekt die öffentliche Meinung beeinflußt’, mithin alle sog. privaten Organisationen wie Parteien, Kirche, Gewerkschaften, Schulen, Bibliotheken, Zirkel, Clubs bis hin zur Architektur und zur Presse als dem dynamischsten Teil.« Und Frau Kebir kommt zu dem Ergebnis, daß die Herrlichkeit schon ein Ende hat, wenn sie zum Frühstück keine Zeitung bekommt oder nicht viel drinsteht: »Auch die gegenwärtig im Golf-Krieg verhängte Pressezensur kommt einem partiellen Zusammenbruch der Zivilgesellschaft gleich.« Dabei haben wir in den letzten Wochen aber immer wieder gehört, daß diese gerade in jenem Fall sich gegen ein Unwesen zur Geltung zu bringen hatte, welches aufgrund seiner ungünstigen Stellung

im internationalen System der sozioökonomischen Übervorteilung nimmermehr eine »società civile« hervorzubringen imstande war, in der z.B. konsumfreudige Citoyens und Citoyennes sich wohlfühlen könnten.

Um »eingehende Erkundung im Landesmaßstab« handelt es sich da nicht mehr, sondern um die Zurückschneidung der Zivilgesellschaft zur Idylle durch Verleugnung der Barbarei, auf welcher sie ganz offensichtlich beruht. Wer ihre einzelnen Elemente untersucht, wird dabei böse alte Bekannte aus der Konstituierungsphase der bürgerlichen Gesellschaft wiederfinden, nämlich Nation und Religion.

Der Staat freilich ist so alt wie die Klassengesellschaft, weit älter als der Kapitalismus. In der Schlußphase des Feudalismus bildete er ein Element aus, welches (anders als die römische Antike oder die frühen asiatischen Despotien) das Mittelalter bis dahin nicht gekannt hatte und auf das die danachfolgende bürgerliche Gesellschaft bis heute nicht verzichten konnte: die starke Exekutive. Dieser vom Absolutismus erzeugte Apparat ging später in die Hände der Bourgeoisie über, und wenn er durch Demokratie gesteuert und mit Sitten und Gebräuchen unterfüttert ist, wäre das seine »zivilgesellschaftliche« Ergänzung. Zum Wesen des modernen Staates gehörte in seiner Entstehungsphase die scharfe ökonomische (Merkantilismus), juristische und militärische Abgrenzung nach außen und die Homogenisierung nach innen. In diesem Zusammenhang entstand die »Nation« als soziokulturelle Vergesellschaftungsform des durch die absolutistische Staatsgewalt auf einem nunmehr genau festgelegten Staatsgebiet zusammengepferchten Staatsvolks. Wichtigstes Medium war die Religion, genauer: die Konfession. Der Grundsatz »cuius regio eius religio« sorgte für die Einheitlichkeit im »Glauben« und für die Übereinstimmung des Volkes mit dem Fürsten in diesem Punkt. Die Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts waren zugleich Kämpfe zur Abgrenzung sich herausbildender absolutistischer Staaten nach außen und zur Planierung im Inneren. Das konfessionelle Kriterium sorgte im übrigen dafür, daß die Juden in den so sich bildenden »Nationen« keinen Platz fanden.

Die neuen soziokulturellen Formen, welche der späte Feudalismus hervorgebracht hatte, blieben in den bürgerlichen Revolutionen erhalten: Die aufständische Bourgeoisie proklamierte sich als mit der Gesellschaft identisch, als »Nation«, welcher der Fürst nun als fremdes Element entgegengestellt wurde. Dieser Konflikt war häufig konfessionell definiert: Die calvinistischen Niederlande rebellierten gegen den katholischen König von Spanien, in England verlor König Karl I. den Kopf durch ein protestantisches Eisen, und als fast eineinhalb Jahrhunderte später die nordamerikanischen Puritaner sich vom anglikanischen Großbritannien losrissen, begriffen sie das auch als einen konfessionellen Gegensatz. In dem Maße, in dem Ansätze eines Weltmarktes sich herausbildeten und Staaten der kapitalistisch werdenden neuen Zentren über andere Völker herrschten, nahmen die Legitimationsformen zu. Sehr populär wurden in diesem Zusammenhang Sprache und Kultur, unverzichtbar aber war allemal die Religion. Aufgeklärte Freigeisterei und Kosmopolitismus blieben Randerscheinungen. Nation und Religion waren als Mittel kapitalistischer Vergesellschaftung unverzichtbar. Dabei erwies sich eine Konfession, der Calvinismus, als besonders passend. Max Weber hat in seiner berühmten Studie »Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus« gezeigt, wie die Prädestinationslehre ihre Gläubigen anstachelte, im Geschäftsgewinn einen Anhalt dafür zu finden, daß sie nicht Verdammte, sondern Auserwählte seien. Von ihm stammt auch der Hinweis, daß dieser zunächst religiöse Antrieb später säkularisiert wird: Der berufliche Erfolg wird Selbstzweck. Schaut man genauer hin, wird aber bis heute auf eine ethische Begründung materieller Interessen so gut wie nie verzichtet: auf nationaler Ebene z.B. Sicherung von Arbeitsplätzen und Bedarfsdeckung, international etwa die Verteidigung der Menschenrechte als flankierende Maßnahme zur Sicherung der Stellung einer Nation auf dem Weltmarkt.

Doch ist es ein weiter Weg von den verklemmten Puritanern und patriotischen Bürgern zum welterfahrenen konsumfreudigen Citoyen. Seine Liberalität ist auf den ersten Blick nicht nationalistisch, denn seine kulturellen Neigungen gehen eher ins Kosmopolitische. Die Bornierung auf den eigenen Staat und die durch ihn vermittelten scheinbaren oder tatsächlichen Umverteilungs-Effekte sind mehr etwas für die Arbeiterklasse. Insofern erscheint Nationalismus dem Protagonisten der Zivilgesellschaft subaltern - wie die Religion, welche in den alten Zeiten vor allem dem gemeinen Volke, nicht aber den Gebildeten erhalten bleiben sollte. Der Weltbürger ist dagegen universellen Werten verpflichtet, und den Staat braucht er nur, wenn deren Gültigkeit gegen ökonomische Autarkiebestrebungen nicht-ziviler Gesellschaften durchgesetzt werden muß.

Das klassische Dokument dieses Denkens ist die von Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill am 14. August 1941 verkündete Atlantik-Charta: Zu den vom US-amerikanischen Präsidenten bereits im Januar desselben Jahres proklamierten»Vier Freiheiten« (Freiheit der Meinungsäußerung, Religionsfreiheit, Freiheit von Not und Furcht in dauerndem Frieden) kamen nun noch hinzu: Verzicht auf territoriale Eroberungen; freie Wahl der Regierungsform und gleicher Zugang zu den Rohstoff-Quellen. Dieser Katalog war auch die Legitimationsgrundlage z.B. für die Golf-Intervention 1991. Sein Universalismus ist insofern nationalistisch, als er demjenigen Staat, welcher ihn durchzusetzen bereit und in der Lage ist, eine Mission zuweist. Diese kann den Charakter einer Prädestination annehmen: im vorherbestimmten Schicksal (Manifest Destiny) der Vereinigten Staaten von Amerika, die universellen Werte zu verwirklichen. Massenhaft ist dieser Glaube offensichtlich immer wieder nur religiös zu vermitteln. Franklin D. Roosevelt betete öffentlich im Radio, George Bush berief sich im Januar 1991 auf God, und bald darauf setzte er einen nationalen Gebets-Tag sowie ein Gebets-Frühstück an. Auf eine innerweltliche Legitimation hat die kapitalistische Produktionsweise

in den angelsächsischen Ländern und in Deutschland sich bis heute nicht ausschließlich verlassen, oder, genauer: Sie mochte Allerhöchste Protektion nie völlig missen. Eine der Ursachen hierfür mag sein, daß freier Zugriff auf die Rohstoffe einer allgemeineren, menschenrechtlichen Begründung ungern enträt, und um beides zusammenzubringen, ist eine seelische Disposition vonnöten - die Hypocrisy - welche in christlicher Form nachgerade idealtypisch vorgebildet war und sich auch dort wiederholt, wo sie nur noch auf säkularisierte geistige Güter sich beruft.

Wir haben es hier also mit der US- amerikanischen Form der Zivilgesellschaft zu tun, die sich theoretisch auf John Locke beziehen läßt. Hier hat auch der grüne Citoyen, welcher seine Partei zur Schwester Vaclav Havels umgestaltet, seine Heimat, und wenn er ehrlich ist - warum sollte er es nicht sein? , läßt er Gramsci aus dem Spiel.

Gründliche Erforschung der Zivilgesellschaft wird auf den Zusammenhang ihrer reizvollen Seiten mit deren höchst unerfreulichen Voraussetzungen stoßen. Einen Beleg hierfür hat Rosa Luxemburg am Anfang ihrer Broschüre »Die Krise der Sozialdemokratie« gegeben. Aus dem Jahr 1915 blickt sie hier zurück auf den August 1914 und die Entwicklung seitdem: »Vorbei ist der Rausch. Vorbei der patriotische Lärm in den Straßen, die Jagd auf Goldautomobile, die einander jagenden falschen Telegramme, die mit Cholerabazillen vergifteten Brunnen, die auf jeder Eisenbahnbrücke Berlins bombenwerfenden russischen Studenten, die über Nürnberg fliegenden Franzosen, die Straßenexzesse des spionenwitternden Publikums, das wogende Menschengedränge in den Konditoreien, wo ohrenbetäubende Musik und patriotische Gesänge die höchsten Wellen schlugen; ganze Stadtbevölkerungen in Pöbel verwandelt, bereit, zu denunzieren, Frauen zu mißhandeln, hurra zu schreien und sich selbst durch wilde Gerüchte ins Delirium zu steigern; eine Ritualmordatmosphäre, eine Kischineff-Luft, in der der Schutzmann an der Straßenecke der einzige Repräsentant der Menschenwürde war. Die Regie ist aus. Die deutschen Gelehrten, die ‘wankenden Lemuren’, sind längst zurückgepfiffen. Die Reservistenzüge werden nicht mehr vom lauten Jubel der nachstürzenden Jungfrauen begleitet, sie grüßen nicht mehr das Volk aus den Wagenfenstern mit freudigem Lächeln; sie trotten still, ihren Karton in der Hand, durch die Straßen, in denen das Publikum mit verdrießlichen Gesichtern dem Tagesgeschäft nachgeht.«

Die Verfasserin schildert im folgenden die Geschäfte der Kriegslieferanten, die Zerstörungen, den Verfall von Zivilisation und fährt fort: »Geschändet, entehrt, im Blute watend, von Schmutz triefend - so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht wenn sie, geleckt und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt - als reißende Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit , so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt.«

Was hier beschrieben wird, ist die Verwandlung einer - in Deutschland damals allerdings nicht durchgehend mit dem allgemeinen Wahlrecht ausgestatteten - »Zivilgesellschaft« (dieses Wort kannte Rosa Luxemburg noch nicht) in eine kriegerische Veranstaltung. Wir alle haben schon sonntägliche Sommerfotos aus der Guten Alten Zeit gesehen: weite Röcke und Strohhüte. Sie geraten jetzt in kriegerische Bewegung. Die Autorin vermutet »Regie« (wohl staatliche) und irrt. Hier mag, zur Korrektur ihres Urteils, Erkenntnis über das Funktionieren von »Zivilgesellschaft« dienlich sein. Staatliche Anweisungen waren nämlich nicht nötig, die Konditoreien und Jungfrauen wandelten sich von ganz alleine und blieben zugleich dieselben. Was die »deutschen Gelehrten« anging, so waren sie zwar häufig gegen das perfide Albion aufgebracht, die linkeren unter ihnen (und die Sozialdemokratie) dagegen mobilisierten sich vor allem gegen das Zarenreich, dem es an demokratischer Bürgerlichkeit noch mehr fehle als Deutschland. Luxemburg polemisiert hier nicht nur gegen die kapitalistische Gesellschaft in Berlin, sondern auch in Frankreich und England. Dort aber kamen die Massen gegen die deutsche Autokratie in Wallung. Zur Verteidigung bürgerlicher Errungenschaften - auch der »Kultur« und der Demokratie - war dann jede Regression erlaubt.

Zweifellos stellte es einen Erkenntnisfortschritt dar, »Zivilgesellschaft« als nicht auf die Ökonomie beschränkten, relativ eigenständigen Bereich zu begreifen. Damit ist aber lediglich ein Feld der Beobachtung - für die praktische Politik: auch des Kampfes - abgesteckt, kein Wert entdeckt. »Zivilgesellschaft« kann eine sehr brutale Angelegenheit sein. Auch für große Teile faschistischen Alltags ist dieser Begriff anwendbar. Wenn andererseits in den nominalsozialistischen Staaten »Zivilgesellschaften« wirksam wurden, die sich gleichsam vom politischen Überbau selbständig machten, diesen dann eroberten oder gar zerstörten, dann ist das ein Indiz dafür, daß hier »bürgerliche« Strukturen teils fortwirkten, teils neu entstanden waren. Ein Drittes und vielleicht gar Viertes schließlich sind die Formen soziokultureller Vergesellschaftung in den alten kapitalistischen Demokratien des Westens oder in der postfaschistischen Bundesrepublik. »Zivilgesellschaft« erweist sich somit als eine analytische Kategorie, die z.B. gut geeignet ist für eine Überprüfung der Totalitarismus-These. Ihre Trennschärfe wird sich im Verhältnis zur Konvergenztheorie erweisen müssen. Innerhalb der Sozialwissenschaften kann hier die Einbeziehung ethnosoziologischer Frageweisen in die Geschichte, Politologie und Soziologie wirksam werden. Überall dort ist der Begriff der »Zivilgesellschaft« brauchbar. (Häufig ist er aber auch überflüssig, da konkrete Beschreibungen zuweilen genauer zeigen, was gemeint ist.) Auf keinen Fall aber handelt es sich dabei von vornherein um etwas Gewertetes oder gar »Positives«.

Was sagen wir nach alledem zu einem linksradikalen Denker, der die Zivilgesellschaft gegen den Bullenstaat mobilisieren will, ohne lange zu fragen, ob diese nicht selbst schon ein Teil des Schweinesystems ist? Hören wir Joachim Hirsch: »Ein

erhebliches Maß an längerfristiger staatlicher Planung und Intervention, d.h. von 'Durchstaatlichung' ist daher unverzichtbar. Zur Debatte stehen allerdings die Formen, in denen dies bewerkstelligt wird. Stärkung der zivilen Gesellschaft, institutionelle Demokratisierung sind die Stichpunkte, unter denen dies diskutiert werden muß. Die Wiederbelebung, Kräftigung und Politisierung dessen, was Gramsci 'società civile' genannt hat, ist die unverzichtbare Grundlage eines derartigen Prozesses.«

Ein weiteres Mal wird Gramsci eine einzige, linke Bedeutung von »Zivilgesellschaft« zugeschrieben. Nehmen wir dieses Vorzeichen weg, lassen sich - wie gezeigt - auch ganz andere Formen ihrer »Wiederbelebung, Kräftigung und Politisierung« denken. Hirsch stellt denn auch lieber einen eigenen Katalog des Wünschbaren auf: »Freilich kann es dabei nicht einfach um die Wiederherstellung der herkömmlichen 'bürgerlichen' Strukturen gehen, sondern um die Entwicklung neuer gesellschaftlicher und politischer Formen, nicht zuletzt um die Schaffung stabiler, von Parteikonkurrenz, Wahlarithmetik und bürokratischer Bevormundung befreiter politischer Diskussions- und Praxiszusammenhänge und einer darauf gegründeten, von den kulturindustriell flankierten staatlichen Apparaten unabhängigen Öffentlichkeit.« Das ist jedoch ohne den Begriff »Zivilgesellschaft« beschreibbar. Auf Gramsci mag Hirsch aber dennoch nicht verzichten, er entlehnt ihm einen weiteren Terminus, wiederum, wie üblich, nicht aus einem Original zitiert, sondern diesmal nach Buci-Glucksmann: »società regulata«. (Im Original wohl: »regolata«.)

Was aber mag eine positiv interpretierte »società civile« ökonomisch bedeuten? Joachim Bischoff und Michael Menard antworten: auf keinen Fall Staatseigentum! Der »Dritte Weg«, welchen sie vorschlagen, führt zu einer Kombination aus »Zivilgesellschaft« und Marktsozialismus. »Staatseigentum an den Produktionsmitteln und Demokratisierung der Produktion schließen sich aus.« Nötig seien dagegen privates und genossenschaftliches Eigentum, Belegschaftseigentum, Pacht von gesellschaftlichem Eigentum. Die Produktionsmittel dürfen keine Kapitaleigenschaft haben, aber Waren müssen produziert und über den Markt verteilt werden, eine »Vorabfestlegung« der Verausgabung gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit per Plan sei nicht möglich. Entfremdung geschehe nicht schon durch den Waren-, sondern erst durch den Kapitalfetisch. Im ersten Band des »Kapital« steht es anders. Das macht nichts, denn warum sollten Bischoff/Menard nicht auch einmal gegen Marx recht behalten? Doch sie ziehen die Erbschleicherei dem Vatermord vor: Ihre Thesen versuchen sie als härteste Orthodoxie zu verkaufen, und man fragt sich, warum. Zuletzt wird »Zivilgesellschaft« als Einlösung einer Prognose aus dem Kommunistischen Manifest von 1848 verstanden. Dort schrieben Karl Marx und Friedrich Engels: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« Bischoff/Menard replizieren 1990: »Eine Zivilgesellschaft, in der die freie Entfaltung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, kann es nur auf Basis einer gesellschaftlich gesteuerten und kontrollierten Ökonomie geben, in der Effizienz und Innovation gleichermaßen respektiert sind wie die Ökonomie der Zeit und der gesellschaftliche Nutzen.« Aus einer analytischen Kategorie zur Untersuchung eines empirisch zu erforschenden Feldes ist hier ein Ziel geworden: Kommunismus als Marktwirtschaft.

Die Zivilgesellschaft erweist sich als das gemeinsame Boot von Liberalen, Libertären und durchgeweichten Marxisten. Kaum jemand von ihnen fragt, ob es am Ende nur im Swimming-Pool eines Flugzeugträgers kreuzt. Zuguterletzt entert ein Konservativer und übernimmt das Kommando. In der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland« teilt Ernst Nolte den geschlagenen Linken mit, sie könnten wieder satisfaktionsfähig werden, wenn sie drei Thesen akzeptierten: Eine Revolution müsse immer unvollendet bleiben, die Nation sei ein sinnvoller Ort der Identitäts-Bestimmung, und das Bürgerliche sei ein positiver Wert: »Die Wiedergewinnung der Begriffe des 'Bürgers' und der 'Zivilgesellschaft' und der Abschied von der sozialreligiösen Vorstellung des von allen gesonderten 'Menschen' werden weitere intellektuelle Konsequenzen sein müssen.«

Fassen wir zusammen: Der Kapitalismus konstituierte sich in den politischen und ideologischen Formen des Staates, der Nation und der Religion und vermochte auf keiner Stufe seiner bisherigen Entwicklung auf sie zu verzichten. Der Kern der Sache, die Civil Society, erschien zeitweilig selbst als moralische Instanz, denn was sich dort abspielte, die Durchsetzung des individuellen Gewinnstrebens, galt als Voraussetzung allgemeiner Wohlfahrt. An diesem Thema trennten sich während des 19. Jahrhunderts Linke und Rechte, und nun, am Ende des zwanzigsten, vereinen sie sich in der Zustimmung zur »Zivilgesellschaft«. Deren Affirmation nimmt inzwischen just jene »sozialreligiösen« Züge an, die Nolte nur der einstigen Forderung von der »menschlichen Emanzipation« zuschrieb. Von den linken Anhängern der »Zivilgesellschaft« verlangt er nichts, was ihnen in ihrem jetzigen Zustand unmöglich wäre. Insbesondere seine Hinweise auf die Nation müßten für sie verführerisch sein. Irgendwann, und zwar bald, werden sie sich einreden lassen, der durch diese konstituierte sprachliche, kulturelle und gesellschaftliche Zusammenhang sei unabdingbar für die konkrete Erfahrung und Gestaltung von Demokratie und Selbstbestimmung. »Zivilgesellschaft« ist ein innenpolitischer Komplex. Internationalistisch kann sie offensichtlich nicht gefaßt werden. Außenpolitische Verbrechen sind ihr transzendent, das heißt: ihnen gegenüber kann sie eine fürchterliche Unschuld besitzen.

(Ich danke Siggi Friess und Klaus Wardenbach für Kritik und nützliche Hinweise.)

Literaturhinweise

Joachim Bischoff/Michael Menard: Marktwirtschaft und Sozialismus. Der Dritte Weg, Hamburg 1990

Wolfgang Fritz Haug: Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, Hamburg 1989

Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute, Hamburg 1990

Sabine Kebir: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft, Hamburg 1991

Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft. Genesis und Begriffsinhalt. In: Sozialismus 1/1991, S. 39-43

»Die Linke hat den Alltag nie richtig verstanden«. Diskussion mit Sabine Kebir über Gramscis Zivilgesellschaft. In: Sozialismus 2/91, S. 31-39

Henning Melber: Befreiungsbewegungen an der Macht. In: Utopie und Zivilgesellschaft. Rekonstruktionen, Thesen und Informationen zu Antonio Gramsci, Berlin 1990. S. 179-188

Ernst Nolte: Die unvollständige Revolution. Die Rehabilitierung des Bürgertums und der defensive Nationalismus. Intellektuelle Konsequenzen des letzten Jahres. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland Nr. 20, 24. Januar 1991, S. 27

Ulrich Rödel, Günter Frankenberg, Helmut Dubiel: Die demokratische Frage, Frankfurt am Main 1989

Thomas Schmid: Staatsbegräbnis. Von ziviler Gesellschaft, Berlin 1990

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 4/91 einen Nachruf auf den Warschauer Pakt

Konkret 05/91, S. 52

Kontinuität II

Das Zeichen der Deutschen Bank war immer schon das Hakenkreuz. - Wer das nicht sehen konnte, der wollte nicht. Die Addition, die notwendig war, dies zu zeigen, war mathematisch zu einfach, als daß sich jetzt jemand herausreden könnte. Die Verantwortung für die künstlerische Aufführung ihres Kreuzes trägt die Bank selbst.

Ich werde versuchen, einen Kurzbericht über eine Ausstellung zu geben, die in der Galerie Wschodina, Lodz, Polen, stattgefunden haben soll, wie mir dies mitgeteilt wurde.

Einige der ausgestellten Werke sollen so ausgesehen haben, wie sie hier dargestellt sind. Ein Gespräch mit dem Autoren der Ausdrucksprodukte, Reinhard Schaupeter, sei wie folgt verlaufen:

Mein Informant habe ihn gefragt, ob er denn glaube, daß die von ihm nicht genannte Firma sich darum bemühen werde, in ähnlicher Weise wie dieser hier, das bekannte Parteizeichen bei festlichen Anlässen in ihr eigenes Signet mitaufzunehmen, um der Farce ein Ende zu bereiten, die nach 1945 leider darin habe bestehen müssen, nicht nur sich selbst für den Schwanz des Gesamtkörpers auszugeben, sondern ihn dann auch noch als abgetrennt darstellen zu lassen. Wo doch damals die Bewegung ohne Kopf ins Leere gelaufen wäre, zumindest mit jener berühmten Kasperle-Puppe an ihrem Kopfende.

Er, der Autor, verneinte; dafür sei es noch zu früh. Die Bewegung sei noch nicht genügend anerkannt. Außerdem müsse die Firma ihn erst davon abbringen, weiterhin unterhalb der additiven Anordnungen jene Texte mitzuliefern, von denen sie gar nicht sagen könne, daß diese so schlecht gemacht seien. Nur seien deren Verfasser solche Personen, die ihr aus politisch-historischen Gründen nicht so passend erschienen.

Der Informant habe weiter gefragt, welchen Grund es denn statt dessen geben könne, diese Bilder auszustellen, wenn sie jetzt noch (zumindest für die Firma) »zu früh« seien und er sich nicht davon abbringen lasse, jene ungeliebten Personen darunter zu erwähnen. Ob er vielleicht denke, daß dies auf irgendeine Weise wirklichkeitsfremd sein könne, ungefähr so, als ob plötzlich im Auge des Betrachters selbst sichtbar werde, was dieser vorher schon immer gern habe glauben wollen, aber nie habe beweisen können. (Daß die letztlich intelligente Handlung des Erkennens nur vom Betrachter allein getan werden könne und, wo er dies nicht schaffe, gar nichts mehr helfe, daran könne auf keinen Fall gezweifelt werden; das sei klar!)

Der Künstler habe diesen Vorschlag entschieden verneint. Er habe nur dort fortfahren wollen, wo sein Vorgänger, Herr Stankowski, auf geradezu unverantwortliche Weise das Handtuch geworfen habe. Er sei es ja gewesen, der ästhetisch gearbeitet habe, um in seinem Design dem Wesen jener Firma ganz nahezukommen, den Geist der Organisation quasi bildhaft einzufangen. Dafür habe die Firma ihm mit einem Honorar gedankt, jedoch müsse sie übersehen haben, daß er nicht sehr weit herangekommen sein könne an jenen Geist von ihr, sonst hätte sie doch seinen Entwurf abgelehnt haben müssen. Dem Designer dürfte es egal gewesen sein, dafür habe er sein Geld bekommen, und von Kunst sei ja wahrscheinlich auch nicht im so ganz ernsten Sinn die Rede gewesen.

So habe der Künstler jenes kleine Stückchen Kunst, welches der Designer ihm in seinem Produkt hinterlassen habe, wieder aufgreifen und fortsetzen wollen.

Trotzdem komme es ihm heute vor, als ob sein Vorgänger die eigentliche Arbeit bereits getan habe, indem er einerseits sich mit seinem Entwurf ganz harmlos gegeben habe, was den Wünschen der Firma zum damaligen Zeitpunkt ziemlich genau habe entsprechen können. Andererseits habe er etwas vorbereitet, was auch die Firma für die Zukunft für bedeutend gehalten haben müsse. So sehe es aus, als ob beide nur darauf gewartet hätten, es nach Jahren von einem Dritten so ordnen zu lassen, daß mit dem Lesbarmachen ein beabsichtigtes Ziel erreicht werden könne.

Umgekehrt, habe mein Informant eingewandt, könne die Firma es jetzt, da es ihr »zu früh« erscheine, nicht nur als zu erwerbendes Produkt ablehnen, sondern auch die Förderung solcher Produktionen z.B. durch Stipendien u.a. oder die Existenz der Person des Künstlers selbst zu verhindern suchen, da sie ja, wie in jenem Werk angedeutet, die Macht habe, gegen ihr unliebsame (weil noch »zu früh« seiende) künstlerische Betätigungen auf vielfältigste Weise vorzugehen.

Das komme dann auf das »Wieviel-zu-früh« an und darauf, ob sie jetzt tadeln wolle, was sie vielleicht nicht so viel später, wenigstens teilweise, für sich ganz schmeichelhaft finden müsse, habe der Autor entgegnet.

Darauf habe der Informant den Autoren gefragt, wie er denn darauf reagieren werde, sobald nur irgendjemand diese Werke als »politische Agitationsmittel« etwa mißverstehen und nicht als rein ästhetische Versuche interpretieren werde, exakte formale Lösungen für einen bisher schwer zu beweisenden Tatbestand zu finden. Und wie er sich wohl verhalten werde, falls irgendwelche obskuren politischen Gruppierungen sich jenes formalen Arrangements bemächtigen und es graffitimäßig mißbräuchlich auf Häuserwände sprühen täten.

Dagegen könne er nicht viel machen, so der Autor, obwohl er sich hier jetzt schon von vornherein dagegen verwahren wolle, daß dies dann in seinem Sinne geschehen werde. Er werde sich trotz solcher möglichen Anfeindungen auch

zukünftig nicht von seinem Ziel abbringen lassen, z.B. das begonnene und halbfertig stehengebliebene steinerne Monument des Max Bill mit dem ehrwürdigen Titel »Kontinuität« vor der Frankfurter Firmenzentrale in seiner großzügig angelegten Konzeption weiter voranzutreiben, bis es sich ästhetisch und formal nicht mehr hinter seinem anspruchsvollen Titel zu verstecken brauche. Daß sich Kontinuität von Raumausdehnung auf der Oberfläche eines geometrischen Körpers zeigen lasse, sei ja bekannt und auch ganz schön, aber leider führe dies bestenfalls für den naiven akademischen Mathematiker zu einem ge wissen schalen Reiz seiner Geschmacksorgane. Der wirklich verwöhnte Konsument verlange auf diesem Gebiet schon, daß er etwas mehr geboten bekomme. Die Kontinuität des hohen Ansehens von wirtschaftlichen Organisationen sei ja auch weder abstrakt, noch berechenbar, noch kreise sie irgendwie achtförmig und selbstgenügsam (wie ein »Perpetuum mobile«) durch den Frankfurter Luftraum. Schon gar nicht könne es sein, daß sie dies ohne eine Bewegung von außen tun könne und dabei immer wieder am gleichen Punkt ankomme. Die darin hinterlistig zum Ausdruck gebrachte Verächtlichmachung der enormen Dynamik des besagten Unternehmens ließe vermuten, daß jener Max Bill es von Anfang an nicht ernstgemeint haben könne, als er sein Werk für Geld zur Karikatur gemacht habe. Er müsse sich diesen Scherz wohl im Suff haben einfallen lassen. Dennoch sei das Konzept selbst auf gutem Fundament gegründet, und es könne sehr konstruktiv damit weitergearbeitet werden.

Um für seine Arbeit die Sympathien interessierter Menschen zu gewinnen, sei daran gedacht worden, Poster und T-Shirts oder handsignierte Graphiken zum Verkauf anzubieten, auf denen für des Künstlers Produkte mit den jeweils neuesten Variationen seiner Motive geworben werde. Den Handel mit solchen Devotionalien werde dann schon ein genügend seriöses Institut übernehmen.

Konkret 05/91, S. 54

Hermann Peter Piwitt

Piwitt’s Siebensachen

Von den Eltern hatten die Besten meiner Generation gelernt gehabt, mitleidsvoll gegenüber Getretenen zusein. Also haben wir ein Stück Lebenszeit, sorgende Neugier an der Eltern Opfer verwendet: Juden und Kommunisten. Daß Hinterbliebene von diesen uns nun eine gescheiterte Killeraffen-Nase gezogen haben und die wirklichen und geheimen Monster auch noch ganz offen dazu feixen: Muschawohl, wie man sagt, da, wo das Leben bekanntlich schwer ist: hier, an der Küste.

Dies, während ich zur Nacht herumlese in Ernst Toller (»Eine Jugend in Deutschland«), Peter Weiss (»Fluchtpunkt«) und Theodor Lessing (»Ich warf eine Flaschenpost ins Eismeer der Geschichte«).

Lessing, den, nach Hitlers Machtübernahme, Nazis im tschechischen Karlsbad totschlugen, ist ein Winkelried zur Welt: jüdisch-deutsch im rarsten Sinn, internationalistisch, links mit der Spannweite eines Albatros und dabei fast blind treuherzig. Auf schönste Weise hat er einmal am Beispiel der Gartenbilche klargestellt, was wissenschaftlicher Materialismus meint: »Sie müssen voreinander auf der Hut sein. Wenn zum Beispiel eines früher als die andern einschläft, so fallen die Genossen über dieses her und fressen es auf. Aus diesem Grunde handeln sie immer solidarisch. Sie schlafen alle gemeinsam ein, sieben Monate lang.«

Nie las ich souveränere und zugleich liebevollere Prosa; ihr heimliches Leitmotiv: Strindbergs »Es ist schade um den Menschen«. Weltläufig ist sie, von sozialem Pathos kraft über die Jahrhunderte weg verkrafteter Passion, an Nation und Heimat nicht gefesselt und eben darum erst des hellwachen, illusionslosen Liebesblicks fähig auf die schöne schreckliche deutsche Heimat-Fremde.

Wieviel kleiner deutscher verkauzter Bücher- und Stubenmuff dagegen selbst noch bei Arno Schmidt, wenn er aus wachsendem Mangel an Welt endlich im All seiner Wortprovinz verschwindet, dabei immer noch hundertmal heller und gewitzter als Haid-Digger, der heimliche (Penn)Bruder im Geiste.

*

Um die fünfzig mag er sein, ist klein und untersetzt; er hat eben noch, beim Einsteigen, einem jungen Mann was auf die Schnauze angedroht. »Meinen, weil sie studieren ...!«, ruft er, die Bierdose gegen die Brust gedrückt, durch den Wagen, dem Jungen zu, der sich hinter seiner Partnerin kleinmacht... Und erzählt dann einer Frau, die vielleicht die eigene, eher seine Mutter ist, zwischen Charlottenburg und Friedrichstraße, wie er kürzlich beim Sachsenring-Rennen gegen den Wind gepullert habe und - und die Hand geht über den Hosenladen - »gleich die janze Hose voll!« Stell dir vor, sagt er, alles uff die Hose. Beim Rennen... Sachsenring... Küßt sie auf das weiße Haar, flüstert ihr etwas ins Ohr; und fängt wieder an: Ick sahre dir: gegen den Wind! Soll man nich machen, wa? Hab ick aber! Kichert und will sich gar nicht mehr einkriegen... Dann läßt er sich, die freie Hand voran, durch die Enge zwischen den Bänken gegen die Wagenscheibe fallen, schnippt mit dem Nagelrücken des kleinen Fingers der andern den Deckel des Abfallkastens darunter hoch, wirft die leere Dose hinein und schwingt sich mit dieser unerhörten Eleganz, die nur Tänzer und Betrunkene beherrschen, auf die Sohlen zurück.

Ein paar Minuten guckt er glasig herum; er seufzt, er linst noch einmal nach draußen: »So, Mutti, gleich is Ende. Dann le’ick den Film rein und Du machst die Stullen.«

*

I., bei der Fahrt durch die Mecklenburgische Seenplatte, die Hände über den Kopf zusammenschlagend: »Mein Gott, das kann ja noch Jahre! dauern, bis das alles mal kaputt ist.«

*

»Tut mir leid, Leute, war nur so eine Idee von mir...« Wie Jesus Christus schon sagte, als er bei Gelegenheit einer Hexenverbrennung im Fränkischen Leidtragenden erschien. Und später Adam Smith (»Die unsichtbare Hand des Marktes«). Und Charles Darwin (»Survival of the fittest«). Und nun auch Marx, K. Da hängt es, das dümmliche Poster, in der Französischen Straße, einen Sprung entfernt von den ‘Linden’, an der Wand in einem Kabarett, in dem umwerfend gute junge Leute eben ein Programm von Gnaden machen. Refrain eines ihrer Lieder: »...und wir hätten doch so gerne mal gesiegt!« Habt ihr euch so gedacht. Hatten sich schon Savonarola und Rienzi, Müntzer und Jan van Leyden, die Kommunarden, Eisner und Toller so gedacht. Klappt aber nicht.

*

Sogar Kohl konnte kürzlich zugeben, nicht Recht behalten zu haben. Das fällt ihm leicht. Denn er gibt damit nichts weg von sich. Von seiner Macht, seinem Vermögen, seinen Fettigkeiten, seinem Konto. Er hat sich gewissermaßen bloß geistig geirrt.

*

Was die Zeitschrift KONKRET angeht, der ich anhänge wie ein gelähmter Oheim einem 'schwierigen' Neffen, so habe ich den Eindruck, daß dort seit mindestens zwei Heften niemand mehr zugeben will, auch mal nur zur Hälfte Recht behalten zu haben. Fällt uns das so schwer, weil geistiges Vermögen das einzige ist, was wir zu verlieren haben?

In der ehemaligen DDR starben seit der Wende mehr Menschen als bisher durch eigene Hand und auf den Straßen. Die Architekten der deutschen Einheit haben kaum weniger Menschen auf dem Gewissen als Palästinenser und Israelis zusammen seit Beginn der Intifada.

Die neuen 'Juden' der Erde waren nie die Palästinenser (und die Israelis eh nicht), sondern sind noch immer und mehr denn je die Kurden.

Unbekümmert darum kämpfen die Reste der eingebunkerten deutschen Linken ihr geistiges Brettspiel: 'Israelis gegen Palästinenser' mit der gewohnten Verbissenheit, als würde das Terrain, das ein jeder glaubt verteidigen zu müssen, mehr als nur noch ein paar Quadratmeter Kasematten-Estrich messen.

Man wischt sich die Augen. Sogar der Golfkrieg, geführt vom One-World-Syndikats-Boß Bush, um Quarrelmaker Hussein auf das bisherige Format eines Distriktchefs zurückzustutzen, erscheint auf einmal nur noch als Ausweitung des genannten Konflikts.

Was soll das? Mit Grönemeyer zu fragen.

Im alternativen Teeladen am U-Bahnhof Hoheluft in HH inzwischen Palästinenserfeudl mal wieder mächtig im Angebot... 'Bellizisten', 'Pazifisten', 'Antisemiten', 'Zionisten', 'Amischleimer'... Und dazu noch Alice: »Denn im Golfkrieg fließen die beiden großen Ströme der Menschenverachtung zusammen: Rassismus und Sexismus«. Whow! Wenn das nicht rauscht.

Ist ja gut, Leute. Ihr habt ja alle Recht. Jeder ein bißchen. Und alle zusammen ganz und gar: als linke(r) Gesamtrandmann (frau). Nur: Kommt endlich wieder raus aus dem Bunker. Eh kein Zeh mehr heil ist.

*

Fünfunddreißig Jahre lang kenne ich ihn nun schon, K., ein sozial schwer versehrter Mann von phasenweise wunderbarer Klarsicht, hätte ihn hin und wieder 'Freund' nennen mögen. Jetzt sagt er: Wenn ich so zurückblicke: Von Juden, Kommunisten und den Frauen von morgen bin ich letztendlich so enttäuscht wie von mir selbst; und auf den Rest ist eh geschissen.

*

Fragte mich doch ein Zeitungsmann in jenen Tagen, ob mir nicht ein prominenter Schriftsteller einfiele, der was zum Golfkrieg... Was überhaupt sei: von wegen 'Gewissen der Nation' wie vielleicht früher mal. Der Schriftsteller als öffentliche moralische Instanz, die sich einmischt im Namen eines besseren Deutschland und um dessentwillen. Und so. Stattdessen nur noch die paar alten Flinten, die schon streuten.

Recht hat er. Aber warum beklagt er, daß nicht mehr ist, was mal war? Haben wir denn nicht inzwischen Universalisten ganz anderen Kalibers - Pilgrim, H.R. Kunze, H.E. Richter, Kaufmann (Christine), Praunheim, Künneke - die Hinlängliches zu deutschen und internationalen Fragen mindestens so schlicht vorzutragen wissen, wie, sagen wir, Rolf Schneider? (Nein, nicht der Bruder von Michael.) Und das mit weit mehr Garantie auf Einschaltquoten und öffentliche Gefolgschaft noch dazu? Leichter sind Schriftsteller im öffentlichen Dienst jedenfalls schon lange nicht mehr zu entbehren gewesen.

Wahr. Zwar galten auch die in den 50er und 60er Jahren zu Ansehen Gelangten zu ihrer Zeit als 'Pinscher', 'heimatlose Linke' und 'Narren der Nation'. Vor Monaten aber räumte ihnen sogar das »FAZ«-Feuilleton von höchster Warte, nämlich der der Deutschen Bank, die Verdienste ein, die sie de facto hatten: nämlich als kritischer Partner der Macht daran mitgewirkt zu haben, daß ein seinerzeit halbbarbarisches Volk seine Beute mittlerweile wieder nach Tischsitten genießt.

Die Rolle des kritischen Partners der Macht verweigerten nach '68 die Besten der Nachgeborenen. Der Markt fand sich spätestens Ende der 70er Jahre damit ab. Und von da an wurden sie in der Regel nicht einmal mehr vermißt. Und schon gar nicht als 'Gewissen der Nation'; denn längst hatte die wieder ein gutes; und das 'bessere Deutschland' sind inzwischen ohnehin wieder wir alle. Außer uns Linken.

Inzwischen gibt es kein falsches Leben im richtigen mehr. Es gibt in Zukunft nur noch ein richtiges: und das ist falsch. Deutschland ist eine Weltmacht. Und die Welt sieht danach aus. Das ist die vollendete Tatsache. Und vollendete Tatsachen haben es so an sich, daß sie sich keine Blöße geben, an denen sich gründliche Hoffnungen noch einmal entfachen könnten mit dem Traumziel, bessere, unvollendete zu schaffen. Wer dennoch glaubt, heute, dem Ideal des politisch sich einmischenden Dichters treubleiben zu müssen, nimmt das Schicksal des Frosches in der H-Milch in Kauf: Der findet zwar

endlich auch Festes unter seinen Füßen. Aber es ist nicht Butter, sondern stinkender, ungenießbarer Käse; und der hätte sich gebildet auch ohne sein Strampeln.

Mehr denn je seit '36 trägt heute das schlecht Bestehende wieder die Züge des (einzig richtigen) Lebens selbst. Wir stehen von unserer Arbeit auf und melden uns politisch zu Wort, als sei uns noch immer Not öffentlich nahegelegt, sie kraft Einmischung zu wenden. Wir mögen uns selbst noch für politisch not-wendig halten als Piepser im audiovisuellen Medien-Wüstensturm; aber die Herausforderung ist längst existenziell. Und um angemessen beredt dazu zu verstummen, bräuchte es einen neuen Beckett; Begegnungen der 3. Art jedenfalls, mithin anderen Kalibers als die Blume im Schrott, die den Müll mahnt, er möge sich doch bitte besinnen.

Also 'setzen!' und ans Werk. Denn nur das gedeiht auch ohne Hoffnung; denn es ist, wenn es gelingt, selbst Hoffnung, unabhängiges, unbeirrtes, selbständiges Sein; manchmal das einzige.

Und hier ist gleich schon mal eins: eins von dieser Qualität; dieser Qualität, kraft derer Hoffnung im Kokon der Kunst überwintern kann: Jutta Heinrich: »Alles ist Körper«. Lesen und sich Zeit lassen; denn da ist auf einer Seite mehr los als bei andern auf zehn.

Konkret 05/91, S. 56

Karl Anton & Vororth

Aus der Provinz: westl. Abt.

Im Osten haben sie jetzt nicht nur Westmark, sondern auch Rassismus. Der sei dort schlimmer als sonst irgendwo in der BRD. Das ist Augenwischerei. Hier, in der westlichen Abteilung, nimmt man nur schon lange nicht mehr wahr, wie er das alltägliche Leben bestimmt

Im Osten, so sagt man mittlerweile, sei es ganz schlimm. Der Osten heißt jetzt »DiefünfneuenLänder«. Da - nur da? - werden Neger erschlagen, Vietnamesen ins Napalm gewünscht, wird Kubanern angedroht, daß man mit ihnen machen werde, was man mit jeder Montechristo mache. Die Roma haben nichts zu lachen, die Sinti nichts zu suchen, die Sorben gefälligst an ihren Spreewälder-Gurken zu lutschen und die Juden - aber das ist eine andere Geschichte.

In Potsdam ist aus dem ehemaligen Jugendzentrum »Drushba« in der Heinrich-Mann-Allee durch ein paar Eimer dunkelblauer Farbe die Disco »Blauhaus« geworden. An der Tür steht immer am Wochenende Ingmar, von Beruf Masseur, von der Einstellung her Nationalist und vom Outfit her Skin. Samstags wird das »Blauhaus« zum »Braunhaus«. Ingmar, die Glatze, hält das für übertrieben: »Sogar ein Punk kam hier schon einmal unbeschadet rein und wieder raus.« Einer einmal.

In Hamburger Diskotheken stehen keine Glatzen an der Tür und sorgen für Ordnung bei den Zu- und Abgängen. Hier wird die Quotenreglung praktiziert. Zu viele Ausländer verderben das Geschäft, und deshalb dürfen zu viele Ausländer nicht rein. Minderheit muß Minderheit bleiben. Ein Vertreter des Bezirksamtes hält das für schwierig: »Grundsätzlich hat jeder Wirt das Hausrecht und kann bestimmen, wen er bewirtet. Allerdings darf nicht generell eine Volksgruppe oder Nationalität diskriminiert werden, zum Beispiel so: Hier dürfen keine Türken oder Schwarze rein. Da müßten wir als Konzessionsbehörde einschreiten. Schwierig ist es, wenn der Wirt sagt: 'Ich will keine Überfremdung, ich nehme nur einen bestimmten Anteil.' Das halte ich rechtlich für schwierig und nicht so eindeutig, um sofort einzugreifen. Wenn es aber zum Problem wird, müßte man das noch genauer prüfen.« Ist aber offenbar noch keines.

Wie mit ähnlichen Problemen umgegangen werden kann, haben die alten Bundesländer in weit größerem Rahmen schon vorgemacht: DiefünfneuenLänder, also der Osten, sind seit dem 1. Januar per Verteilungsschlüssel verpflichtet, 20 Prozent aller Asylbewerber in der BRD aufzunehmen - allein das Land Brandenburg mit seiner Landeshauptstadt Potsdam rechnet in diesem Jahr mit 9.000 Menschen. Das schafft 9.000 neue Probleme und löst gleichzeitig 9.000 Probleme in den elf alten Ländern der BRD, in denen die multikulturelle Repression schon lange bar jeder Toleranz ist. Nur ein Beispiel:

1. Geworfen in eine Babytragetasche: das ruhige Landleben

Die Geschichte, die hier erzählt werden soll, könnte auch anders anfangen, an einem anderen Ort, zu einem anderen Zeitpunkt. Jetzt aber beginnt sie so. Eine junge Frau schreibt einen Brief an eine Freundin: »Wie bist du eigentlich ins neue Jahr reingekommen. Ich hoffe jedenfalls, daß ihr alle gut reingerutscht seid. Hier war jedenfalls ganz schön Randale. In der Ummerschen Heerstraße haben 15 Skins eine Türkenfamilie überfallen und terrorisiert. Als deren Besuch ihr Baby in Sicherheit bringen wollte, und es deshalb ins Auto brachten, haben die Skins ein paar Böller in die Babytragetasche geworfen. Das Baby soll jedenfalls ganz starke Hörschäden dadurch bekommen haben. Aber das ist leider nicht alles, was hier in letzter Zeit passiert ist. Bei unserem Nachbarn haben sie das Auto total zerschlagen, Scheiben eingeschlagen, die Tischtennisplatte im Garten mit einer Axt zerschlagen. All diese Sauereien passieren nachts. Bei uns haben sie die Jalousien eingeschlagen und ein paar von unseren Zierenten mit Mülltonnen und 'ner Axt erschlagen. Wir haben zwar alle eine bestimmte Vermutung, doch leider kann man ihnen nichts beweisen. Ja ja, das ist das ruhige Landleben.«

2. Ruck, Hoch, Gatz. Eine Gedichtzeile geworfen in eine Babytragetasche: das ruhige Landleben

Dieses Landleben hat einen Ort: 59o 19'22" - 52o 50'8"nördliche Breite, 10o 15'34"- 11o 0'36" östliche Länge, 156.097 Hektar, größte Nord-Süd-Ausdehnung 56 km, größte Ost-West-Ausdehnung 36 km, 133.118 Einwohner am 30.6.1989, umgeben von den Kreisen Celle, Hannover, Helmstedt, Peine, Uelzen, Klötze, Salzwedel und den kreisfreien Städten Braunschweig und Wolfsburg. Das ist der Landkreis Gifhorn mit der Kreisstadt Gifhorn in Niedersachsen. Flache Südheide und reichlich Christdemokraten, mehr Schießsportanlagen (92) als Turnhallen (55), zwei Bundeswehrstandorte (Wesendorf, Dedelstorf) und ein Truppenübungsplatz (Ehra Lessien) ganz in der Nähe der nicht minder befestigten VW-Teststrecke. Partnerschaften der Städte und Gemeinden und des Landkreises mit Städten, Gemeinden, Kreisen in England (1x), Griechenland (1x),Österreich (3x),Frankreich (5x) und der UdSSR (1x). Weltoffen über die Landkreisgrenze hinaus bei bilateralen Trinkerfestspielen. (Da hat der Franzose aber gekuckt, als er den Ratzeputz probieren mußte. Von wegen Eau de vie.) Hannover und dem englischen Königshaus immer näher als den adligen Braunschweiger Sippschaften, jetzt aber abhängig von VW in Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter, Hannover und den VW-Zulieferbetrieben im eigenen Landkreis: Teves-Bremsen und demnächst auch Schiebedächer von Rockwell Golde. Großbauern beschicken entweder ein Pfanni-Werk mit Kartoffeln für den berühmten Nato-Brei oder bauen nur noch Zuckerrüben an. In Gifhorn ein Schloß aus dem 16. Jahrhundert, das gerade noch der Weser-Renaissance zugezählt wird, in der Schloßkapelle ein Altarbild von Johannes

Grützke, der hier allerdings nicht halb so bekannt ist wie Lüben, das 1987 Bundessieger war im Wettbewerb »Unser Dorf soll schöner werden«. 796,5 Kilometer Straßen und am Wochenende immer mal wieder spektakuläre Unfälle. Trotzdem leichte Bevölkerungszunahme. Ausländer eben.

Monumentalstes Bauwerk der Elbe-Seiten-Kanal, diese teils hochliegende Ostwall-Wanne mit ihren Sprengschächten an jeder Brücke entlang der Grenze zu jenem Staat, den es jetzt nicht mehr gibt. Als die Grenze gefallen war, da dichtete einer für den »Kreiskalender 1991« ein paar schöne Verse: »Wir sind die Kraft, die eine neue Zeit gebar!/ Gewalt und Unrecht werden wir verjagen./ Wir sind der Wind, der frisch in jeden Winkel weht!/ Wir wollen selbst entscheiden, wer verschwindet.«

Die Skandale haben zumeist Landkreis-Niveau. Entweder sie gehorchen dem Raster »Bauer erschießt sich, seine Kühe, seine Frau« - so könnte der Titel in den drei Lokalzeitungen lauten, auch wenn die Wirklichkeit noch immer andere Abfolgen hat - oder aber sie müssen aus ganz anderen Gründen ganz schnell vergessen werden. Das Verschwinden des Direktors des Gymnasiums in der Stadt Gifhorn vor einigen Jahren, der sich mit einer weitaus jüngeren Sekretärin aus dem Staube machte, Weib und Kinder zurückließ, hätte kaum für Aufregung gesorgt, wenn der Herr nicht auch noch CDU-Spitzenpolitiker im Kreise gewesen wäre, stellvertretender Bürgermeister in Gifhorn zudem. Das ging zu weit. Seitdem spricht niemand mehr über Gerhard Gatz, keiner will sich seiner erinnern, nie wird eine Schule seinen Namen tragen.

Oswald Hoch ist auch schon fast vergessen, obwohl sein Name einige Tage lang selbst bundesweit durch die Medien gegangen war. Seit 1971 für die SPD im niedersächsischen Landtag, verschaffte Hoch im Jahre 1988 der Albrecht-Regierung bei einer Mißtrauensabstimmung noch eine Gnadenfrist, weil er gerade passend die Partei, deren Unterbezirksvorsitzender er lange Jahre gewesen war, verlassen und für die CDU gestimmt hatte. Das gab ihm den Rest. Jetzt sitzt er als Fraktionsloser nur noch im Kreistag und bildet hier mit einem ehemaligen Zeitsoldaten, Günter Ruck, eine lockere Gemeinschaft. Der war vor Jahren als erster Soldat für die SPD in den Kreistag eingezogen, um dann allerdings urplötzlich mit seinem Mandat zu den Republikanern überzulaufen. Kaputt sind sie beide. Hoch, einst immer schnieke, das brünette Haar fein gestylt, versuchte sich nach dem Eklat im Landtag mit sehr blonden Haaren zu tarnen. Er vergaß die Brauen. Das sah vielleicht aus.

3. Hoffmann, Schrader, Ruck, Hoch, Gatz. Eine Gedichtzeile geworfen in eine Babytragetasche, versteckt hinter einem Straßenbaum an der K 114: das ruhige Landleben

Anfang Januar 1990 hielt der Landtagsabgeordnete Hoch noch einmal eine kleine, geradezu beispielhafte Landtagsrede. »Meine Damen und Herren«, sagte er und fügte hinzu, »so können wir mit einer so wichtigen Frage - einfach aus parteipolitischen Überlegungen heraus - nicht umgehen. Meine Vorrednerin hat die Gesamtproblematik sehr treffend angesprochen. Ich meine, auch das gebiete es dem Landtag, sich in dieser Frage sachgemäßer zu befassen, als er es bislang tut. Ich teile nicht den Beschluß, der im Verwaltungsausschuß gefaßt worden ist. So etwas beschließt man einfach nicht. Aber, meine Damen und Herren«, sagte der Landtagsabgeordente Hoch und fügte auch schon abschließend hinzu, »Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß in der Stadt Gifhorn in den letzten zweieinhalb Jahren mehr als 3.500 Neubürger aufgenommen werden mußten.«

An dieser Stelle rief Frau Alm-Merk von der SPD dazwischen: »Das haben wir doch in allen Städten.«

Richtig, aber nur Gifhorn hatte zuvor mit den Stimmen der CDU, der FDP und der SPD beschlossen, daß »angesichts des starken Aussiedlerzuzugs in die Stadt Gifhorn der Stadt in Zukunft keine Asylanten mehr zugewiesen werden, sondern der jetzige Asylantenbestand in der Stadt kurzfristig drastisch und mittelfristig ganz abgebaut wird.«

Vorbereitet worden war dieser Beschluß, der überregionale Publizität bekam, durch ein geduldiges Wirken der Stadtverwaltung unter Stadtdirektor Dr. Gert Hoffmann, der als CDU-Mann immer ein wenig ärgerlich reagiert, wenn man ihn an seine NPD-Vergangenheit erinnert.

Schon im Oktober 1989 hatte die Stadt einen »Bericht über Aussiedler-/ Übersiedler-Folgeprobleme« herausgegeben und hier über die hohe Belastung der Verwaltung, den Engpaß »hinsichtlich der Wohnraumversorgung« gejammert und gleich gedroht: »Da das Angebot auf dem Wohnungsmarkt immer knapper wird, bereitet es dem Sozialamt auch zunehmend größere Schwierigkeiten - da hier gewissermaßen eine Konkurrenzsituation eingetreten ist , Wohnraum für Asylanten zu beschaffen. Ein Ausweichen auf Hotels und Pensionen verursacht naturgemäß höhere Kosten.«

Um den Beschluß, Gifhorn asylantenfrei zu machen, auch unters Volk zu bringen, schaltete die Verwaltung Textanzeigen, die mit einer bemerkenswerten Schlagzeile um Verständnis warben: »Gifhorn soll eine harmonische und liebenswerte Stadt bleiben«.

Die Zahl der Asylbewerber belief sich zu diesem Zeitpunkt in der Stadt Gifhorn auf 178. Im gesamten Landkreis lag sie im Jahr 1989 bei 394 und damit um drei höher als 1987 und um zehn niedriger als 1988. Der Ausländeranteil in der Stadt lag

Ende 1989 bei 6,54 Prozent. Über sechs Prozent hatte er all die Jahre zuvor gelegen. Schwankungen gab es nur hinter dem Komma. Jetzt sollte aber mit den Ausländern Politik gegen sie gemacht werden.

Die verstanden das schnell. Am 12. Januar 1990, einem Freitag, weigerten sich im Teves-Werk in der Abteilung Tandem-Zylinderfertigung die Arbeiter, zu 90 Prozent Türken, zu Beginn der Nachtschicht die Arbeit aufzunehmen. Mit Grund. In der Tagesschicht war einer von ihnen rausgeschmissen worden, weil er sich über einen Schichtführer aufgeregt hatte, der mal seine Sicht der Dinge zum besten gegeben hatte: »Ein DDR-Bürger ist besser als drei Türken.« Sie streikten, erzwangen die Wiedereinstellung.

Der stadtgifhorner SPD-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Schrader, schon lange Träger von Nadelstreifen, Rektor einer Orientierungsstufe, Sportflieger mit der unseligen Neigung, seine Luftaufnahmen auch noch öffentlich vorführen zu müssen - »Gifhorn aus der Vogelperspektive (neueste Luftaufnahmen)« - stellte sich dagegen dumm und behauptete, die Tragweite des Asylantenbeschlusses nicht erkannt zu haben.

Im Herbst des vergangenen Jahres lehnte das Verwaltungsgericht Braunschweig schließlich auch den Antrag der Stadt Gifhorn auf Erlaß einer »einstweiligen Anordnung zwecks Berücksichtigung der zugezogenen Spätaussiedler wie bisher mit einer Quote von 30 Prozent bei der Verteilung der Asylbewerber« ab.

Die Stadt schickte sich drein: »Demzufolge ist zur Problematik der Asylantenunterbringung beschlossen worden, Notunterkünfte in Form von Wohncontainern zu errichten.« Bei der Suche nach dem besten Standort waren die Bürger der Stadt äußerst behilflich. Die einen Anlieger versagten sich, weil sie es nicht ertrügen, wenn die Asylanten in ein Ghetto gerade vor ihren Häusern gepfercht würden - »Dies ist nicht nur für uns, sondern auch für die Asylanten unzumutbar« , andere hauten einfach auf den Tisch: »Wir sind nicht gewillt, die Wohnqualität unseres Gebietes der verfehlten Asylpolitik des Bundes zu opfern.«

Das Container-Lager für die Asylbewerber wird jetzt fünf Kilometer vom Stadtzentrum, drei Kilometer vom nächsten Einkaufszentrum entfernt auf einem stadteigenen Acker errichtet. Aus Rücksichtnahme und Fürsorge: Einerseits sei es »praktisch unmöglich«, Notunterkünfte in vorhandene Siedlungsbereiche zu integrieren, und andererseits seien die Verkehrsbeeinträchtigungen durch die Notunterkünfte »sehr geringfügig, da Asylbewerber keine Autos besitzen«. Die Verkehrsbehinderungen könnten daher »hingenommen werden«. Im Klartext: Um zu den Notunterkünften zu gelangen, müssen die Asylbewerber eine viel und vor allem schnell befahrene Umgehungsstraße, die Kreisstraße 114, überqueren. Die Polizei warnte deshalb auch: »Wie zwei tödlich verlaufene Verkehrsunfälle in den Jahren 1988 und 1989 zeigen, bestehen für Fußgänger erhebliche Gefahren, die K 114 sicher zu queren.« Das macht aber nichts. Ganz im Gegenteil.

4. Müller, Stoll, Bismarck, Löns, Vesper, Hoffmann, Schrader, Ruck, Hoch, Gatz. Eine Gedichtzeile geworfen in eine Babytragetasche, versteckt hinter einem Straßenbaum an der K 114, abgefeuert auf ein wildes ägyptisches Tier: das ruhige Landleben

Er schrieb: »mein vater haßte katzen, sie wurden erschossen, weil sie ‘seine’ vogelnester im park ausnahmen. Er liebte hunde. man kann hunde erziehen, ihnen einen ‘menschlichen’ charakter anerziehen, aber nicht katzen. sie sind nicht schmeichlerisch und speichelleckerisch. ‘ein wildes ägyptisches tier, das nicht in unsere natur paßt, im winter in den häusern pp.’ die katzen waren die juden unter den tieren, elemente, die das regelsystem durchbrachen.« Bernward Vesper über Will Vesper, der eine ein ignorier-ter, der andere ein verschwiegener Dichter im Landkreis Gifhorn. Vespers wohnten im Gut Triangel, kurz vor der Stadt. Auf dem Bahnhof Triangel, der auf dem Cover von Vespers »Die Reise« abgebildet ist, halten keine Züge mehr, das Gut ist ein Altenheim, aber die braune Soße ist allgegenwärtig. Zu vieles ist hier zusammengekommen: Löns, Vertriebene, Großbauern, deutscher Fleiß und deutsche Schützenfeste.

Noch immer paradieren der Rat der Stadt Gifhorn und sämtliche Schützenkorps im preußischen Stechschritt zur Eröffnung des Schützenfestes am Schützenkönig vorbei, noch immer werden die Autonummern, die mit einer 33 enden, bewußt gewählt - jahrelang fuhr der Wirt der Gaststätte »Zur schönen Aussicht« in Gifhorn-Gamsen mit GF-SS 33 herum, jahrelang hielt sich hartnäckig das Gerücht, in seinem Lokal gebe es einen Schrein mit NS-Devotionalien.

Franz-Josef Strauß machte hier im Landkreis seinen Jagdschein, Philipp von Bismarck (CDU, Wirtschaftsrat, Pommersche Landsmannschaft, Zementindustrie) saß jahrelang mit einem Direktmandat aus dem Kreis Gifhorn im Bundestag - Gerhard Gatz wurde auch einmal als Nachfolgekandidat gehandelt.

Zu den Vereinen und Institutionen gehören die Pommersche Landsmannschaft, die Landsmannschaft Schlesien, der Förderverein Taiwan, die Landsmannschaft Weichsel-Warthe, der Verein für Deutsche Schäferhunde, der Erzgebirgsverein, die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen. Da kommt schon einiges zusammen.

In der Grund- und Hauptschule in Gamsen läßt der Konrektor Stoll jetzt wieder frühmorgens die Nationalhymne singen und im benachbarten Ortsteil Kästorf ist ein Haus nach Pastor Martin Müller benannt.

5. Korte, Drude, Hitler, Müller, Stoll, Bismarck, Löns, Vesper, Hoffmann, Schrader, Ruck, Hoch, Gatz. Eine Gedichtzeile geworfen in eine Babytragetasche, versteckt hinter einem Straßenbaum an der K 114, abgefeuert auf ein wildes ägyptisches Tier, erprobt an den Hoden von 13 Jugendlichen: das ruhige Landleben

Das Martin-Müller-Haus gehört zu den Diakonischen Heimen in Kästorf, einer der großen Nichtseßhaften-Einrichtungen in der Bundesrepublik, angegliedert ist das Erziehungsheim Rischborn, in dem gegenwärtig in verschiedenen Wohngruppen 130 Jugendliche untergebracht sind. Pastor Martin Müller arbeitete von 1929 bis 1959 als Vorsteher der Kästorfer Anstalten. In seine Zeit fällt auch die Erfindung des Heimgeldes, einer Währung, die nur auf dem Gelände der Kolonie etwas wert war. Mit diesen Alu-Chips, auch »Hongkong-Dollar« genannt, blühte ein reger Schwarzmarkt. Der sowieso schon karge Lohn der Heimbewohner erlitt auch noch arge Wechselkursverluste. Denn Schnaps gab es nur in den Kiosken außerhalb der Anstalt.

Müller hielt sich gut in den Jahren ab 1933. Bei der Zwangssterilisierung von Bettlern und Landstreichern war er ein besonders eifriger Handlanger. Der selektierende Psychiater lobte das »gutgesichtete Material« in Kästorf, der für Sterilisierungsfragen zuständigen Auskunftsstelle des Centralausschusses der Inneren Mission machte Müller Verbesserungsvorschläge für das Sterilisierungsgesetz (»Es besteht noch keine Möglichkeit, einen Wanderer, der in einer Arbeiterkolonie freiwillig sich aufnehmen ließ, gegen seinen Willen festzuhalten«), den Herrn Medizinalrat grüßte er schon Mitte Mai 1934 in einem Schreiben mit »Heil Hitler«, und seinen Eifer wußte er wohl zu begründen: »Man kann sich natürlich darauf beschränken und hat dann dem Gesetz genüge getan und alles andere dem Gesundheitsamt überlassen. Unsere Verantwortung für unsere Welt erfordert es jedoch, daß wir hier noch mehr tun und an unserer Stelle dazu beitragen, daß gerade die oft durch unsere Anstalten wandernden gefährlichen Fälle von Erbkrankheit von dem Gesetz erfaßt werden.« 13 Jugendliche aus dem Erziehungsheim Rischborn wurden zwangssterilisiert.

Gegenwärtig wird die Einrichtung geleitet von Pastor Dr. Hartwig Drude, zugleich auch Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtseßhaftenhilfe, und Rolf-Jürgen Korte, der von Beiersdorf kam und deshalb wohl auch über die Arbeit der Diakonischen Heime sagen kann: »Wir sind nicht mit Gewinnstreben behaftet.« Einmal Leukoplast, immer Leukoplast.

Das Erziehungsheim Rischborn gilt nicht wenigen als ein Ort im Landkreis, an dem sich Skins sammeln. Das ist ein Gerücht. Unbestritten ist, daß es weniger Punks als Skins gibt unter den Jugendlichen, daß einem Punk doch schon mal empfohlen wird, sich die Haare ordentlich zu schneiden, daß in Räumen von nicht wenigen Jugendlichen Poster, Fotos und Trödel an der Wand hängen, die auf Glatzen-Ideologie schließen lassen. Auch kein Geheimnis ist, daß manch ein Erzieher der hier arbeitet, lieber Jugendliche unter sich hat, denen er auch einmal paar langen kann. Nicht alle sind auf dieses gewaltbereite Klima erpicht. Die Fluktuation unter den Rischborn-Mitarbeitern lag in der Vergangenheit bei 52 Prozent innerhalb von zwei Jahren. Das ist reichlich.

6. Müller, Drude, Korte, Hitler, Müller, Stoll, Bismarck, Löns, Vesper, Hoffmann, Schrader, Ruck, Hoch, Gatz. Eine Gedichtzeile geworfen in eine Babytragetasche, versteckt hinter einem Straßenbaum an der K 114, abgefeuert auf ein wildes ägyptisches Tier, erprobt an den Hoden von 13 Jugendlichen, mit verstellter Stimme durchs Nottelefon geflüstert: »Wir wollen selbst entscheiden, wer verschwindet.« Das ruhige Landleben.

Die Ereignisse in der Silvesternacht fanden in den beiden stadtgifhorner Lokalzeitungen ein unterschiedliches Echo. Die eine titelte »Schlägereien bei den Skins«, die andere gab sich mehr Mühe: »Juden raus« und »Türken raus« sei gerufen worden und »Die haben uns schon genug weggenommen« sowie »Das ist unser Deutschland«. 15 bis 20 Skinheads seien es gewesen, drei Mal sei die Polizei gekommen, immer wieder seien sie in ein naheliegendes Haus in der Ummerschen Heerstraße geflüchtet.

Später wird man erfahren, daß die Tochter der Hauseigner zu der Gruppe gehört, die Mutter dieser jungen Frau als Bürokraft bei der Polizei in Gifhorn beschäftigt ist. Später, nach diesem Überfall in der letzten Nacht, bevor das neue Ausländerrecht in Kraft trat, fanden mehrere öffentliche Veranstaltungen statt, auf denen über Ausländerfeindlichkeit im Landkreis diskutiert werden sollte. Die Diskussion leitete Martin Müller, Lehrer und Kirchenvorstandsmitglied und Sohn des schon erwähnten Martin Müller, die Fäden zog Pastor Dr. Hartwig Drude. Man tat ziemlich überrascht ob der Ereignisse, vermied das häßliche Wort »Skins« und sprach stattdessen von »gewaltbereiten Gruppen«, tat so, als entstehe Rassismus aus Langeweile durch den Mangel an Jugendzentren, als sei er ein Freizeitproblem, vergleichbar dem Rauchen und dem Sonnenbrand. Eine sagte immerhin: »Die Jugendlichen führen das aus, was an den Stammtischen gesagt wird.« Ein anderer meinte: »Wenn Skins prügeln, dann einfach weil sie gefrustet sind. Skins prügeln Türken, ein anderer prügelt seine Frau, ein dritter seinen Hund.« Schließlich beschloß man, durch Arbeitskreise das Problem wegzukehren. Einer sollte sich mit der Einrichtung eines Nottelefons beschäftigen, damit ausstiegswillige Skins eine Anlaufstelle haben. Von den Opfern sprach schon niemand mehr. Der Fortgang der Ereignisse ist garantiert.

7. Abfahrten

Nun sind alle beisammen, die in dieser Geschichte vorkommen sollten. Bis auf zwei: Claudia Mullikas und Anja Völke. Die wohnen dort, wo die Skins in der Silvesternacht die Türken angriffen. Sie stellten sich vor das Haus der türkischen Familie. Zwei gegen 20, um sechs Türken zu schützen. Eine sagte nachher: »Ich habe auch Angst, und ich habe Familie, aber ich möchte nicht zu den Leuten gehören, die dabeistehen und nichts tun, wenn sechs Millionen Juden abgeschlachtet werden. Ich weiß, daß jetzt vielleicht mir die Scheiben eingeschlagen werden, aber ich sage es trotzdem.«

Dafür werden die beiden nie die Ehrenplakette der Stadt Gifhorn erhalten. Die erhielten im Dezember zwei von denen, die sich per Unterschrift vehement für den Erhalt der Wohnqualität und gegen die Asylbewerber ausgesprochen hatten.

Auf dem Bahnhof Gifhorn-Stadt hat jemand auf der Seitenfront des Fahrkartenautomaten die Welt erklärt: »Leck mich am Arsch - Türken raus - Going home fucking bastards - I love the world«.

Das Bild von Grützke in der Schloßkapelle zitiert ein Gemälde Caravaggios, »Der ungläubige Thomas«. Das hängt in der Bildergalerie neben dem Schloß Sanssouci in Potsdam im Land Brandenburg. In einem der fünf neuen Länder.

Dr. Gert Hoffmann, zehn Jahre Stadtdirektor in Gifhorn, ist in einem anderen neuen Land jetzt etwas geworden: Regierungspräsident im Bezirk Dessau im Land Sachsen-Anhalt. Man hat ihn verabschiedet, wie er es befohlen hatte: kritiklos und mit wenig Reden. Den Gifhorner Dienstwagen, einen Audi 100 mit Telefon, den er während seiner Probemonate in Dessau für gerade fünfundsiebzig Pfennig pro Kilometer mitgenommen hatte, den hat er wieder abgegeben.

Karl Anton & Vororth, Journalisten in Hamburg und Lübeck, schrieben in KONKRET 4/91 über das Christentum in den Filmen Wajdas

Konkret 05/91, S. 60

Otto Köhler

Buch des Monats: Ernst Noltes junge Garde

Uwe Backes/Eckhard Jesse/Rainer Zitelmann (Hg.): (Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus(, Propyläen-Verlag, Berlin 1991, 656 S., 48 Mark

Adolf von Thadden, der ehemalige NPD-Führer und bekennende Antisemit (»Deutschland unter jüdischer Kontrolle?«, Dez. 1990), freute sich im Januar-Heft von »Nation Europa«: »Das hier vorzustellende Buch der Herausgeber Backes, Jesse und Zitelmann gibt nun eine Vielzahl hervorragender Impulse, um die Zeit des Nationalsozialismus in ihrer richtigen historischen Dimension zu sehen.«

Das Lob, auch wenn es die drei Herausgeber bescheiden abwehren sollten*, steht am richtigen Ort: im Fachorgan der Alt- und Neonazis, das sogar vom Verfassungsschutz als solches anerkannt wurde wegen seiner »Beiträge, in denen das NS-Regime gerechtfertigt und seine Verbrechen geleugnet oder verharmlost« werden.

Bei »Nation Europa«, im Rechtsdraußen-Winkel, soll es jedoch nicht bleiben. Die bislang »in den großen Tageszeitungen erschienenen Rezensionen« lassen den nach Teneriffa pensionierten NPD-Führer hoffen, daß »die Historisierung der deutschen Vergangenheit künftig nicht mehr mit dem vorgeschriebenen roten Schaum vor dem Mund« betrieben werde.

Richtig, rot ist out. Und niemand kann den drei Nachwuchs-Historikern Uwe Backes, 30, Eckhard Jesse, 42, und Rainer Zitelmann, 33, vorwerfen, sie hätten aufs falsche Rennpferd gesetzt. Denn sie gehören zu den aufstrebenden Yuppie-Historikern, die uns die Geschichte mit viel Geschmack und Einfühlungsvermögen so einrichten, wie sie Deutschland als aufstrebende Weltmacht braucht.

Ihr Sammelband »Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus« - im Propyläen-Verlag des »Nation Europa«-Förderers Herbert Fleissner erschienen - darf als repräsentativ für eine neue Schule junger Historiker gelten, die sich anschickt, die Lehrstühle und Talkshows zu besetzen. Nachwuchs-Historiker, die sich nach der Decke strecken, die eine feine Witterung für das entwickeln, was gefragt ist auf dem Markt bundesdeutscher Geschichtserfassung. Stromlinien-Historiker, die im Windkanal der Wendezeit Werke vorlegen, die geeignet sind, den Historiker auf dem Kanzlerthron zu befriedigen. Niemand könnte besser als sie die abzuwickelnden Lehrstühle in Deutsch-Ost porentief von jeglichem antifaschistischen Unrat säubern. Sie sind die junge Garde des alten Ernst Nolte, der die Wende vollzog vom Entsetzen über den Faschismus zu seiner Anerkennung als einer legitimen Partei in jenem großen Bürgerkrieg, der 1917 begann und jetzt mitdem Endsieg über den Kommunismus jegliche Art von Sozialismus aus dem Weg geräumt hat.

Daß der Sammelband auch einige wenige durchaus ernstzunehmende Beiträge enthält (z.B. Hans-Heinrich Wilhelm über den Anteil der Balten an der Judenvernichtung), kaschiert der ehemals jüdische und jetzt endgültig arisierte Ullstein-Propyläen-Verlag in seiner ganzseitigen Spezial-Anzeige für das Coburger Neofaschistenorgan. Er wirbt: »Sollte unter die NS-Vergangenheit ein `Schlußstrich' gezogen werden? Höchst kontrovers diskutieren namhafte Wissenschaftler das brisante Thema und fordern - unisono - eine Historisierung des Nationalsozialismus.«

Daß mit »Historisierung« - trotz entsprechender Versicherungen - nicht eine wissenschaftlich-nüchterne Aufarbeitung der NS-Geschichte gemeint ist, sondern ihre Verharmlosung, dafür bieten die drei Herausgeber Gewähr. Backes, der 1989 für Bertelsmann einen Jubelband zum 40jährigen Geburtstag der Bundesrepublik herausbrachte, und Jesse, der sich 1990 mit einer Arbeit über »Probleme der streitbaren Demokratie« habilitierte, haben sich gemeinsam auf eine Extremismus-Forschung besonderer Art geworfen. Sie geben nicht nur seit 1989 ein umstrittenes »Jahrbuch Extremismus & Demokratie« für den Bonner Bouvier Verlag heraus, sie haben auch im selben Jahr beim Kölner Verlag Wissenschaft und Politik eine angebliche Gesamtdarstellung »Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland« in drei Bänden vorgelegt, in der »naturgemäß« der Linksextremismus im Vordergrund stand. Das fiel ihnen umso leichter, da sie die »Republikaner« als »nicht `rechtsextrem'« einstufen. Historisch sind die Verfasser hinreichend beschlagen, wie ihre klare und eindeutige Nomenklatur beweist: Das Attentat vom 20. Juli 1944 war ein »Putschversuch«. Der Extremistenauftrieb vom 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg mit Hitler und Hugenberg ist für sie dagegen das »berühmt« gewordene Harzburger Treffen zum »historischen Bündnis zwischen Nationalsozialisten und Deutsch-Nationalismus«.

Um dem heutigen »organisierten Linksextremismus« bei den Grünen nachzuspüren, berufen sich die Autoren auf eine Kampfschrift des CDU-Extremisten und Reserveleutnants Manfred Langner, der als Vorsitzender im Flickausschuß des Bundestags dem Abgeordneten Schily wiederholt untersagte, dem in Nürnberg angeklagten Kriegsverbrecher und Flick-Berater Otto Ambros die sachdienliche Frage nach seiner Vergangenheit als Mitbegründer von IG Auschwitz zu stellen.

Im übrigen darf man rechts und links getrost durcheinanderbringen, denn es besteht - so Backes & Jesse - »im Hinblick auf die Argumentationsstruktur kein Unterschied, ob man nun `die Juden' oder `das Großkapital' mit ihrem Einfluß hinter allen Widrigkeiten des politischen Lebens wittert«. Unter diesem Rubrum stellen die beiden Wissenschaftler unterschiedslos

»Extremisten« wie Rudi Dutschke neben Michael Kühnen und Max Reimann (KPD) neben Karl-Heinz Hoffmann, den verurteilten Wehrmordgruppenführer. Die Bundeszentrale für politische Bildung, die sich immer mehr auf ihre ursprüngliche Aufgabenstellung als Bundeszentrale für Heimatdienst unter Adenauer rückbesinnt, honorierte solcherlei Forschungsbemühungen. Sie hat einen der Extremismus-Bände in ihre Schriftenreihe übernommen und verschenkt ihn - um »das demokratische Bewußtsein der Bürger zu stärken« - an Lehrer und andere Multiplikatoren.

Rainer Zitelmann wiederum, der dritte Herausgeber des Geschichtserneuerungsbandes aus dem Hause Propyläen, ist schon seit einigen Jahren damit beschäftigt, Adolf Hitlers Bild in der Geschichte aufzupolieren und dabei noch Joachim Fest rechts zu überholen. Dreimal schon ist er an den Führer herangetreten mit dem Bemühen um »präziseres Verstehen«, nicht um »moralisches Verurteilen«. Schon in seiner »ohne jede Scheu vor verordneten Tabus und daher durchaus als bahnbrechend zu bezeichenden« (Thadden in »Nation Europa«) Dissertation »Hitler, Selbstverständnis eines Revolutionärs« geriet Zitelmann ins Grübeln, ob der Führer eigentlich »links« oder »rechts« gestanden habe. Eines wenigstens schien ihm gewiß: »Selbstverständlich ist es abwegig, Hitler als Marxisten oder Kommunisten zu bezeichnen.« Das sollte Hitler jedoch durchaus nicht zum Nachteil gereichen, denn Zitelmann stellt ihn uns als einen »Sozialrevolutionär« vor, dem es um nichts mehr ging als um die »Chancengleichheit« in der Gesellschaft.

Diese Botschaft verbreitete er nicht nur in der 1989 bei Klett-Cotta (604 Seiten, 89 Mark) wiederaufgelegten und um ein Plädoyer für Ernst Nolte erweiterten Neuauflage seiner Hitler-Darstellung. Sie findet sich auch in einer schmalen Biographie »Adolf Hitler«, die 1988 im rechtsorientierten Muster-Schmidt Verlag erschien (176 Seiten, 16,80 Mark). Und sie findet sich 1989 in der Sammlung »Die braune Elite. 22 biographische Skizzen«, (Wissenschaftliche Buchgemeinschaft, 324 Seiten, 29,80 Mark), die Zitelmann zusammen mit dem US-Revisionisten Roland Smelser herausgab, der seinerseits im Reichstrunkenbold Robert Ley einen Sozialreformer entdeckte, der gleichfalls auf »Chancengleichheit« bedacht gewesen sei.

Auch sonst gelingt den revisionistischen Nachwuchs-Historikern manch neuer Blick auf die engste Gefolgschaft des Führers. Reinhard Heydrich etwa, der bisher nur als brutaler Techniker der Endlösung galt, wird bei einer »seelischen Gratwanderung« beobachtet. Sein Biograph Günther Deschner sieht dennoch so manches an Heydrich, was man, wenn man denn unbedingt will, negativ interpretieren könnte: »Er erblickte in seiner Tätigkeit so etwas Ähnliches wie eine mit großen persönlichen Belastungen und Opfern verbundene Tat, die er um der Sache willen, der Zukunft des Reiches wegen, vollbringen zu müssen glaubte.« Die Rede ist von der Judenvernichtung, und das distanzierte Zu-müssen-glaubte verrät, daß der Historiker die Ausrottung der Juden möglicherweise überhaupt nicht billigt. Das kann ihn aber nicht davon abhalten, anzuerkennen, was anerkannt werden muß: »Heydrich hatte der Führung des Reiches erstmalig in der Geschichte eine die zersplitternden Länder- und Territorialtraditionen überwindende, mit völlig neuen Zielvorgaben befaßte, reichseinheitliche Polizei und einen umfassenden politischen Nachrichtendienst als jederzeit einsatzfähige, schlagkräftige, zuverlässige und sachlich weitreichende Instrumente in schwieriger Aufbauarbeit herangebildet.«

Echte Leistung muß eben unabhängig von ihren ideologischen Vorgaben anerkannt werden. Herbert Backe beispielsweise, der Staatssekretär im Reichslandwirtschaftsministerium, hat »durch hervorragende Leistungen in Planung und Verwaltung seines Ressorts die Lebensmittelversorgung des Reiches auch unter schwierigsten Bedingungen« gesichert. Daß zu dieser erfolgreichen Planung ausdrücklich die Vernichtung aller überflüssigen Mitesser gehörte - »Judentum muß in Europa ausgerottet werden«, notierte Backe 1943 auf die Rückseite einer Menuekarte , muß bei dieser jungen leistungsfrohen deutschen Historikerschar als unsachlicher Einwand gelten.

Backes, Jesse und Zitelmann definieren im Geleit- und Vorwort des Propyläenbandes, was sie zusammenhält, was sie unter der Parole der »Historisierung« eine neue deutsche Schule des gleichzeitigen Verdrängens und Glorifizierens der NS-Geschichte bilden läßt. Sie beweisen ihren besonderen historischen Geschmack, indem sie sich gegen die - nach ihren Ermittlungen in der Bundesrepublik herrschende - »besondere Ghettoisierung und Stigmatisierung von Rechtsextremisten« wenden - Schluß also mit dem Reiseverbot für Michael Kühnen und dem ihm vom Staat auferlegten Zwang, einen Judenstern zu tragen? Die »Rituale einer falschen Unterwürfigkeit« müßten fallen, fordern sie - zugunsten der richtigen?

»Autoren, die sich aus einer rechtsextremistischen Sicht mit der Geschichte des Dritten Reiches befassen«, hätten »gegebenenfalls mit einer Indizierung ihrer Arbeiten« durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften zu rechnen, klagt das Herausgeber-Trio. Beispielsweise Männer wie Wilhelm Stäglich (»Der Auschwitz-Mythos«) oder A. Butz (»Der Jahrhundertbetrug«), die sich dem Ritual nicht unterwerfen, indem sie »die Massenvernichtung der Juden durch den Nationalsozialismus in Abrede stellen«. Sie leiden unter einem Werbeverbot für ihre Schriften. »Noch gravierender aber«, so beanstanden Backes-Jesse-Zitelmann, ist »der Umstand, daß Autoren, deren Arbeiten indiziert sind, als sozial geächtet gelten«. Man dürfe sich auch nicht durch die Verbrechen der Nazis - falsch! das ist ein »Kampfbegriff der Antifaschisten«, der in wissenschaftlicher Literatur allenfalls in Anführungszeichen benutzt werden dürfe - man dürfe sich also durch die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht »den Blick für die in mancher Hinsicht durchaus progressive NS-Sozialpolitik verstellen« lassen. Denn »der Durchhaltewille der Bevölkerung«, die Hitler bis in den Untergang folgte, war »auch ein Ergebnis nationalsozialistischer Sozialpolitik«.

Die »jüngere Historiker-Generation«, für die das Herausgeber-Trio spricht, ist, nach eigenem Verständnis, sehr umsichtig vorgegangen, sie mußte sich absichern, sie konnte mit »nüchterner, um Objektivität bemühter« Spezialforschung immer nur einzelne kleine Veränderungen in der NS-Geschichtsschreibung durchsetzen. Das aber war lediglich kluge Taktik, denn: »Vergleicht man das Geschichtsbild mit einem Mosaikbild, dann ändert sich durch das Auswechseln von ein oder zwei Mosaiksteinchen natürlich am Gesamtbild wenig. In den letzten Jahren werden jedoch immer mehr Mosaiksteine ausgetauscht, was auch zu einer Veränderung des Gesamtbildes führen dürfte.«

Und darum geht es. Eine ganz besondere Herzenssache ist dem Mitherausgeber Jesse in einem solchen Spezialbeitrag zum Sammelband der »Anti-Antisemitismus«. Viele »Kritiker des Antisemitismus«, Leute also, die etwas gegen die Judenfeindschaft haben, argumentieren, meint Jesse, umso lautstärker und unbarmherziger, je schwächer der Antisemitismus in Wirklichkeit sei. Den empirischen Untersuchungen des Juden Silbermann zu diesem Thema zieht Jesse deshalb die aus dem Hause der antisemitisch promovierten Elisabeth Noelle-Neumann vor - er findet ihre Studien »weit differenzierter und besser abgesichert«. Natürlich, sagt Jesse, gehöre eine »strikte Absage an jede Form des Antisemitismus« - so schlau sind wir inzwischen - zum Minimalkonsens einer »Demokratie wie die der Bundesrepublik«. Da es aber »in der intellektuellen Szenerie so gut wie keinen Antisemitismus gibt«, müssen wir mit dem noch erhaltenen Rest besonders behutsam umgehen. Denn höher als die sicherlich »legitime Sorge« vor Antisemitismus ist - Achtung, Mosaikstein - »die Gefahr« zu veranschlagen, »unbequeme Ansichten würden stigmatisiert und ins antidemokratische Abseits abgedrängt«. Man denke - jetzt legen wir einen großen Mosaikstein nach - »an die geradezu hysterische Reaktion auf jenen Bürgermeister von Korschenbroich«, auf Graf Spee-Mirbach, der vor dem Rat seiner Stadt »unvernünftigerweise«, das konzediert Jesse, »ein altes - antisemitisches - Sprichwort gebraucht hatte: zum Ausgleich des Gemeindehaushalts `müßte man schon einige reiche Juden erschlagen'«. Seither, bedauert Jesse, firmiere der bedauernswerte Graf »überall in der Bundesrepublik als Prototyp eines Antisemiten«, obwohl er doch »später an eine jüdische Organisation für karitative Zwecke einen namhaften Betrag überwiesen« habe. In diesem Zusammenhang verweist Jesse geschmackvoll auf den, zugegeben, »geschmacklosen Ausspruch des CSU-Abgeordneten Fellner, Juden seien immer dann zur Stelle, wenn es ums Geld geht«. Auch da habe man »hysterisch« reagiert, obwohl sich Fellner doch »entschuldigt« habe. Und dann schreibt Jesse etwas, was mindestens so gut ist wie das, was Fellner gesagt hat: »Jüdische Organisationen brauchen Antisemitismus in einer gewissen Größenordnung, um für ihre Anliegen Gehör zu finden...«

Der Jude macht es selber, daß die Nicht-Juden ihm feind sind. Er braucht den Antisemitismus für sein Anliegen, und das war immer, an deutsches Geld zu kommen. Da darf sich der Jude nicht beschweren, wenn der Antisemitismus mal etwas massiver ausfällt, als er es eingeplant hat. Die neue deutsche Schule der Yuppie-Historiker im Gefolge des Ernst Nolte braucht keinen Vergleich zu scheuen.

***** Zitelmann wohl nicht. Er kennt »Nation Europa« und erbittet unter der Rubrik »Leserwünsche« von seinen extremistischen Mitlesern Material für seine historischen Studien (Heft 8+9/89).

Otto Köhler forderte in KONKRET 3/91 die Gewissensprüfung für Bundeswehrsoldaten

Konkret 05/91, S. 64

Diedrich Diederichsen

Forever young

Zum 50. Geburtstag von Bob Dylan (am 24. Mai)

Der Motor jeder Pop-Musik ist Neuheit. Das Einsteigen in ein anderes (oder: das) Leben durch das Erkennen von etwas Neuem als neu, anders als alles, was ich kenne, und doch mir entsprechend. So weit ist das kein Problem. Was passiert im nächsten Jahr? Das Problem des Künstlers, von nun an, aus seinen Lebensverhältnissen immer neue Stimulanz pressen zu müssen, um immer wieder etwas Neues, das ich als neu und mir entsprechend erkenne, also als gleich und anders, korreliert mit meinem Zuhörer/Fan-Problem, zu Veränderungen, Erschütterungen weiterhin Zugang zu finden, in meinem Leben also überhaupt noch Neues vorkommen zu lassen.

Der Weg, der meistens gegangen wird, ist, die Symptome der jugendlichen Erschütterung endlos bis ins Alter zu reproduzieren. Man spricht dann davon, daß ein Künstler sich selbst treu geblieben sei. Mittlerweile geht das soweit, daß Künstler aller Bereiche einmal bekannte codierte Symptome einer gewesenen Erschütterung oder Genialität jederzeit reproduzieren können. Der dies durchschauende Konsument wirft ihnen dann mangelnde Authentizität vor. Auch das ist ein Fehler. Denn mit Authentizität meint er, daß der Künstler sich sichtbar für ihn quäle, sich mit dem Ziele, Stimulanz aus dem Stollen seines Lebens abzubauen, wirklich zerstöre. Das ist nicht nur ein falsches Künstlerbild, es kommt nämlich darauf an, Stimulanz aus einem guten (=soziale Praxis) Leben zu gewinnen, nicht aus einem zerstörerischen (=einsame Monade), und außerdem haben sich in der Rock-Musik ganze Gattungen darauf spezialisiert, die Symptome einer solchen falschen Authentizität synthetisch zu reproduzieren.

Neil Young äußerte neulich in einem Interview, Lou Reed und Bob Dylan seien die einzigen Künstler seiner Generation, die er respektiere. »Sie haben sich nicht nur gehalten, sie haben nicht nur überlebt. Leute wie wir ernten jetzt, wir erleben jetzt die beste Zeit unseres Lebens.« Abgesehen von dem Gratisapplaus, den einer immer erntet, wenn er lange dabei ist, den Pavo-Nurmi-Respekt, lohnt es sich, die Techniken der drei miteinander zu vergleichen, die dieses Überleben möglich machten. Mit wem haben sie die ganze Zeit kommuniziert? Sind sie wirklich die Stimmen einer Generation, wie es immer heißt? Kaum, denn Generationen können nicht kontinuierlich die Kraft zur Neuerschaffung bewahren, nicht in einer falschen Welt. Bei Grateful Dead, die ja auch seit über 25 Jahren dabei sind, war ein jüngeres Publikum als bei jedem Hardcore-Konzert.

Lou Reeds bemerkenswertes Album »New York« sowie das Andy Warhol gewidmete, folgende Duett von John Cale verdanken sich einer simplen und gut bekannten Überlebensstrategie der Überheblichkeit. Hatte Reed früher Außenseitertum, Wahnsinn, Droge, Boheme etc. besungen, gefeiert, verklärt, ist er jetzt dazu übergegangen, sie als soziale Probleme zu beklagen. Betroffen, versteht sich. Mit messerscharfem Vokabular. Brillant recherchiert. Und absolut unbeteiligt. Ihm hilft die Parteilichkeit nicht, für die Armen und Schwachen, für die im Stollen der Stimulanz Verschütteten, die er zwischen die Zeilen flicht, sein Zugang nähert sich dem der Administration. Er steht auf der anderen Seite. Deren Denken er freilich mit der als ehemaliger Bestandteil der sozialen Probleme erworbenen Kennerschaft zu einer sich selbst klaren Schärfe verhilft, die diesem normalerweise abgeht. Vielleicht ist das aber noch schlimmer.

Neil Young hat seine Lebensprämisse »I Am A Child« (ich begebe mich prinzipiell gerne in Zusammenhänge, die mich widerlegen könnten; also fordern) beibehalten, auf Kosten eines Jahrzehnts, in dem weder Plattenfirmen noch Publikum viel mit ihm zu tun haben wollten. Trotzdem erzählt sich Jahr für Jahr auf seinen dennoch und gegen alle Widerstände erschiene Platten seine persönliche Postmoderne mit ihren irren Stilwechseln. Er erliegt nicht dem weit verbreiteten Irrtum, es gäbe gute und schlechte, vernachlässigbare Epochen, die sich zum Rückzug eignen. Kein Zeitgepräge ist zufällig, ihm vollkommen entgehen zu können zu glauben, ein seniler Größenwahn. Er hat also jeden Scheiß mitgemacht und daher gar keinen Scheiß gemacht. Alle zehn Jahre gelingt ihm sogenannte Allgemeinverständlichkeit, aber nie um den Preis eines Niveauverlusts. Er erzählt dann wirklich etwas Neues, das ich als neu erkenne und das mit meinen noch unformulierten Erfahrungen des gesellschaftlich Neuen kongruent ist. Dieses Neue braucht keine Generation, auf die es sich verlassen kann und an deren Verfall noch jeder mitverfallen ist, der es ihr recht machen wollte. Es schafft sich ein Publikum.

Dylan schließlich mußte das alles vorleben. Er war der erste unter den Inhalte vertretenden Rock-Stars, der sich dem Problem des Alterns stellen mußte. Sehr früh bezog er die Young-Position und öffnete sich dem jeweiligen Trend, der Mode - also dem unter klassisch kleinbürgerlichen Kontinuitäts- und Echtheitsfanatikern verachtetsten Feld. Der berühmte Griff zur elektrischen Gitarre in Newport. Der Rückzug nach Nashville unmittelbar nach den ersten Country-Rock-Erfolgen anderer. Die Idiosynkrasie des »Self Portrait«. Und immer wenn ein Zickzack-Kurs zur neuen Routine zu werden drohte: ein paar Jährchen Kontinuität. Nicht nur diese Strategien als Strategien begriffen und eingesetzt zu haben, adelt Dylans Werk zwischen □65 und □75, sondern vor allem, daß die Strategie von klar erkannten und nicht breit genörgelten, sondern beherzigten inhaltlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten seiner Position begleitet und begründet wurde. Von der sich anschließenden Ratlosigkeit können Young und Reed heute profitieren und sich auf ein Terrain, wo man den

lieben Gott mehr als einen guten Mann sein läßt, gar nicht erst begeben. Die Frage ist, hat Dylans religiöse Verwirrung der früher 80er (die darin bestand, nicht mehr verwirrt sein, sondern ein heiles Licht leuchten sehen zu wollen) Ergebnisse hervorgebracht, die für spätere Lebenswege mit diesem Problem nützlich sind. Wir wissen es nicht.

Meine Behauptung wäre: nach der religiösen Phase hat Dylan die Kontinuität und das Nacheinander von Haltungen, Strategien, Erlebensweisen ganz verlassen und nur noch Platten gemacht, die sich zwischen den verschiedenen Punkten seines bis dahin gegangenen Weges, eines Full Circle aus der Unklarkeit durch alle Stadien problematischer Klarheit zu einer neuen Unklarheit, die beansprucht, Klarheiten in sich aufzuheben (=Religion, Letztbegründungen), hin und her bewegt. Das Leben nach dem Leben. Es wäre ungerecht, dies als ein Schöpfen aus der Vergangenheit abzutun, dem ein Mangel an Erfahrung und Auseinandersetzung zugrunde liegt. Das Fatale aller Strategien besteht darin, daß die Wege und Kurven, die die beschreiben, ein Eigenleben gewinnen, das all das regiert und dominiert, das durchzusetzen oder zu verteidigen sie einmal erfunden wurden. Der Formalismus (die Kunst, die Strategien abbildet, verfeinert, zum Inhalt erklärt) war schon immer die Falle, die für die Altersjahre von Künstlern vorgesehen war, auch schon für solche, denen Publikum und Neuheit ziemlich egal sein konnten.

Mir hat in den letzten Jahren keine Dylan-Platte mehr so gut gefallen, wie mir »Blood On The Tracks«, »Blonde On Blonde« oder »Highway 61 Revisited« gefallen haben. Ich weiß nicht, wovon er redet. Ich weiß nicht, was immer diese beziehungslos in seinen Aufnahmen rumstreunenden Prominenten wollen, ich weiß ganz besonders nicht, was Pseudo-Gospel in seinen Songs zu suchen hat. Aber wie soll ich das auch wissen. Ich bin ja erst so alt wie er bei »Street Legal« und habe nicht vor, nächstes Jahr Gott zu finden. Inhaltlich hat er alle Probleme auf »Blonde On Blonde« geklärt, wo er davon redet, wie es ist, irgendwo »stuck« zu sein und das berühmte Bonmot prägte, daß man »honest« sein müsse, um außerhalb des Gesetzes zu leben. Dieses Bonmot sollte man umdrehen: wenn man sich außerhalb der Gesetzmäßigkeiten zu begeben geschafft hat, die auch die Strategien prägen, beginnt ein Land, in dem so was wie Honesty herrscht. Ob er dieses Land wirklich betreten hat oder nur so tut oder sich hineinwünscht... Wie kann ich das wissen?

Diedrich Diederichsen schrieb in KONKRET 11/90 über die Band »Grateful Dead«

Konkret 05/91, S. 66

Friedrich Leidinger

Polen, Katholiken, Juden... und wir

Daß Andrzej Wajda ein christlich-sentimentaler Filmemacher und »Korczak«, sein neuester Film, ein antisemitisches Machwerk sei, haben in KONKRET 4/91 Karl Anton & Vororth und der Regisseur Claude Lanzmann behauptet. Friedrich Leidinger widerspricht und attestiert Wajdas Kritikern antipolnische Ressentiments und einen »ahistorischen Antifaschismus«

Wie soll diese Geschichte beginnen? Vielleicht so: Der polnische Regisseur Andrzej Wajda hat einen Film über den polnischen Arzt Janusz Korczak gemacht. Der französische Regisseur Claude Lanzmann erregt sich darüber, die deutsche Monatsschrift KONKRET weiß alles besser und druckt Lanzmanns Ausfälle nach.

Oder so: Der nichtjüdische Regisseur Andrzej Wajda hat über den jüdischen Arzt Janusz Korczak einen Film gemacht, den der jüdische Regisseur Claude Lanzmann für antisemitisch hält, was einer linken Zeitschrift Anlaß zu antipolnischer Kritik ist.

Oder so: Nachdem der deutschen Vernichtungspolitik Millionen von Menschen, darunter polnische und nichtpolnische Juden, jüdische und nichtjüdische Polen und Angehörige vieler anderer Völker zum Opfer gefallen sind, ist es Sache der Nachkommen der Ermordeten, sich über die Wahrheit zu streiten und von den Nachkommen der Täter Belehrungen zu erhalten.

Mit der Annahme des Namens Janusz Korczak brachte der als Henryk Goldszmit geborene Literat, Erzieher und Arzt seine Verbundenheit mit der polnischen Nation zum Ausdruck, die nach jahrhundertelanger Unterdrückung wiederentstanden war. Viele jüdische Menschen in Polen wendeten sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts von der chassidischen Orthodoxie ab und verbanden ihren Kampf um Emanzipation mit dem Befreiungskampf Polens, andere dagegen hingen den Ideen des Internationalismus und der bolschewistischen Revolution an oder setzten ihre Hoffnung in den Zionismus. Den untereinander zerstrittenen Fraktionen stand eine antisemitische und antisozialistische Fronde gegenüber: polnische Nationaldemokraten, Deutschnationale, ukrainische Nationalisten, später auch Nationalsozialisten.

Bereits vor gut vier Jahren hat Lanzmann Ansichten über Polen geäußert, denen zu entnehmen war, daß er sich als Jude im exklusiven Besitz der Wahrheit über die NS-Verbrechen wähnt. Des Franzosen Lanzmann Filmdokumentation »Shoah« versuchte die These zu belegen, die Polen hätten den Völkermord an den Juden, der sich überwiegend in ihrem Land abspielte, geduldet, begrüßt, ja sogar ermöglicht. Kein Wort darüber, daß dieses Land vom brutalsten Okkupanten in der Geschichte Polens besetzt war, der seine Macht rücksichtslos und mit terroristischen Methoden ausübte. Lanzmanns Film, dessen Uraufführung durch die Gegenwart des französischen Staatspräsidenten aufgewertet wurde, bewirkte eine Debatte gegen das von Jaruzelski regierte Polen, das gänzlich - mit Ausnahme der Solidarnosc (!) - des Antisemitismus geziehen wurde; so die linksliberale Tageszeitung »Libération«.

Das französische Publikum diskutierte in einem Land, das bis heute den Schatten der Kollaboration nicht losgeworden ist, das anders als das Italien Mussolinis »seine« Juden auch aus den Gebieten an die SS-Schergen auslieferte, die nicht unter deutscher Besatzung standen, und zwar zu einem Zeitpunkt, als der Geruch verbrannten Menschenfleisches durch ganz Europa drang. In der Psychologie nennt man das Phänomen, das anläßlich der »Shoah«-Debatte in Frankreich zu beobachten war, eine Projektion.

Auch Lanzmanns wütende Attacken gegen Andrzej Wajda, in denen er auf die »Shoah«-Debatte Bezug nimmt, lassen an Projektionen denken: »Korczak ist eine zweideutige Figur, ein polonisierter Jude«, klagt er in einem Interview des »Nouvel Observateur« vom 17.01.91, das von KONKRET nachgedruckt wird. »In seinen Erziehungsstätten wurde das Jiddische geächtet, es wurde nur polnisch gesprochen. Er war vor allem der gute Jude der Polen.«

Man darf vermuten, daß auch Herr Lanzmann kein Jiddisch spricht, wenn er seine Radieschen und seinen Käse einkauft; ob er überhaupt Jiddisch versteht? Er redet wie jemand, der das Sztetl als Ort der Identifikation deshalb braucht, weil er selber nie darin gelebt hat, und der auf alle die wütend ist, die es verlassen haben.

Wer schert sich noch um die Einzelheiten? Wen interessiert das Schicksal des Szmul Zygielboim, der als Emissär des polnischen Nationalrats die Regierungen der westlichen Alliierten auf das Schicksal der Menschen in den Lagern aufmerksam machen sollte und im Mai 1943 aus Verzweiflung über das allgemeine Desinteresse der westlichen Alliierten in New York Selbstmord beging? Wer fragt nach der Situation der nichtjüdischen Polen, die sich häufig nur graduell vom Schicksal ihrer als jüdisch erkannten Mitbürger unterschied, denen sie einzeln wie auch organisiert in der Aktion Zegota unter Einsatz des eigenen Lebens beistanden? Wer kennt vergleichbaren Heldenmut in Frankreich, in Holland, ... in Deutschland? Wer will schon wissen, daß der eine Pole wegen seines jüdischen, der andere wegen seines katholischen Glaubens ins KZ kam? Wer weiß schon von den hunderten polnischer Kleriker und Ordensleute, die bei Erschießungen, in Lagern, bei der Zwangsarbeit den Tod fanden, während sich ihre Kirche in Deutschland mit dem Regime arrangierte? Wer will die Mühe auf sich nehmen, genau hinzusehen?

Claude Lanzmann will das nicht: »Ich persönlich habe mich aber entschlossen, mich für die berühmte Grauzone nicht zu interessieren, von der Primo Levi spricht und die Finkielkraut aus undurchschaubaren Gründen so wichtig findet.« So redet einer, der nichts mehr sieht, außer der eigenen Betroffenheit. Für einen Dokumentarfilmer ist das zu wenig.

Nun zu KONKRET: Die Ignoranz deutscher Linker in Bezug auf Polen ist notorisch, wenn wir nur an Erich Kubys mehr als peinliche Gleichsetzung Józef Pilsudskis mit Hitler denken*. So nehmen Karl Anton & Vororth zum Eingang ihrer Tirade gegen Wajda ausgerechnet Lanzmann zum Beleg für ihre These vom polnischen »Katholizismus in seiner ganzen unverfrorenen Ärmlichkeit und schauderhaften Tödlichkeit«. Wer die polnische Geschichte kennt, wer die Tagebücher des Hans Frank gelesen hat, der kann sich bei diesem Stil dem déjà-vu nicht entziehen. Es ist im doppelten Sinne die Sprache Goebbels. Doch dies und ein unverstandenes Zitat des Filmkritikers Friedländer sind nur der Auftakt zu einer Tour durch Wajdas Filme, in der es den beiden um nichts weniger geht als den Nachweis von »Nazi-Ästhetik« in Wajdas Filmschaffen.

Die Erinnerungen des sechzigjährigen Wajda an seine Jugend vor dem Krieg in Polen in »Chronik von Liebesunfällen« (1986) sind den deutschen Oberlehrern in Sachen Antifaschismus zu rein geraten; ihnen fehlt die Darstellung des faschistischen Überfalls: »Und dann die ersten Schüsse. Da ist der Film aus. Bevor er überhaupt richtig angefangen hat, ist auf der Leinwand zu lesen...«

In Deutschland, wo das Wissen über das, was mit dem Ende des Films beginnt, nur spärlich und oberflächlich vorhanden ist, mag dieser Einwand noch eine gewisse Berechtigung haben (bei der Sitzung einer Schulfernsehredaktion), in Polen aber wirkt er nur peinlich, arrogant. Durch welche Perspektive sieht denn wohl Andrzej Wajda auf seine Kindheit und Jugend? Wohl kaum durch die der Landserromantik, wie man es bei den meisten seiner Altersgenossen in Deutschland annehmen kann.

Oder die aus Kinderträumen inszenierten Bilder heranstürmender Ulanen in »Lotna«(1959). Hier muß gar eine Notiz der Leni Riefenstahl zu ihrem Penthesilea-Projekt zur Denunziation angeblicher Übereinstimmung Wajdas mit faschistischem Schönheitssinn herhalten: »Wolkenlos blau«. Mit dieser Art von Journalismus ließe sich auch belegen, daß Sergeij Eisenstein ein Wegbereiter des NS-Kinos war; bekanntlich gehörte »Panzerkreuzer Potemkin« zu den Lieblingsfilmen des Reichspropagandaministers.

Und natürlich »Das gelobte Land« (1975), das Filmepos über die Stadt Lodz, nach dem Roman des Nobelpreisträgers Reymont. Daß neben dem deutschen und polnischen eben auch ein jüdischer Kapitalist - alle drei stellvertretend für die drei Völker, die diese Stadt aufgebaut und geprägt haben - zu den nicht gerade sympathisch dargestellten Protagonisten zählt (Wajda: »Das ist das Geld und seine Macht, das diese Menschen so abstoßend macht«), ist verdächtig: »Dem Gutachter der Abteilung Ideologie und Erziehung des ZK der PVAP ... war das nicht mal einen Halbsatz (wert)«, aber unseren deutschen Zensoren reicht das als Beweis für Antisemitismus.

Und Korczak? Ach ja, bevor wir das völlig vergessen. Es ist die Schlußszene, in der Wajda einen Waggon wie durch ein Wunder vom Zug nach Treblinka abkoppeln läßt. Die Türen springen auf, und der Doktor und seine Kinder springen heraus und verschwinden unter der Fahne mit dem Davidstern in einem sonnendurchfluteten Morgennebel. Er wolle »den Mord an den Kindern ungeschehen machen«, wird Wajda vorgeworfen; »Verquickung von Nebel und Gas«. Lanzmann fragt zu der gleichen Szene, ob nicht gesehen wird, »daß dieser Wunsch zu trösten unanständig, obszön ist? Wer hat die Kinder im leichten Nebel der Gaskammer getröstet? Es gibt keinen Trost für die Vernichtung der Juden. ... Die Menschen ... sind unfähig, sich der absoluten Nüchternheit der Katastrophe auszusetzen.«

Wir haben das schon oft erlebt: Am liebsten würden wir ganz Polen als antifaschistisches Freiluftmuseum einrichten, damit wir uns dortselbst zu unserer Läuterung gratulieren können. Wir sind nämlich nicht so kitschig-katholisch und sehen dem Vernichtungstod der anderen unerschrocken ins ernste Gesicht. Wir sind ja auch keine polnischen Antisemiten, und überhaupt würden wir niemals dulden, daß sich Karmeliterinnen in unseren schön restaurierten KZ-Gedenkstätten breitmachen.

Darf man fragen, ob einer der beiden Herren jemals in Oswieçim war, und - falls sie da durch das Lager gegangen sind - wer sie dort geführt hat? Und woher sie den Unsinn vom Zyklon-B-Lagerraum haben? Oder wollen wir da auch nicht so genau hinschauen, denn erstens sind wir in der Gnade der deutschen Geburt, und zweitens haben wir damit nichts zu tun?

Polen aber haben damit zu tun. In ihrem Land, vor der Haustür, überall finden sie die Hinterlassenschaften des Grauens, die ihnen täglich begegnen, in deren Architektur sie sich seit einem halben Jahrhundert zurechtfinden müssen, deren Topographie das Land prägt, die das Gedächtnis der Alten quälen und die Zukunft der Jungen beschneiden. »Das ist alles.«

Geht es um die Verteidigung der katholischen Kirche, gar des Papstes? - Nein, nur soviel: Ein Karmeliterkloster in Auschwitz. Wer will es den Angehörigen der dort ermordeten Menschen, darunter mehr als dreihunderttausend katholische Polen, verwehren, ihrer Überzeugung entsprechend zu beten und das Unbegreifliche zu begreifen?: »Es war der Wille Gottes.«

Korczak und die Kinder gehen ein in nebliges Licht. Wer will es dem Polen Wajda verdenken, für die Schilderung des monströs-banalen Vergasungstodes, der Polen auf der Seite der Opfer betrifft, ein christliches Bild (das doch immer nur ein jüdisch-christliches sein kann) auszuwählen: Die »Endlösung« kann nicht das Ende des Judentums sein. Ein Bild, das eine historische Botschaft vermittelt: die Geburt des Staates Israel aus der Shoah.

Polen: ein katholisches Biotop, ein monumental-kitschiges Muttergotteskapellchen, alte rosenkranzbetende Weiber und romantisch-reaktionäre Ulanen, die sich vor dem Ausritt bekreuzigen und die Kommunion empfangen. »Unverfroren, ärmlich, schauderhaft, tödlich« - angewidert wie Bismarck, der auch schon gegen den polnischen Katholizismus kämpfte, blickt der junge progressive Deutsche auf das Land im Osten. Am besten, es gäbe es nicht, es wäre nicht mehr da, einfach weg.

»Korczak: eine sentimentale Idylle des antisemitischen Filmemachers Andrzej Wajda«. So projizieren die Söhne der Täter, die ihre eigenen latent rassistischen Vorurteile nur mühsam hinter einem ahistorischen, geklitterten Antifaschismus verbergen können.

* Erich Kuby: Als Polen deutsch war. Hueber Verlag München, 1986.

Friedrich Leidinger ist Arzt und stellv. geschäftsführender Vorsitzender der »Deutsch-Polnischen Gesellschaft«

Kasten Seite 67 »Gut katholisch«

Der bundesdeutsche Kinostart von »Korczak« hat die Feuilletonisten zu allerlei Anmerkungen und Kritiken animiert, die sich allerdings weniger mit dem Film als mit den Reaktionen der französischen Kritik darauf beschäftigen. Und wie in der Auseinandersetzung um das Verhältnis von deutscher Friedensbewegung und Israel gilt auch hier: Schlimmer als Antisemitismus ist es, Antisemitisches antisemitisch zu nennen.

»Vor allem die Franzosen bemängelten, der Film verschweige den polnischen Antisemitismus und sei mithin selber antisemitisch. Das ist er sicherlich nicht, dafür aber schrecklich gut gemeint«, befindet beispielsweise das Deutschlandmagazin »Spiegel« apodiktisch, ohne sich auch nur die Mühe zu machen, wenigstens eines der Argumente gegen »Korczak« korrekt wiederzugeben. Die »Zeit« setzt nach: »Zum Kinostart in Frankreich (gab es) eine unglückliche Debatte.« Zweifellos sei der Film nicht antisemitisch, sondern: »Kein philosemitischer Heiligenschein wird hier ausgeleuchtet.«

Nachdem die »Zeit« den Philosemitismus der »Korczak«-Kritiker entlarvt hat, schlägt der linkssozialdemokratische »Freitag« eine etwas schärfere Gangart ein: Der Antisemitismus-Vorwurf gegen »Korczak« sei ein »eher befremdlicher, doppelter Irrtum, der auf die Ankläger zurückfällt«. Denn, was Antisemitismus ist, wissen deutsche Filmkritiker allemal besser als der Regiesseur von »Shoah«, Claude Lanzmann. Auch in deutschen Stadtillustrierten wird »Korczak« eher gelobt als kritisiert, darüber, daß der Film nicht antisemitisch sei, ist man sich dort ebenfalls einig: »So wenig ein katholischer Film«, wie »Korczak« nach Meinung der Kölner »Stadtrevue« einer ist, »ein schlechter Film sein muß, sowenig muß er unbedingt antisemitisch sein«. Ja, unsere Kirche und ihre Tradition stehen uns allemal näher, als ein hergelaufener Jude aus Frankreich.

Konkret 05/91, S. 68

Corinne Schelbert

»Die Früchte der Emanzipation«

Nach einem Drehbuch der österreichischen Schriftstellerin Elfriede Jelinek hat Werner Schroeter den Roman»Malina« von Ingeborg Bachmann verfilmt. Herausgekommen ist dabei ein Produkt, das eher die Obsessionen der an seiner Herstellung Beteiligten reflektiert als Bachmanns Werk

Vier Frauen - Ingeborg Bachmann, Elfriede Jelinek, Elfi Mikesch und Isabelle Huppert - gestalten wesentlich einen Film. Eine (Jelinek) distanziert sich danach, eine andere (Alice Schwarzer) klagt den Macher an: ein Skandal, der keiner ist.

Auf berühmten Romanen basierende Filme haben, wenn nichts sonst, zumindest den Vorteil, daß sie dazu anregen, das Buch wiederzulesen. Werner Schroeters Verfilmung von Ingeborg Bachmanns 1971 erschienenem Roman »Malina« ist immerhin so provozierend, daß man auf das Original zurückgreift. Und »Malina«, als einer der bedeutendsten Frauenromane unserer Zeit gelobt, ist ein so irritierendes, facettenreiches, rätselhaftes Werk, daß sich bei jeder Lektüre wieder neue Aspekte, Geheimnisse, Interpretationen erschließen. Geschrieben von bestimmt einer der widersprüchlichsten und faszinierendsten Schriftstellerinnen der Gegenwart, die früh zum Ruhm kam und früh eines suizidal anmutenden Todes starb. Ihr einziger vollendeter Roman wurde, Jahre nach seinem Erscheinen, als eminent feministisches Buch gelobt, analysiert, vereinnahmt, ein schonungslos notierter Marathonlauf einer ganz in ihrer Passion aufgehenden, aufgehen wollenden Liebenden. Bachmann selber nannte das Buch »ausdrücklich eine Autobiographie, aber nicht im herkömmlichen Sinn; eine geistige, imaginäre Autobiographie«. Man sollte das ernst nehmen.

Das allerdings tut Alice Schwarzer nicht, die in »Emma« (2/91) - in einem bemerkenswert fehlgeleiteten Solidaritätsakt gegenüber der Drehbuchautorin Elfriede Jelinek, die sich im nachhinein vom Film distanziert hat - sich anschickt, Ingeborg Bachmann vor Werner Schroeter, der sie angeblich »zu Tode verfilmt« hat, zu retten. Für Schwarzer ist die (nie namentlich benannte) Frau in »Malina« autobiographisch. Punkt. Präzisierungen gelten in diesem Kontext nichts und stammen sie auch von der Autorin selber. Und so wird Schroeter, der sich im Film gewisse künstlerische, sprich biographische Freiheiten herausgenommen hat und zudem die Unvorsichtigkeit beging, in einem Fernsehinterview vom »Gejammer« des Buches zu reden (»Es wäre furchtbar, würde man’s so verfilmen, wie’s geschrieben steht, ... sonst interessiert das ja wirklich keinen mehr, das Gejammer«) zum geistigen Mörder einer Schriftstellerin gestempelt. Zum geistigen Mörder Bachmanns, über deren Leben Alice Schwarzer ja ganz genau Bescheid weiß. Denn für sie ist sonnenklar, daß die grandiosen, horrenden (Alp-)Traumsequenzen des Romans, die Schroeter visuell ebenso grandios umgesetzt hat, reale, authentische Erlebnisse der Autorin widerspiegeln: Bachmann resp. die Frau in »Malina« hat nicht etwa nur geträumt, sie sei von ihrem Vater vergewaltigt worden - alles weitere: unglückliche Liebesaffären, Tablettensucht, Tod durch Verbrennung ergibt sich daraus von selbst, ist eine logische Folge dieser (vermeintlich realen) traumatischen Erfahrung. (Für die ungezügelte Amateurpsychologin Schwarzer führt »sexueller Mißbrauch in der Kindheit« sowieso zu »Suchtgefährdung« und Neigung zu »Selbstverstümmelung«, womit die von Zigaretten herrührenden Brandwunden der sedierten Bachmann auch noch erklärt wären.)

Alice Schwarzer, eine immer schrillere Polemikerin, eine zunehmend »schreckliche Vereinfacherin« im Namen des Feminismus, hat sich im Verfolg ihrer Opfertheorie nicht mehr die Mühe genommen, »Malina« genau zu lesen. Sonst hätte sie womöglich bemerkt, daß die in Inzest gipfelnde Haßliebe der Frau zu ihrem Vater unendlich vielschichtig angelegt und viel intensiver, als die bloß physische Vereinnahmung sein könnte. Die Frau bittet in der Verzweiflung Malina, ihr Alter ego, ihren zwitterhaften Lebenspartner, ihr Lebenselixier, ihren ruhenden Pol, Interpreten und zuletzt Zerstörer ihres Ichs, ihr die Träume zu erklären, zu deuten: »Sag mir eines«, sagt sie, »warum bist du draufgekommen, daß mein Vater nicht mein Vater ist« (und es sich also um ‘Blutschande’ nicht handelte)? Und: »Der Verdacht ist zu groß, ich schlage den Verdacht sofort nieder ..., es darf nicht ein fremder Mann sein ... und nie ein Betrug gewesen sein.« Oder: »Ich hasse meinen Vater, ich hasse ihn, Gott allein weiß, wie sehr, ich weiß nicht, warum das so ist.« (Hervorhebungen C.Sch.)

So versteht Alice Schwarzer auch nicht, was Ingeborg Bachmann so groß, so einzigartig (unter den weiblichen Schriftstellerinnen) macht: daß sie neben aller ungezügelten Desperatheit eine begnadete, scharfsichtige Ironikerin war, die ihre Schwächen - ihre weiblichen Schwächen! - sah und erlitt, aber auch durchschaute und transzendierte, die die Gewalt auch als negative Wunscherfüllung, als »self-fulfilling prophecy« wahrnahm.

Ideal für die Drehbuchumsetzung hätte die Schriftstellerin Elfriede Jelinek sein müssen, Österreicherin wie die Bachmann und deren Schwester im Geist, die mit ihrem Pessimismus und Determinismus noch die radikalsten Emanzen hinter sich läßt. Sie hätte, sollte man meinen, die Zerrissenheit Bachmanns, ihre Ambivalenz, am ehesten verstehen müssen. Aber Jelinek ist, man vergißt das oft ob ihrer bizarr-ausufernden Frauenporträts, die Frau mit den furios apodiktischen Sätzen und den todernsten Kollektivurteilen. Was Bachmann allenfalls in selbstironisch-überspitzten Verallgemeinerungen von sich gibt, wird bei Jelinek zum feministischen fait accompli. »Ihrer Meinung nach kann eine kreative Frau nicht sinnlich sein, »weil sie ihre Sinnlichkeit dabei permanent unterdrücken muß« und: »Das Verschwinden ist die eigentliche Aufgabe der Frau«, sie kann »ihre Lust nur in der eigenen Auslöschung und Verleugnung genießen«. Und so kennt sie »kaum

eindeutigere Aussagen in der Literatur über die Unmöglichkeit, sexuelle Beziehungen zu Männern zu haben«, als die, die sie in »Malina« gefunden hat; die Bachmann »ist die erste Frau der Nachkriegsliteratur«, die u.a. »die Rolle der Frau als biologisch minderwertiges Sein (und sonst nichts)« beschrieben hat.

Daß die Autorin hier allenfalls ein persönliches, wenn auch keineswegs untypisches Problem zu einer weiblichen Wahrheit schlechthin stilisiert, daß es ihre Unfähigkeit ist, Sexualität und Arbeit zusammenzubringen, wagen wohl viele Feministinnen vor lauter Respekt vor ihren literarischen Texten nicht zu denken. Doch mit der Zeit wirken diese und ähnliche, obsessiv repetierten Aussagen der österreichischen Schriftstellerin, gipfelnd in der rabiaten Sexualpolemik »Lust«, doch eher etwas ältlich und resignativ-donaumonarchisch, in der Tradition von Hofmannsthal, Musil bis Bernhard, als modern radikal-feministisch. Ingeborg Bachmann enthält sich, außer im ironischen Kontext, aller Vereinfachungen, und in ihren Kollektivurteilen über »die Männer« schwingt immer die Schwäche und Ambivalenz der Verurteilenden mit. Und »männlich« wirkt auch jene Anonymität, welche sich die Frau, eine bekannte, öffentliche Figur, in »Malina« gegenüber ihrem Geliebten Ivan auferlegt: Er weiß von nichts, er soll von nichts wissen, in der subjektlosen, bedingungslosen, gewissermaßen ent-personalisierten Unterwerfung der Lust liegt der Reiz.

Aber was nicht sein darf, darf nicht sein, und also steht laut Jelinek »natürlich alles zwischen den Zeilen«. Was nicht klar formuliert, apodiktisch daherkommt, hat Ingborg Bachmann verschwiegen: Man liest halt immer nur das, was einem in den Kram paßt. Dafür darf dann Elfriede Jelinek der Frau den idiotischen Satz in den Mund legen: »Schau, wie sinnlich der Körper von Jesus ausschaut.« Eine Bachmann diametral entgegengesetzte Bemerkung, die in ihrer kristallklaren Formulierung ohnehin auf einmal mehr an Handke denn an Jelinek erinnert (endlich erkennt man nun klar der letzteren Vorbild).

Doch bei so viel Respekt vor dem historischen Opferpart der Romanfigur/Bachmann verwundert es dennoch, daß Jelinek im Drehbuch, einer adäquaten Vorlage zu Schroeters Non-Stop-Orgie der Verzweiflung, mit geradezu bedrückender Hingebung Regieanweisungen gibt, welche die Frau zum sprichwörtlich verrückten Huhn degradieren - was Schroeter zur grotesken, mitunter komischen, öfter sogar genialischen Tour de force eines Frauenschicksals stilisiert. Bei Jelinek, welche der Frau schlicht »Lebensunfähigkeit« attestiert, heißt es: Die Frau »sackt zusammen«, »wirft sich an den Hals«, schreibt und tut vieles andere mehr »manisch«, »zerreißt«, ist »derangiert«, »abgehetzt«, »erschrickt« permanent, »taumelt«, »irrt«, »läuft« wie eine »Wahnsinnige«, »von Furien gehetzt«. Wohl kokettiert die Frau bei Bachmann öfter mit ihrem »konvulsivischen« Leben, mit ihrer Zerstreutheit, sagt einmal: »Auch das Gesetz der Energie ist nicht anwendbar auf mich. Ich bin die erste vollkommene Vergeudung, ekstatisch und unfähig, einen vernünftigen Gebrauch von der Welt zu machen.« Doch man wäre unsensibel, würde man den versteckten Stolz nicht spüren, der dabei mitschwingt, den Stolz auf die Leidenschaftlichkeit, die Fähigkeit zur Hingebung, zur Ekstase. Und immerhin schreibt solches eine Frau, die wohl ziemlich genau darum weiß, daß sie, stahlhart, entschlossen, kompromißlos, einige Werke der Weltliteratur geschrieben hat. Doch bei Jelinek wird sie zum perfekten Opfer, die Künstlerin als Neurotikerin wie sie im Buch steht, als hätte eine grausame Laune des Schicksals Elfriede Jelinek, das »Opfer« Numero zwo der österreichischen Literatur, zur Erfüllungsgehilfin urmännlicher Verzerrungswünsche und Klischees bestimmt.

Werner Schroeter, der unermüdliche Advokat des Exaltierten, hat das zu einem amüsanten Porträt einer Vollneurotikerin gestaltet, mithilfe seines Stars Isabelle Huppert, die das ästhetisch erträglich macht, ist sie doch, etwas verwegen gesagt, eine zweite Garbo, jenseits aller simplen Kriterien von männlich und weiblich, hart und weich, klug und dumm. Sie ist eine Akteurin und Projektionsfläche zugleich, deren jede einzelne Geste, jeder Gesichtsausdruck, zum unvergeßlichen Tableau der Verzweiflung gefriert. Alice Schwarzer hat durchaus recht, wenn sie moniert, daß aus der »verzweifelten Raserei« des Bachmann-Ichs bei Schroeter ein »hysterisches Gerenne« wird. Nur ist die Urheberin eine Frau; Schroeter macht das dank seines Stars und dessen Ausstrahlung allenfalls interressant und faszinierend. Isabelle Huppert ist auch nicht, wie behauptet, die »femme douloreuse« des französischen Films. In ihrem Repertoire finden sich die seltsamsten, unergründlichsten Frauengestalten (Massenmörderinnen, Karrieristinnen, coole Prostituierte, amoralische Lolitas etc.). Und dank der stupenden Kameraarbeit von Elfi Mikesch, die als eine der ganz wenigen in diesem Beruf dem Begriff »weibliche Ästhetik« einen Sinn gibt, die jedes Bild, jede Einstellung einzigartig, schön verwirrend gestaltet und damit alle knallharten Profis im Solde von Trotta, Schlöndorff et al. weit hinter sich läßt, wird »Malina« trotz seiner unguten Vorbedingungen und Mißverständnisse zuletzt doch noch zum »Frauenfilm« im besten Sinne des Wortes

Ärgerlich, sogar skandalös sind die inhaltlichen Verzerrungen, die Verkleinerungen des so akribischen Sprechens der Frau, bei der jeder Satz ein Dolchstoß sein kann. Heißt es bei Bachmann, in einer der zentralen, oft zitierten Stellen des Romans, in einer traumatischen Kindheitserinnerung, in der die Frau als junges Mädchen auf der Brücke unversehens von einem Buben eine Ohrfeige erhält: »Es war der erste Schlag in mein Gesicht und das erste Bewußtsein von der tiefen Befriedigung eines andern, zu schlagen. Die erste Erkenntnis des Schmerzes«, muß bereits Jelinek dies im Drehbuch ausdeuten, vergröbern, muß beschreiben, wie »vertrauensvoll« die Geschlagene erst auf den Jungen zugeht. Und dann: »Es war meine erste Erfahrung mit dem Schmerz und mit der Freude eines andern ... zu schlagen.« Und bei Schroeter wird dies, in entsetzlicher Verkennung der Lage, zu: »Dies war meine erste Erfahrung mit dem Schmerz - und meine Freude daran.« Die Implikation des Masochismus ist dumm, und so wundert auch nicht, daß im Presseheft mit dem idiotisch-

melodramatischen Slogan »Ein Sieg tödlicher Leidenschaft über die kalte Vernunft« geworben wird, der wohl der besseren kommerziellen Verwertung dienen soll.

So hat sich Ingeborg Bachmann zuletzt aus dem Schlamassel gerettet - indem man einfach dazu gebracht wird, ihr Buch nochmal genau zu lesen und zu verstehen. Und doch ist das ganze eine (feministische) Tragödie: Eine Schriftstellerin und erklärte Feministin hat ihrer Ikone, ihrem Vorbild, ihrer ganz privaten Leitfigur mit einem Filmdrehbuch Reverenz erweisen wollen und genau das Gegenteil davon erreicht, hat, bei allen ehrenwerten Intentionen, die Große klein und ein Mann die Figur vollends unkenntlich gemacht in einer manchmal erheiternden, manchmal nervenden Klamotte über eine exaltierte Künstlerin, die aber immerhin äußerst lebendig wirkt. Und eine ebenso hingebungsvolle Feministin hat mit einer versuchten Ehrenrettung bloß eine (langweilige) Märtyrerin geschaffen. Für die Früchte der Emanzipation spricht immerhin, daß eine Frau sich hier, kraft ihres Talents, ihres Werks, selber gerettet hat. Dazu brauchte sie weder die Frauen - noch die Männer.

Corinne Schelbert schrieb in KONKRET 3/91 über »War-nography«

Konkret 05/91, S. 71

Brigitte Kronauer

Literatur und Literatur bzw. Leben

Unter den Ländern mit sommerspezifischer Attraktivität (sture Sonnenpräsenz, blau aussehendes Meer) ist Italien für Deutsche unbestreitbar eins der führenden. Ob im Einzelfall die Wahl auf Spanien, Jugoslawien, Griechenland usw. fällt, hängt meist davon ab, was die Hotels für wenig oder viel Geld an Service, Wassersauberkeit, Strandkomfort, Sportmöglichkeiten verheißen und vorflunkern. Nichts spricht hier eine deutlichere Sprache als die Reiseprospekte.

In der Literatur außerhalb dieser psychologisch den Nagel auf den Kopf treffenden Broschüren haben Helden und Heldinnen, auch wenn es sie noch so massentouristisch pragmatisch-bewußtlos nach Italien treibt, keine Wahl in den Motiven. Hier muß es noch immer die deutsche Romantik sein, die den Reisenden über die Alpen schickt, verbunden mit - hoffentlich ironisch nuancierten - bildungsromanlichen Anspielungen des Autors. Unschuldig, literarisch nackt (oder gibt es das gar nicht?) einzel- oder gruppengereist wird ins Italienische nicht, punktum.

Das mag jener Richtung willkommen sein, die davon ausgeht, daß heutige Literatur im Prinzip nur noch ein Zitieren der bestehenden, die alles bereits gesagt habe, sein könne und die das Manipulieren mit Zitaten zum international höchst fälligen, lachend-lustvollen Schreib- und Versteckspiel ausruft, welches allerdings den bildungsversiert harmonierenden Leserdetektiv verlangt, weniger den primitiv reflexhaft assoziierenden.

Mir hingegen ist durchaus nicht recht, daß beispielsweise die seit circa 1527 vor der Ungeheuerlichkeit des Verkündigungsengels wütend wegspringende Katze Lorenzo Lottos in ihrem wirkungsmäßig bildfüllenden exzentrischen Mittelpunkt- und becircenden Oberflächenschauspiel nicht verharren darf, sondern laut Kunsthistorikerkommentar nach »sehr alter, tief verwurzelter Auffassung« unverzüglich Symbol des Bösen zu sein hat. Eine lästige, ja eigentlich widerwärtige Bevormundung des Augenscheins und Augenblicks. Widerwärtig deshalb, weil es offenbar zwischen Anblick und Bedeutung keine friedliche Koexistenz gibt. Das Bleigewicht des Symbolischen schlägt als das Gewußte, nicht als das Gesehene, die Katze tot. Das Abstrakte frißt das Konkrete. Man betrachtet nicht mehr das hervorragend posierende leibhaftige Tier, sondern ermittelt in Windeseile den Leibhaftigen im Tarnanzug: Aufgabe gelöst. Wer sich nicht darauf einläßt, hat zur Strafe weder deutsche Italienreisen noch italienische Verkündigungsbilder verstanden.

Nun sind natürlich, was Rezipienten und Hersteller betrifft, Unterlegungen mit traditioneller Bedeutung und Zitieren der Tradition verschiedene Sachen, aber gemeinsam ist ihnen, daß sie sich in erster Linie nicht auf gegenwärtiges Leben, vielmehr auf den in früheren Gegenwärtigkeiten erarbeiteten Fundus zu beziehen scheinen. Indem ihr Flucht- oder Ausgangspunkt das schon Bekannte ist, kassieren beide Praktiken das eventuell Neue als das von vornherein Nicht-Neue.

So muß es sich allerdings keineswegs verhalten. Ohne sich vor der Übermacht kürzlich oder längst geschriebener Literatur zu verkrümeln und ohne sich auf ein lässiges Rangieren mit ihren Hinterlassenschaften zu beschränken, kann man sie trotzdem weidlich benutzen, ja ausbeuten. Entscheidend ist allein, wo man das Hauptgewicht sieht, im Aufwand des eigenen Erlebens oder im von der Literaturgeschichte bereitgestellten Arsenal: Das Wesentliche, schon für die Romantiker ein alter Hut, ist die Beflügelung durch die eigene, modifizierende Empfindung, das individualisierende Feilen mittels persönlicher Betrachtungsweise, -kühle, -glut und -wut, die Anklängen, Variationen, Paraphrasen, Parodien eine neue, private Schwerkraft verleiht und dadurch, durch dieses unverzichtbar Bestimmende und Integrierende, die Verwandlung ins bisher Unbekannte ermöglicht.

Ob man Zitate (also auch zitierte Symbole, Bedeutungen) distanzierend oder bewundernd verwendet: Ein kräftiger Atem der Gegenwart, die der Vergangenheit ja immerhin voraus hat, eben das zu sein, muß durch sie hindurchfegen. Im Idealfall geht ein Autor mit dem zitierten älteren Text so um, als handelte es sich um einen Gegenstand, ein Ding der Realität, bloß aus anderem Material als dem gewöhnlichen. Geschieht das, wird es sich sogleich auf den empfänglichen Leser übertragen, das Glück nämlich, für ein lebendiges Gefühl einen Verbündeten in einem anderen Jahrzehnt, einem anderen Jahrhundert, und also um dieses verlängert, entdeckt zu haben. Eine Situation, in der die notwendige Spannung Kunst - Leben nicht durch verwaltetes Hantieren mit Zitaten und Verweisen zusammenbricht, sondern gesteigert wird.

Ein schlagendes Beispiel und - wenn auch in dieser Form nicht mehr zu wiederholendes - Modell für eine Möglichkeit des Dialogisierens mit einem Werk der Literatur findet sich in Henscheids »Mätresse des Bischofs«. Hier wird, durch Einfügung des einzigen Wortes »Kathi«, Goethes als »wirklich schönes und liebendes Gedicht, vielleicht das schönste Gedicht deutscher Zungen-vöge--« angekündigtes »Ich denke Dein« dem Roman einverleibt.

Das funktioniert, weil der stark aufgeladene Name für eine sehr heftige, zumindest sehr heikle Emotion des Ich-Erzählers steht, mit der er vorsichtig spielt, wie er es mit dem vollständig zitierten Gedicht tut. Profit auf beiden Seiten. Das Gefühl mogelt sich unauffällig und impertinent ein und stellt sich unter im Gedicht, das Gedicht blüht auf durch ein frisches Gefühl. Das vielleicht Unwiderstehlichste an dem Miniatur-Kunstgriff: Er exemplifiziert in nicht zu übertreffender

Ökonomie, wie man alte Texte, wenn sie ins Leben zu retten sind, lesen soll, genauso nämlich, wie es hier vorgemacht wird von Landsherr, dem Zitierenden.

Auf der anderen Seite gilt, und zwar wiederum für Texthersteller wie Konsumenten: Nur wer über merkliche eigene Lebensregungen verfügt, sollte das Risiko eingehen, sich mit überlieferter und Literatur überhaupt einzulassen. In anderen Fällen bleibt alles Papier und Buchstabe, hochmoderne Professoren- und uralte Gebildetenliteratur. Es muß aber, auch, damit den tradierten Worten und Wörtern, den Mythologien und zähen Symbolen Gerechtigkeit widerfahre, ein Sprung stattfinden von der Kraft und Qualität jener Metamorphose, die dem Jean Paulschen Helden Gotthelf Fibel segensreicherweise nicht erspart bleibt, als er, nach einer langen Existenz für nichts als das schiere Alphabet, eine zweite beginnt, in einer wunderbaren Wendung zum Leben hin, wo er »endlich plötzlich statt des Siebes die ganze große lichte Sonne in seinen Händen hielt, welche ihm blendend ins Gesicht schien«.

Oder, um den Melville des »Moby Dick« vom Kolumnenanfang zum Schluß noch einmal zu zitieren (man muß für seinen Schiffszimmermann jetzt nur das Wort »Literatur« einsetzen): In der nachmodernen, souverän-behäbigen Verfügbarkeit von ursprünglich ja dem Leben abgelauschtem und -gerungenem Literaturrepertoire ist, sofern nicht das Leben als unerläßlicher Rivale von Kunst in sie fährt, die geplünderte wie die aus ihr entstehende Literatur nichts weiter als eins jener Sheffielder Fabrikate, »die man multum in parvo nennt: sie denken nicht und sind doch trefflich zu gebrauchen. Von außen sehen sie aus wie ein dickes Taschenmesser, aber sie enthalten nicht nur Klingen von verschiedener Größe, sondern auch Schraubenzieher, Korkenzieher, Zangen ... Sollte also der Zimmermann als Schraubenzieher benutzt werden, so brauchte man nur diesen Teil an ihm aufzuklappen, und die Schraube saß - oder als Zange, dann nahm man ihn bei den Beinen und hatte eine.«

P.S.: Dringende Empfehlung: Gilbert Sorrentino: »Steelwork« (Maro). Literarisch sehr interessante Porträts u.a. kindlicher und sexueller Kriegslüsternheit im Amerika (Brooklyn) von 1935 bis 51.

Konkret 05/91, S. 72

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Hallo Homos! Letzter Aufruf der Maschine nach Attacka! Erst gestern Nacht, in der 1001. Talkshow über Homoerotik zwischen Machbarkeit und Sünde oder so ähnlich, habt ihr euch, obwohl ichs erst unlängst streng verbot, wieder weggeschmissen ans Mittelalter, seid ihr wieder (selbst du mein Impressumsbruder Günni Amendt) den Abgesandten des Ständigen Bureaus für Fickrestriktion zu Diskussionswillen gewesen, diesmal einem bei dem Ausdruck »Samen« kindisch gackernden Mangelberuf namens Weihbischof, und der Laieneiferin Michaela F. Heereman, einem optisch luziferführerischen Ding, das wie keine zweite Repressive den Ekel vor euern Abartigkeiten in chicestem Outfit zu exekutieren versteht. Wieder habt ihr, seht euch nur die Aufzeichnung an!, diese Grausamen angefleht, sie mögen doch bei euerm krummen Ding in der Hose auf Gnade vor Verdammnis erkennen.

Homos, so geht's nicht weiter. Ich untersage euch hiermit die Teilnahme an Talkshows über Homoerotik zwischen Machbarkeit und Sünde, bis ihr das vorgeschriebene Kampfgewicht der Klasse Perverse, Verlorene und Verdammte erreicht habt. Zur Zeit schämt man sich ja Eurer...

Max Frisch ist gestorben, und das Fernsehen schickt den Lehrbuben von der Abteilung Kultur zu dem Literaturkritiker Reich Ranicki mit einem Zettel, darauf steht Was halten Sie davon, daß im Werk von Max Frisch das Thema Tod eine gewisse Rolle spielt. Der Lehrbub tut wie ihm angeschafft und geht hin und klingelt bei Reich Ranicki. Es dauert, bis der öffnet, im Bademantel, verschwitzt und ein wenig ungehalten, denn er kommt aus der Tiefe des Kellers, aus dem Kraftraum, wo er beim 73. seiner täglich hundert literarischen Liegestütze unterbrochen wurde. Ich komme vom Fernsehen, sagt der Lehrbub, mein Meister schickt mich, ich soll sie fragen, was sie davon halten, daß im Werk von Max Frisch das Thema Tod eine gewisse Rolle spielt. Der Reich Ranicki schaut den Lehrbuben aus zusammengekniffnen Uhuaugen an: Soll ich oder soll ich nicht? Dann packt er ihn am Ohrwaschl und wie er ihn dran mißbilligenderzieherisch zieht, sagt er, die Bedeutung der Frischschen Beschäftigung mit dem Thema Tod zurechtstutzend, in diesem längst ins Parodierepertoire der berühmtesten deutschen Prominentennachäffer eingegangenen Schnarr-Dur: »Auch andärrä Autoränn habänn sich mit dem Thema Tod beschäftigt, nähmmen sie nur Thomas Mann oder Kafka.«

Sie residieren pumperlxund in ihren marmornen, mit naturbelassenem Papyrus und chinesischer Raupenseide tapezierten Villen, die Gruners, Jahrs, Springers, Burdas und Bauers. Aber wo verbringen die, die deren Reichtum erwirtschaften, ihre Tage auf Erden?

In chemieverseuchten Umbruchkäfigen und Schreibzellen hausen sie, die Kolleginnen und Kollegen vom Storyproletariat, mit von Asbestdämpfen und Xylodyphtriol zerfressenen Lungen hängen sie über Fickfuckserien, die Haut von Myriaden von PDC- und DTT-Partikeln milbenkotzegrau gegerbt, layouten sie Weinwanderungen durch die Toskana oder interessante Tankerhavarien. Ihre Augen aber sind von den chemischen Abstrahlungen rot wie die der Albinohäschen in den Nikotinverträglichkeitstestställen der Marke Marvelous light. Wer sie, von denen grade mal drei Prozent das gelobte Land des Vorruhestands lebend betreten, beim Betexten nicht grad bukolischer Bilder von den Hinterhöfen der Welt seufzen gehört, sie wünschten sich manchmal zu den Streetcats Recifes oder zu den Verschmachtenden in den Bergen Kurdistans, weil schlimmer könne es da auch nicht sein als beispielsweise am Baumwall, der möchte alles stehn und liegen lassen und den Vergifteten sterbehelfen, wenn er nicht selber grad zum Arzt, dem Konkursrichter seines Lebens müsst. Sind sie also verloren, die Mädls und Jungs in den euphemistisch Arbeitsplatz genannten Särgen?

Sie sind nicht verloren. Solange eine tapfre Dru-Pa-Sparte namens dju sich für schlägt:

Aufgrund der neuesten Welterklärungsmethode, daß alles ohne Ansehn seiner Stofflichkeit mit allem mal mehr mittel-, mal mehr unmittelbar zusammenhänge, also daß zum Beispiel der Schlag der Flügel eines Schmetterlings in Ozeanien einen Kurssturz in Kaffee auslöse, darf doch wohl inniges Ursachewirkungszwinkern zwischen diesem marianengrabentiefen Abgrund an liebeslyrischer Verkommenheit in der »Grüße«-Spalte eines Hamburger Abendblattes

und der Vermeldung dieser nicht nur mich, sondern speziell dich, o Leserin, o Leser,ganz wuschig machenden Abscheulichkeit mehr als nur gemutmaßt werden.

Das Geschehene verdeutlicht in krasser Weise die Schwierigkeiten vieler Menschen, ihren Standort in der freiheitlich-demokratischen Ordnung zu finden. Die Regierung des Freistaates wird sich bemühen, gesunde attraktive Alternativen für die Freizeitgestaltung zu finden.

(Kommentar des Sprechers der Sächsischen Landesregierung Doktor Michael Kinze zur Ermordung des Mosambikaners Jorge Gomondai durch Dresdner Skins am Ostersonntag.

Der zum »Geschehen« entschärfte Mord verdeutlicht also die »Schwierigkeiten« vieler »Menschen« in den fünf neuen rassistischen Ländern nach der roten Erziehungsdiktatur, in der das Umbringen von Mitmenschen aus Gründen der Hautfarbe von Staats wegen verboten war, mit den Anfechtungen des Freizeitrassismus fertig zu werden. Nur einer gründlich verlumpten politischen Charge wie diesem K. gelingt der schauderhafte gedankliche Konnex von florierender rassistischer Mordlust und Mangel an Bolzplätzen.

Konkret 05/91, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Unter dem Titel »Spukender Runder Tisch« lesen wir in der »Tageszeitung«:

Seit geraumer Zeit gibt es in Bonn eine besondere Art von Tischerücken - ein Rücken am runden Tisch. Klopfgeister rühren sich und tönen aus dem imaginären Möbelstück. SPD-Fraktionschef Vogel fordert in unregelmäßiger Reihenfolge den runden Tisch; der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf denkt über das Möbelstück »verstärkt« nach und der Ex-Kanzlerkandidat Lafontaine ist immerhin soweit alarmiert, daß er gegen das Tischerücken öffentlich polemisiert. Die Forderung nach dem runden Tisch ist sympathisch... Aber: Wozu der runde Tisch auf jeden Fall nicht taugt, ist der Versuch, politische Gegensätze zu verschleiern und politisches Versagen mit Schulterschluß zu verdecken.

Um allen Klopfgeistern zu zeigen, daß Leistung sich wieder lohnt, werde ich ab sofort in unregelmäßiger Reihenfolge fordern, daß der sympathische, wenngleich etwas reichlich runde Tischler Klaus Hartung mit seinen imaginären Bildgeschichten an die Seite des Chefredakteurs der »Zeit« befördert wird, um Theos metaphorische Gegensätze zu verschleiern und sein Versagen mit Schulterschluß zu verdecken. Ach, ist schon geschehen? Sieh mal einer an: Der »Zeit«-Verleger, er heißt Helmut Schmidt und soll einmal Hamburg gegen die spukende Elbe verteidigt haben, ist offenbar gar nicht so dumm, wie man gedacht hat, sondern noch dümmer.

Damit neben der Treuhandanstalt und dem Familienministerium auch der Altherrenwitz der Männerherrschaft entwunden wird, kündigt die feministische Kampfschrift »Emma« an:

Am Gründonnerstag gibt es ein Jubiläum zu feiern: Vor genau 12 Jahren erhob der Papst den Zölibat zum Dogma. Warum Immer-noch-Katholikin Cornelia Filter in der Sache dem Patriarchen in Rom die Stange hält.

Weil die Immer-noch-Katholikin dem Publikum ihr Stinkefingerchen unter die Nase reiben muß. Zur Buße beichtet Frau Filter ihrer Herausgeberin, mit welchen Worten sie sich vor ein paar Jahren bei KONKRET beworben hat und daß sie wg. Verfassens schmieriger Texte abgelehnt worden ist.

Der Anfang läßt das dicke Ende noch nicht ahnen:

Die Coca-Cola Erfrischungsgetränke GmbH eröffnet die erste Produktionsstätte für die 1,5 Liter PET-Mehrwegflasche in den fünf neuen Bundesländern.

Sie folgt damit dem Beispiel der Chiquita Bananenbieger AG in Zella-Mehlis.

An der offiziellen Eröffnung wird Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher teilnehmen.

Ob er, wie in Israel, wieder einen Scheck loswerden will? Ich Dummerle aber auch - bei Coca-Cola kriegt er einen.

Die Perestrojka gestaltet einem Redakteur der »Frankfurter Rundschau« nicht nur die Welt um, sondern sogar den Globus:

Michail Gorbatschow hat präzisiert, was er so deutlich noch nie gesagt hat. Wenn die eine oder andere Republik aus dem sowjetischen Staatsverband ausscheiden will, dann soll sie den gleichen Status bekommen wie die ehemaligen osteuropäischen Staaten.

Nämlich einen west- oder mitteleuropäischen, und wenn Georgien erst zu Südeuropa zählt, fließt die Neiße bei Kamtschatka in die Oder, mein Führer.

Aus dem Reich der genußfreudigen Citoyens:

«Toll, wer hat die Madeleines mitgebracht?« kommt Redakteur Holger Iburg mampfend aus der Küche. »Ich will auch eine«, deutet Jo Müller seinen eigenen süßen Zahn an. »Ein schrecklicher Schnorrer«, weint Marco Carini dem in der Küche verschwindenden Chefredakteur hinterher. »Letzten Dienstag nachts hatte ich zwei Tafeln Schokolade auf meinem Schreibtisch liegen. Ganze vier Stück habe ich abgekriegt, den Rest hat sich Müller unter den Nagel gerissen«, klagt der freie Mitarbeiter. »Schokolade, wo?« meldet sich Jo Müller in diesem Moment Madeleine-kauend und mit einem weiteren Stück Eier-Feingebäck in den Redaktionsräumen zurück. Marco Carini kann gerade noch ein Stück Mohnkuchen unter der Computer-Tastatur verschwinden lassen, dann geht die Arbeit weiter,

die Arbeit an der Verfeinerung des Geschmacks der alternativen Leserschaft nach dem Vorbild ihres Chef-Gourmands Ups Müller und seiner Madeleine, des süßen Zahns. Die Mondänität ihrer Schreibe haben sie von der Courths-Mahler

(«Großmütterchen«, flog sie der Baronin um den Hals). Wer ihnen wohl das mampfende Savoirfifre beigebracht hat? Ich tippe auf Arsch und Friedrich.

Ein deutsches Friedensmädel beklagt sich bei der Kinder-»FAZ«:

Schade. Jetzt ist der Krieg am Golf zu Ende,

beginnt es und fährt fort:

und damit scheint auch für die »TAZ« das neuentflammte Interesse an seinen Leserinnen

nämlich an den »TAZ« seinen

und damit auch an der weiteren Berichterstattung über Scheherazade-Aktivitäten erloschen zu sein. Oder was ist denn sonst los? Warum gibt es keine Nachrichten und Diskussionsbeiträge mehr?

Weil, Sie sagten es doch selbst, Fräulein Sabine Holm aus München, der Krieg am Golf zu Ende ist. Die »TAZ« allein wird ihn nicht wieder in Gang gesetzt kriegen und der feministische Freundeskreis Bruder Saddam auch nicht. Deshalb hat sichs ausdiskutiert und ausgemeldet über Aktivitäten. Schade. Geradezu zeheraschade.

Der allseits, von Berufsvertriebenen wie demokratischen Sozialisten, hochverehrte Herr Bundespräsident hat aus Versehen mal wieder die Wahrheit ausgeplappert. Bei der Trauerfeier für Rohwedder sprach Weizsäcker:

In Wahrheit werden wir der tiefen Wunden, die den Menschen in der alten DDR durch den Krieg und das nachfolgende System einseitig zugefügt wurden, erst im Zuge der Vereinigung richtig gewahr.

Vor dem Krieg, so zwischen 1933 und 1941, sind den Menschen in der alten DDR keine tiefen Wunden zugefügt worden, sondern eher, wie man sagen kann: im Gegenteil, und dafür gabs im Krieg und im nachfolgenden System die eine oder andere Strafe. Und diese Strafen, die jetzt »Wunden« heißen, will Weizsäcker »gemeinsam ausheilen«. Er hätte auch sagen können, man müsse die an einem Teil der Deutschen vollzogenen Strafen für die Verbrechen der Nazis wiedergutmachen, aber das hätte vielleicht doch ein paar der linken Weizsäcker-Fans vorübergehend irritiert.

Wenn die Bürger eines vormals kommunistischen Staates den Kohl oder seinen Havel wählen, haben sie die Freiheit gewählt. Was aber, wenn sie keinen Kohl und keinen Havel wählen wollen? Dann erklärt ihnen die »Welt«, daß sie zur Demokratie noch viel zu blöde sind:

Der Erfolg, den in Albanien die Kommunisten bei den ersten freien Parlamentswahlen errungen haben, dürfte sich als Pyrrhussieg erweisen. Albaniens Wähler folgten in gewisser Weise dem Verhaltensschema ihrer Nachbarn auf dem Balkan: Während in den traditionell westlich geprägten... Ländern die Kommunisten sofort abgewählt wurden, konnten sie sich bei den orthodoxen Völkern - in Rumänien, Bulgarien und Serbien - besser behaupten.

Das hat nichts mit einer Vorliebe der Mehrheit für den Kommunismus zu tun. Auch die 60 Prozent, welche die albanische Partei der Arbeit erreichen dürfte, ergeben sich teils aus Unkenntnis, teils aus Angst, die das Volk immer noch beherrscht. Ebenso wie in Bulgarien konzentriert sich der kommunistische Stimmenanteil in Albanien auf die Landbevölkerung: Diese Menschen sind leichter zu kontrollieren, einzuschüchtern, auch zu terrorisieren.

Man darf gespannt sein, wie die »Welt« danach ihren Lesern den Stimmenanteil von 78 Prozent erklären wird, den die CDU bei der Bundestagswahl im Landkreis Cloppenburg regelmäßig erreicht.